Nr. 221. 26. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 22. September 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Anarchisches aus dem Klassenstaat.

Nach einer kürzlich verbreiteten offiziösen Nachricht steht eine neue Verordnung für die Offiziersehrengerichte in Aussicht. Die neue Vorschrift, die durch das Blankenburger Duell veranlaßt sein soll, zielt angeblich darauf ab, die Offiziersduelle einzuschränken. Ist dem so, so ist der Beweis erbracht, daß auch die höheren Regionen die Fruchtlosigkeit des bekannten kaiserlichen Duellerlasses eingesehen haben.

Wir sind der Meinung, daß, wenn das Deutsche Reich wirklich ein Rechtsstaat wäre, die Offiziersehrenräte sich überhaupt nicht mit der Entscheidung, ob ein Zweikampf stattzufinden hat, befassen dürften. Denn sie sind vom obersten Kriegsherrn eingesetzt, dieser oberste Kriegsherr ist aber zugleich auch der Landesherr, in dessen Namen Duellanten bestraft werden! Und da nach bürgerlicher Auffassung der Landesherr der oberste Hüter der Gesetze ist, so ergibt sich, sofern die Offiziersehrenräte die Frage, ob ein Zweikampf auszufechten ist oder nicht, zu entscheiden haben, die groteske Tatsache, daß dieser oberste Hüter selbst Einrichtungen schafft, die nach Umständen zu schweren Gesetzesverletzungen auffordern oder sie wenigstens zulassen.

Aber es kommt noch schöner!

Lehnt ein Offizier es ab, ein vom Ehrenrat zugelassenes Duell auszutragen, so wird er vor das Ehrengericht gestellt. Und dieses Ehrengericht, ebenfalls eine vom obersten Hüter der Gesetze ins Leben gerufene Einrichtung, beantragt bei dem bewußten Hüter, daß der Offizier, der das Gesetz zu mißachten sich weigerte, ohne die Erlaubnis zum Tragen der Uniform und was noch viel mehr heißen will, ohne Anspruch auf eine Pension verabschiedet wird.

Und der oberste Kriegsherr, in dessen Namen Recht gesprochen wird, bestätigt die Verabschiedung des Offiziers, der sich weigerte, eine gesetzwidrige Handlung zu begehen, ohne Pensionsanspruch und ohne die Erlaubnis zum Tragen der Uniform.

An diesen Verhältnissen wird, wie wir auf Grund unserer genauen Kenntnis des im Deutschen Reiche wehenden militärischen „Geistes" voraussagen, auch die neue Ehrengerichtsverordnung nichts ändern.

Nun kommen wir noch zu einem Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuches, von dem jemand, der nicht weiß, daß Armee und Justiz zwei gute Freunde, sozusagen Kompagnons sind, glauben könnte, er sei extra auf die Offiziersehrenräte gemünzt. Dieser Paragraph, der die Nummer 210 trägt, lautet:

„Wer einen Anderen zum Zweikampf mit einem Dritten absichtlich, insonderheit durch Bezeigung oder Androhung von Verachtung anreizt, wird, falls der Zweikampf stattgefunden hat, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft."

Der Offiziersehrenrat sagt allerdings zu einem Offizier, der ein Duell auskämpfen soll, nicht direkt, daß ihm die Verachtung seiner Standesgenossen drohe, wenn er den Zweikampf verweigert, aber jeder Offizier weiß zur Genüge, daß diese Verachtung sich totsicher einstellen wird. Die Staatsanwälte können bekanntlich alles fassen, wenn sie wollen. Geht es gar nicht anders, benutzen sie dazu den dolus eventualis. Wir erinnern hier an die Art, auf die unser alter Vorkämpfer Wilhelm Liebknecht auf drei Monate ins Gefängnis gebracht wurde. Der Gerichtshof nahm zwar an, Liebknecht habe eigentlich keine Majestätsbeleidigung ausgesprochen, aber er hätte gewußt, daß die Zuhörer annehmen konnten, er habe den Kaiser beleidigen wollen, und er sei damit einverstanden gewesen. Mit viel größerem Recht könnte der Staatsanwalt behaupten, daß die Anordnung eines Duells durch den Ehrenrat in den Offizieren, die sich duellieren sollen, den Eindruck hervorruft, daß die Partei, die den Zweikampf ablehnt, die Verachtung der Standesgenossen zu gewärtigen habe und daß die Offiziersehrenräte mit diesem Eindruck einverstanden sind. Wurde das Duell ausgekämpft, was ja fast immer der Fall sein wird, so ist der Tatbestand des § 210 sogar drastisch gegeben. Aber merkwürdigerweise scheinen die als Militärstaatsanwälte verwendeten Kriegsgerichtsräte trotz ihrer sonstigen Findigkeit an das alles noch gar nicht gedacht zu haben.

Uebrigens ist es für die deutsche Juristerei charakteristisch, daß der § 210 die Bezeigung oder Androhung von Verachtung erst dann bestraft, wenn das Duell stattgefunden hat; denn hier wird wieder einmal die Türe erst dann zugemacht, wenn die Kuh aus dem Stalle ist. Selbstverständlich gehört jeder hinter die schwedischen Gardinen, der einen anderen durch Bezeigung oder Androhung von Verachtung zu einem Duell zu zwingen sucht, gleich ob der Zweikampf stattgefunden hat oder nicht. Der Umstand, daß das Duell erfolgt ist, sollte nur straferschwerend sein.

Man vergleiche mit dieser Bestimmung die des § 153 der Gewerbeordnung über die Ehrverletzung, Bedrohung oder Verrufserklärung der Streikbrecher. Diese Delikte sind ohne weiteres krasser, ganz ohne Rücksicht darauf, ob sie Erfolg gehabt, d. h. die Niederlegung der Arbeit erzielten.

Nach unserer Meinung wäre ein Antrag im Reichstag, daß der § 210 in der angedeuteten Richtung abzuändern ist, für die Sozialdemokratie eine dankbare Aufgabe. Dabei würde auch die Schwindelpolitik des Zentrums sich wieder einmal in Brillantbeleuchtung zeigen, denn vor dem Volk müßte „die Partei für Wahrheit und Recht" so tun, als ob sie die Todsünde des Duells bekämpfe, andererseits aber möchte sie oben lieb Kind bleiben und daher dem Blutkoder nicht Abbruch tun. Der Eiertanz, den sie dabei aufführen würde, wäre ein Schauspiel für Götter und würde gewiß manchen Zentrumswähler zum Nachdenken über seine Partei veranlassen.

Wir haben vorhin erwähnt, daß die mit den Geschäften eines Militärstaatsanwaltes betrauten Kriegsgerichtsräte den § 210 des Reichsstrafgesetzbuches merkwürdigerweise ganz zu übersehen scheinen. Aber auch die Zivilstaatsanwälte verlieren, wenn es sich um das Duell handelt, sehr viel von ihrer sonstigen Gewandtheit. Die Herren wissen doch ganz genau, daß die Korps, die Burschenschaften, die freischlagenden Verbindungen, Säbel, Schläger, Binden, Bandagen, Paukbrillen usw. anschaffen und auf Lager haben, weil sie damit Duelle ausfechten, also strafbare Handlungen begehen wollen. Daß es hier nicht bei der Absicht bleibt und daß die Korps usw. von ihren aktiven Angehörigen und ihren Philistern Beiträge, die auch zur Anschaffung von Paukwerkzeugen dienen, erheben, ist den Staatsanwälten ebenfalls genau bekannt, aber noch keiner hat dagegen mobil gemacht.

Setzen wir nun den Fall, die Bauernburschen eines Dorfes würden auf gemeinsame Kosten und unter finanzieller Beihilfe der älteren Bauern Messer, Stöcke und Schlagringe kaufen und aufbewahren, um mit ihnen Raufereien mit den Burschen der Nachbardörfer anzufangen und auszufechten. Wer glaubt, daß der Staatsanwalt solchen Raufvereinen ruhig zusähe? Wer bezweifelt, daß hier jeder Staatsanwalt, der von der Sache Wind bekäme, sofort eingehende Recherchen anordnen und nicht eher ruhen würde, bis die ganze Gesellschaft hinter Schloß und Riegel säße? Die Herren Studenten aber dürfen ungeniert Beiträge zur Anschaffung von Werkzeugen, mit denen sie das Gesetz absichtlich verletzen, sammeln, sie dürfen ihre Gesetzesverletzungen sogar in Büchern aufzeichnen und sie veröffentlichen — wir besitzen selbst ein solches Exemplar — ohne daß die Staatsgewalt sich rührt!

Das Duell ist eben ein Privilegium der herrschenden Klassen, und darum werden jene, die ihm huldigen, nur gefaßt, wenn es gar nicht mehr anders geht. Und auch dann können die Erwischten auf die größte Milde hoffen.

Man stelle sich einmal vor, daß das Duell eine Spezialität des Proletariats wäre. Wie würde hier die Justiz zugreifen. Dann würde es in Deutschland schon längst nicht mehr existieren, weil es von der Staatsgewalt unter Mithilfe der herrschenden Klassen mit Zuchthaus und Schafott ausgerottet worden wäre. Aber die herrschenden Klassen können sich noch heute, trotz des Spruches justitia fundamentum regnorum, einige Extratänze erlauben. Die im Klassenstaate herrschende und von der hohen Obrigkeit nicht gestörte Anarchie gestattet ihnen das Vergnügen.

Casselmanns Fall und der Fall Casselmann.

Man schreibt uns aus Bayern:

Eine untergeordnete Personenfrage, eine politische Bagatelle, nämlich Dr. Casselmanns Fall.

Die Jungliberalen sind unter die Umstürzler gegangen. Ein unerhörtes Ereignis. Um so unerhörter, als der „verdiente und erfolgreiche" Abgeordnete und Oberbürgermeister Dr. Casselmann das Opfer dieses Umsturzes geworden ist. Der Schmerz ist tief, der Jammer groß. Die liberale Presse stimmt ergreifende Klagelieder an, bange klingt die Frage:

Wer wird künftig unsere Kleinen lehren
Speere werfen und die Götter ehren,
Wenn der finstere Orkus Dich verschlingt?

Wie war's auch möglich? Die Jungliberalen, die Blüte und Hoffnung des Liberalismus, senden dem verdienten und erfolgreichen Führer an Stelle des üblichen Huldigungstelegramms ein Mißtrauensvotum! Und noch dazu wegen der anmaßenden, unersättlichen bayrischen Schulmeister! Nun schreibt die empörte liberale Presse von „destruktiven Tendenzen" innerhalb des jungliberalen Verbandes. Und dabei haben es die „liberalen Jungs" sicher nicht so bös gemeint. Sie hatten halt einen ihrer „liberalen" Anfälle, dessen schlimme Folgen sie jedenfalls als ungewollt recht bald öffentlich bedauern werden.

Nein, so schlimm sind unsere Jungliberalen nicht und so schlimm ist auch die Sache nicht. Der erfolgreiche Führer Dr. Casselmann bleibt ja den Nationalliberalen erhalten und wird sie weiter von Erfolg zu Erfolg führen, bis sie vollständig auf den Hund gekommen sind. Er hat nur den Vorsitz im „Zentralausschuß der vereinigten Liberalen und Demokraten Bayerns" niedergelegt. Und die Bedeutung dieses Gebildes aus der Aera der politischen Blöcke steht durchaus im umgekehrten Verhältnis zu der Länge der Firma. Sodann ist es mehr als wahrscheinlich: die jungliberalen Sünder tun Buße. Dr. Casselmann tritt vollständig gerechtfertigt wieder an die Spitze des Ausschusses mit dem großen Namen und "Alles ist wieder gut".

Das ist Casselmanns Fall.

* * *

Wichtiger ist der Fall Casselmann. Aber merkwürdig! Während Casselmanns Fall in der liberalen Presse so großes Aufsehen erregt, wird der Fall Casselmann gar nicht, oder in durchaus unehrlicher, verlogener Weise miterörtert. Und doch ist Casselmanns Fall erst zu verstehen, wenn man den Fall Casselmann richtig kennt.

Es war am 16. Mai des Jahres 1908, als im Hackerbräukeller zu München eine Riesenprotestversammlung der bayrischen Volksschullehrer gegen die Regierung stattfand. Mit dieser Versammlung erreichte die bisher von der Vorstandschaft des Lehrervereins betriebene und von der liberalen Partei unterstützte unfruchtbare „Politik des Erreichbaren" ein gewaltsames Ende. Eine echt proletarische Kampfesstimmung, Hoffnungsfreudigkeit und Glaubensstärke ergriff die Gesamtheit der bayerischen Volksschullehrer. Sie verlangten wie auch später in Preußen die Einreihung in eine ihrer Vorbildung und der Wichtigkeit ihres Amtes entsprechende Klasse der Staatsbeamten. Unerreichbare, utopistische Ziele, sagten die Gegner.

Auf dieser Versammlung sprach der Abgeordnete Dr. Casselmann als Vertreter der liberalen Partei. Wie schon früher des öfteren redete er herrliche Worte über die Wichtigkeit des Lehrerberufes und die Berechtigung der Lehrerforderungen. Die Lehrer waren begeistert. Und als in der bayrischen Kammer der Kampf gegen Regierung und Zentrum tobte, da war es wieder Dr. Casselmann, der wohlgerüstet und kampfesmutig mit scharfen Stößen zugunsten der berechtigten und gerechten Forderungen der Lehrer gleich ein halbes Dutzend liberaler Lanzen brach.

Da war er ganz der verdienstvolle und erfolgreiche Führer, der große Casselmann. —

Und dann kam der Wonnemonat Mai des Jahres 1909. Dr. Casselmanns Abgeordneter hing am Haken, denn in Bayern war die stille, parlamentslose Zeit. Dr. Casselmann war jetzt ganz Oberbürgermeister von Bayreuth.

Die Lehrer machten um diese Zeit eine Eingabe um Gehaltsregelung und forderten von der Stadt Bayreuth, was sie vom Staate Bayern nicht erlangen konnten. Das Gesuch mußte den gewünschten Erfolg haben; denn es waren dieselben liberalen Lehrer, es waren dieselben gerechten Wünsche, es war derselbe Dr. Casselmann! Dazu wird das Rathaus zu Bayreuth beherrscht von den Liberalen; das lehrerfeindliche Zentrum hat dort gar nichts zu sagen. Mit Zuversicht konnte die Lehrerschaft den Taten des großen Lehrerfreundes Casselmann, die vorbildlich für die anderen Städte werden sollten, entgegensehen.

Und dann kam die bittere Enttäuschung. In die Rechnung der Bayreuther Lehrer hatte sich ein Kalkulationsfehler eingeschlichen, unbedeutend scheinbar, und doch verhängnisvoll. Sie hatten vergessen, daß ihr Gesuch nicht von dem Politiker Dr. Casselmann, sondern ganz allein von dem Oberbürgermeister Dr. Casselmann zu prüfen war. Da nun Dr. Casselmann den Abgeordneten und liberalen Politiker abgehängt hatte, so wußte der Oberbürgermeister nichts von dem, was sein anderes Ich, der Abgeordnete und Politiker Monate vorher geredet hatte. Er rangierte die Lehrer in dem städtischen Gehaltsregulativ an einer Stelle ein, die für dieselben eine offenbare Geringschätzung ihres Standes und ihrer Arbeit bedeutete. Nicht genug damit, gründete er ganz nach kapitalistischer Unternehmermanier den oberfränkischen Städtering, ausgesprochenermaßen zu dem Zweck, die Forderungen der Lehrer niederzuhalten! Bayreuth und sein Oberbürgermeister trieben also unschöne Lohndrückerei.

Da zog Jungsiegfried Beyhl, der wegen seines Liberalismus gemaßregelte Lehrer, gegen seinen bisherigen „Schild- und Schwertgenossen" vom Leder und in der Lehrerpresse erschienen Betrachtungen wenig schmeichelhafter Art unter der Ueberschrift: „Dr. Casselmanns Worte und Dr. Casselmanns Taten". Die Lehrer fühlten sich betrogen. Ja, mehr, sie fühlten sich verhöhnt: „Wir einfältigen Lehrer haben immer gemeint, es gehöre zum Wesen der Persönlichkeit, daß Wort und Tat sich in klangvoller Harmonie befinden." Dr. Casselmann wehrte sich und holte seine Verteidigungswaffen gegen die Angriffe der liberalen Lehrer aus dem Arsenale des — Zentrums. Der Führer des bayrischen Liberalismus bekämpft in Bayreuth dieselben Lehrerforderungen, die er im Landtag gegen das Zentrum verteidigt! Der Führer des bayrischen Liberalismus bekämpft die Forderungen, was noch schlimmer ist, mit denselben Gründen, mit denen das Zentrum sie bekämpft.

Das ist der Fall Casselmann.

* * *

Und dieser Fall Casselmann wurde zu einem Fall des bayerischen Liberalismus. Wohl konnten Casselmann und die liberale Presse aufs Ueberzeugendste beweisen, daß der Politiker und Landtagsabgeordnete Dr. Casselmann ein ganz anderer Mann ist als der Oberbürgermeister Dr. Casselmann. Umsonst. Die widerhaarigen Lehrer zeigten nicht das geringste Verständnis für das geistige Doppelleben dieses Zweiseelenmenschen. Ja, ein Teil proklamierte bereits den politischen Streik, der konsequent und vollständig

durchgeführt, die politische Aktion des bayrischen Liberalismus in vielen Gegenden vollständig lahmlegen müßte. Als die Lehrer nicht locker ließen, traten die liberale Presse und der liberale Ausschuß ganz auf die Seite Casselmanns und billigten das Verhalten des liberalen Führers! Dazu behandelte man die Angelegenheit in einer Weise, die für Beyhl und die Lehrer direkt beleidigend war. Ein Versuch, von München aus die Lehrer gegen Beyhl und für Casselmann aufzurufen, mißglückte und zog den Fall des zweiten Vorstandes des bayrischen Lehrervereins nach sich. Beyhl war glücklicher. Ihm gelang das schwere Stück, die Jungliberalen gegen Casselmann mobil zu machen.

Die liberale Presse und die liberale Partei aber halten es nach wie vor für politisch ehrlich und anständig, daß der verantwortliche Parteiführer seine Worte durch seine Taten Lügen strafen läßt.

Das ist der Fall des bayrischen Liberalismus.

* * *

Es ist Herbst geworden in der liberalen Partei. Die Blätter fallen. Auch an dem frischen Schößling des morschen Stammes, dem Jungliberalismus, nagt der Wurm. Aus einem kranken Stamme wächst kein gesunder Zweig. Er wird darum die Früchte nicht tragen, die die Lehrerschaft für die Zukunft von ihm erhofft. Noch einige kräftige liberale Fußtritte, noch einige Jahre der Entwickelung und es kommt, was kommen muß: Die Volksschullehrer stehen dort, wo sie nach ihrer Herkunft, ihrer Stellung und ihrem Berufe hingehören:

In den Reihen der sozialdemokratischen Partei!

Die Kamarilla.

Im „Tag" hat der freikonservative Führer Freiherr v. Zedlitz in einem Artikel „Hinter den Kulissen" Mitteilungen über Intrigen gemacht, die zum Sturze des Fürsten Bülow geführt haben. Danach hat eine gewisse Gruppe, die man durchaus zutreffend mit dem Wort Kamarilla charakterisieren kann und die schon seit längerer Zeit an dem Sturze des Fürsten Bülow arbeitete, die Differenzen unter den bürgerlichen Parteien über die Reichsfinanzreform als willkommene Gelegenheit benutzt, um den Kanzler aus dem Amte zu entfernen. Fürst Bülow habe seinen Einfluß so zu stärken gewußt, daß „für die Machtbestrebungen unverantwortlicher Personen kein Raum" blieb. Diese Unverantwortlichen betrieben daher seine Entlassung, weil sie wissen, daß „das persönliche Regiment für solche Bazillen einen ungleich geeigneteren Boden bietet".

Ueber die Persönlichkeiten, aus denen sich die Kamarilla zusammensetzt, teilt der „Hannov. Courier" mit: „Des Rätsels volle Lösung wird ja wohl erst die Zukunft bringen. In dem Personenverzeichnis der „Bülowtragödie" werden dann als die von Hauptakteuren einige Namen erscheinen, die bisher in der öffentlichen Diskussion noch nicht genannt worden sind, um so mehr aber in der mündlichen Tradition der „in die einzelnen Phasen der Entwickelung Eingeweihten". Sodann wird insbesondere hingewiesen auf „einige katholische Fürstlichkeiten, gegenwärtig oder zukünftig regierende Herren, denen der Kampf Bülows gegen das Zentrum teils unbequem, teils unsympathisch war, die diesen Kampf auch wohl, sei es aus eigenem oder infolge einer geschickten Suggerierung als unheilvoll ansahen und die dann durch solche Stellung auch zu einer abfälligen Beurteilung der Haltung Bülows in den Novembertagen bewogen worden sind".

Freiherr v. Zedlitz führt in seinem Artikel weiter aus, daß die Verständigung der Konservativen und des Zentrums sehr erleichtert worden sei, nachdem es gelungen war, bei ihnen den Glauben zu erwecken, die Tage der Kanzlerschaft des Fürsten Bülow seien gezählt. „Die Bedenken, welche die Konservativen, so wenig vielen von ihnen in Wirklichkeit am Block lag, trugen, diesen zu sprengen, mußten leichter überwunden werden, wenn der Sturz seines Schöpfers ohnehin in Aussicht stand, die Bekämpfung der Regierungspolitik ihnen beträchtlich erleichtert werden, wenn sie sicher zu sein glaubten, es dadurch mit dem Kaiser nicht zu verderben. Die Toga des parlamentarischen Oppositionsmannes mit gut kaiserlichem Futter ist ein Gewand nach dem Herzen manches von ihnen. Das Zentrum aber konnte seinem Hasse gegen den Fürsten Bülow und den Block unbedenklich die Zügel schießen lassen, wenn es von der Besorgnis befreit war, dadurch bei dem Kaiser anzustoßen und sich so um die Wiederanerkennung als regierungsfähige Partei zu bringen. Die Erzählung, daß das Zentrum den Personen, welche mit ihm in dem angedeuteten Sinne verhandelten, zugesichert habe, die Reichsfinanzreform nach dem Sturze des Fürsten Bülow binnen 14 Tagen unter Dach zu bringen, ist, wenn sie nicht wahr ist, jedenfalls gut erfunden. . . ."

Freiherr von Zedlitz stellt sich, als ob er nicht glaube, daß der Kaiser wirklich den Sturz Bülows gewünscht habe, daß er „direkt oder indirekt an solchen Machenschaften beteiligt gewesen sei". Denn es sei ja einfach undenkbar, „daß der Kaiser, wenn er einen Wechsel im Reichskanzleramt für nötig erachtete, nicht die Kraft und den Mut gehabt hätte, selbst das zu veranlassen, was er doch als alleiniges Recht der Krone ansieht und streng festhält, sondern sich die Hand durch einen Beschluß des Reichstags stärken lassen müßte."

Die Auffassung des freikonservativen Führers ist nun sicherlich nichts als eine Vorspiegelung. Und die liberale Presse, die so tut, als wisse sie nicht, ob er recht hat, stellt sich dümmer als sie ist. Denn jeder, der die politischen Vorgänge nur einigermaßen verfolgt hat, weiß, daß die Stellung Bülows nach den Novembertagen beim Kaiser arg erschüttert war und die sozialdemokratische Presse hat schon damals vorausgesagt, daß Bülow lediglich noch um der Reichsfinanzreform im Amte belassen werde und nach ihrer Verabschiedung sich trollen müsse. Der jammervolle Liberalismus wollte das nicht sehen, weil er den Blockvater um jeden Preis halten wollte, um sich selbst im Regierungslager halten zu können. Ihr Verhalten zur Reichsfinanzreform, ihre Bereitwilligkeit, entgegen ihren feierlichsten Versicherungen die indirekten Steuern zu schlucken, erscheint im Lichte dieser Tatsache noch um vieles erbärmlicher.

Die „Kreuzzeitung" hat sofort die Angaben über die Tätigkeit der Kamarilla als „Kulissenromantik" hingestellt und die „Germania" tritt in ihre Fußtapfen, indem sie von „Kulissenphantastik" redet. Diese Ableugnung der Mitschuldigen bedeutet natürlich gar nichts. Die Mitteilungen des Freiherrn v. Zedlitz und des „Hannov. Kurier" haben alle Tatsachen des politischen Lebens für sich. Es ist schon so, wie wir nach dem kläglichen Ausgang des „Novembersturms" mehrfach gesagt haben: die Kamarilla besteht in alter Kraft fort und sie hat den ersten Anlaß benutzt, um den ihr gefährlich erscheinenden Bülow zu stürzen. Gerade die letzten Tage haben ja wieder das Eingreifen des Kaisers in die auswärtige Politik gesehen, dessen schwerwiegende Bedeutung nicht dadurch vermindert wird, daß die bürgerliche Presse, feig wie immer, sich taub und blind stellt. Gerade diese Feigheit des Bürgertums ist es, die einen Sieg in dem Verfassungskampf verhindert und die Sozialdemokratie auch in diesem Kampfe im Stich gelassen hat. Um so nötiger wird es sein, sobald der Reichstag zusammentritt, den Kampf gegen das persönliche Regiment und die Kamarilla energisch wieder aufzunehmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. September 1909.

Aus dem agrarischen Hexenkessel.

Die Presse des Bundes der Landwirte hat gegen den im Wahlkreis Marburg-Frankenberg-Kirchhain gewählten Reichstagsabgeordneten Dr. Karl Böhme, der sich bekanntlich von den Lehren des Bundes der Landwirte zu den Glaubenssätzen des neuen Deutschen Bauernbundes bekehrt und in diesem Verband das Amt eines Syndikus angenommen hat, so lange gewütet, daß dieser ehrsame Herr jetzt den Spieß umdreht und in einem Flugblatt allerlei interessante Einzelheiten über die Politik des Bundes der Landwirte und seiner Größen auftischt.

Er wirft in diesem Flugblatt den Landbündlern vor, sie hätten gegen die Nachlaßsteuer gestimmt, obwohl in der abgeänderten Fassung nur fünf Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe getroffen wurden. Die Behauptung, man habe einer späteren Steuer vorbeugen wollen, sei eine völlige Irreführung der Wähler. Auch bei der Umsatzsteuer hätten die Führer des Bundes kein Herz für den kleinen Mann gehabt, da ursprünglich der kleinste Verkauf habe getroffen werden sollen, und die Befreiungen nur auf seine (Böhmes) Bemühungen beschlossen seien. Dieselben Herren hätten in ihrer Bauernfreundlichkeit die Höfe schon von einem Werte von 6000 M. an durch den fünfundzwanzigprozentigen Zuschlag zur Vermögenssteuer im Abgeordnetenhause belastet und die Einkommensteuerzuschläge schon von 1200 M. an beschlossen. Und Dr. Hahn habe für die Fahrradsteuer aus „Mittelstandsfreundlichkeit gestimmt", die Steuer auf Luxuspferde aber abgelehnt.

Auch von allerlei Schmähungen und Beschimpfungen, die von hervorragenden Führern des Bundes der Landwirte gegen breite Volksschichten erhoben sind, weiß Dr. Böhme zu berichten. So habe beispielsweise Graf Mirbach gesagt, die Waldarbeiter könnten am Sonnabend und Sonntag nicht versaufen, was sie in der Woche verdienten. Und Oekonomierat Steinmetzer habe erklärt, die ländlichen Ansiedler hätten nur Sinn für Schnaps und Geld.

Das Bündlerblatt, die „Deutsche Tagesztg.", ist wütend über diesen Ausfall; aber es wagt nicht, die Anschuldigungen seines früheren Gesinnungsgenossen zu bestreiten. Mit einer an ihm ungewohnten Milde erklärt es lediglich den Dr. Böhme für ein „psychologisches Rätsel" und meint, es sei unverständlich, daß dieser es so über sich gewänne, „seine früheren Mitkämpfer in einer so unschönen und so wenig vornehmen Weise zu bekämpfen". Allem Anschein nach fürchtet das Oertelsche Blatt, daß Herr Böhme sich noch weitere Flugblätter gleicher Art leisten könnte.

Konservative Rebellion.

Die frivole Haltung der innerhalb der konservativen Partei führenden Agrarier hat denn doch eine ganz erhebliche Unzufriedenheit in den mittelständlerischen Kreisen der Konservativen erweckt. Sogar ein Parteibeamter, der bisherige konservative Generalsekretär für Vorpommern, Ludwig Brehm, hat sein Amt niedergelegt und seinen Schritt mit einem Schreiben begründet, in dem er ausführt, daß insbesondere der gesamte Mittelstand über die Haltung der Konservativen in Sachen der Reichsfinanzreform entrüstet sei. —

Auch in Potsdam wurde der konservativen Parteileitung von dem konservativen neuen Wahlverein wegen der Haltung in der Frage der Erbschaftssteuer das Mißfallen ausgesprochen. Einzelne Redner sprachen sogar unter lebhaftem Beifall die Ansicht aus, daß man sich für die nächste Wahl nach einem anderen Vertreter als dem bisherigen Abgeordneten Pauli umzusehen haben werde. —

Uebrigens hält die „National. Korr." an der Behauptung fest, daß der Bund der Landwirte seit dem Abschluß der Reichsfinanzreform 32 400 Mitglieder verloren habe. Es seien sogar 33 600 Mitglieder.

Bourgeois-Steuerpolitik.

Herr Steinmann-Bucher, der Offiziosus des Zentralverbandes deutscher Industrieller, bespricht im „Tag" die neue Finanzreform. Er meint, schon bei den Steuerverhandlungen habe sich gezeigt, daß das Steuerbukett eine falsche Rechnung gewesen sei; „denn jede einzelne Steuer rief einen neuen Sturm der Entrüstung hervor, erweckte immer neue Gruppen zur Gegenwehr". Der ganze Reformplan sei dazu angetan gewesen, eine möglichst große Zahl zur Unruhe veranlagter Volksteile aufzuhetzen, und die berufsmäßigen Hetzer — womit Herr Steinmann-Bucher die Parteien der Linken meint — hätten mit Begierde diese Gelegenheit erfaßt und für sich ausgeschlachtet. Auch sei durch die Vielseitigkeit des Programms nur eine Verzettelung der Kräfte der Regierung erfolgt. Die „Finanzreform" sei kein Meisterstück, weder in steuertechnischer, noch in politischer Beziehung. Vor allem sei sie schwächlich in der Zusammenstellung und Ausnützung der indirekten Steuern gewesen: eine Ansicht, die Herr Steinmann-Bucher durch folgende Aeußerungen über den Kaffeezoll zu beweisen sucht:

„Mit dem Kaffeezoll hätte man den ganzen Bedarf decken können. Der Kaffee ist nämlich ein ganz hervorragendes Steuerobjekt und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er in so starker Verdünnung genossen wird, daß die Steuer beim letzten Verbrauch kaum mehr meßbar ist. Die Zollerhöhung von 40 auf 60 M. für 100 Kilogramm berechnet sich nämlich auf die Tasse auf nur $^1/_5$, der alte und der neue Zoll zusammen auf nur $^3/_5$ Pf. für die Tasse (unter Berechnung von 120 Tassen auf 1 Kilogramm und 20 Prozent Gewichtsverlust beim Brennen). $^1/_5$ Pf. auf die Tasse bringt dem Reiche eine Mehreinnahme von 38 Millionen Mark! $^3/_5$ Pf. auf die Tasse (der jetzige Zoll von 60 Mark für 100 Kilogramm) wird dem Reich eine Einnahme von 115 Millionen bringen. 1 Pf. auf die Tasse brächte 190 Millionen Mark, 2 Pf. schon 380 und 3 Pf. 570 Millionen Mark, 5, ja 10 Pf. Aufschlag auf die Tasse berechnen aber zahlreiche Kaffeewirte, statt nur $^1/_5$ Pf.! Mit 5 Pfennig Zoll auf die Tasse könnte sich das Reich eine Einnahme von 950 Millionen Mark schaffen, d. h. nahezu eine Milliarde! Was würden die Steuerzahler dazu sagen, dieselben Steuerzahler, die sich die Ausbeuterei durch die Kaffeewirte ruhig gefallen lassen? Die ganze Finanzreform wäre zu machen gewesen mit einem Aufschlag von 2 bis $2^1/_2$ Pf. auf die Tasse Kaffee. Wie einfach wäre das gewesen, wie leicht zu verteidigen."

Die Ausführungen sind kennzeichnend dafür, wie die Industriemagnaten über die Reichsfinanzreform und die sogenannte Besitzsteuer denken. Die durch die finanzielle Mißwirtschaft der regierenden Parteien entstandenen Schulden und Defizite sollen nicht durch die Besteuerung der Wohlhabenden, sondern durch die Zollerhöhungen auf die Lebens- und Genußmittel der großen Masse getilgt werden. Für sich reklamieren die Herren nur das Recht, die Reichsausgaben zu bewilligen, die Pflicht, die dazu erforderlichen Summen aufzubringen, überlassen sie großmütig den Nichtbesitzenden.

Zur Verzollung des Rauchtabaks.

Da der ungeschickte Wortlaut des neuen Tabaksteuergesetzes in Fachkreisen vielfach verschiedene Auslegungen zuläßt, hat das kaiserliche Reichsschatzamt an die Redaktion der „Süddeutschen Tabakzeitung" in Mannheim die Mitteilung ergehen lassen, daß nach dem neuen Tabaksteuergesetz nur der „Rauchtabak in Rollen" (sogen. Pfeifentabak) mit 300 M. pro Doppelzentner verzollt wird, nicht aber, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, auch solcher Rauchtabak, der aus geschnittenen Tabakrippen hergestellt ist. Letzterer unterliegt vielmehr einem Zollsatze von 700 Mark pro Doppelzentner.

Graf Westarp — Berliner Polizeipräsident.

Wie das „Berliner Tageblatt" erfahren haben will, soll unter den Kandidaten für den durch den Tod Stubenrauchs freigewordenen Posten des Berliner Polizeipräsidenten der frühere Schöneberg-Wilmersdorfer Polizeipräsident und jetzige Oberverwaltungsgerichtsrat Graf v. Westarp gute Aussichten haben. Für den Posten kommen noch der Charlottenburger Polizeipräsident v. Hertzberg und der Landrat des Kreises Niederbarnim, Graf Roedern, in Betracht.

Graf Westarp gehört seit Dezember vorigen Jahres dem Reichstage an und tat sich schon bald nach seinem Eintritt in das Parlament als einer der Wortführer der konservativen Erbschaftssteuerfronde und Steuermacher hervor. Er war vor allem der Vater der von den Regierungen schließlich für unannehmbar erklärten Kotierungssteuer (von der die Talonsteuer übrig geblieben ist), sowie des bekannten Wertzuwachssteuer-Antrages.

Zum Fall Schack.

Ueber die Vertrauensmännerversammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung in Eisenach wird noch bekannt, daß der Abg. Raab, der neben Lattmann über den Krankheitszustand des Abg. Schack berichtete, keinen Zweifel darüber ließ, daß Schacks Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter als abgeschlossen anzusehen sei. Bei einer späteren Neuwahl wird man das Mandat, wie bereits mitgeteilt wurde, dem Oberlandesgerichtsrat Freiherrn von Richthofen-Jena, der der Versammlung ebenfalls beiwohnte, antragen.

Zur Landtagswahl in Moabit.

Die Freisinnigen haben zurzeit die Wahlkampagne mit einer Versammlung eröffnet, die in Moabit stattfand. Als Kandidat stellte sich wiederum Pastor Dr. Runge vor. Er begnügte sich mit einigen pastoralen Phrasen, wogegen die zu seiner Assistenz herbeigeeilten Abgeordneten Schepp und Wiemer sich gewaltig gegen die Sozialdemokratie ins Zeug legten und deren „Alles oder Nichts"-Politik perhorreszierten.

Den Herren wird demnächst kräftig eingeheizt werden. Ueber der Annagelung ihrer Gegenwartssünden werden sie dann ganz vergessen, noch weiterhin über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat Albernheiten zum besten zu geben!

Deutsche Literatur: ungenügend!

Die bürgerliche Presse überbietet sich in Mätzchen und Kinkerlitzchen, mit denen sie den Leipziger Parteitag ausläutet. Da gibt es „Nachklänge", „Porträts" usw. Vor allem aber gibt es — Reinfälle; denn in ihrer Sucht, unserer Partei und unseren Parteigenossen am Zeuge herumzuflicken, kritisieren die Herrschaften drauflos und blamieren sich dabei nach allen Regeln der schwarzen Kunst.

Einen der niedlichsten Reinfälle wollen wir der Vergessenheit entreißen. Die „Deutsche Tageszeitung" windet einen Strauß von „Redeblüten", die in Leipzig emporgeschossen sind. Bei dieser Gelegenheit macht sich das feudale Blatt auch über die Genossin Zietz lustig, weil sie sich zu der „Redensart" „verstiegen" hat, daß die Privatbeamten „hungernd mit Schädel und Hirn pflügen"! Die brave „Deutsche (!) Tageszeitung" weiß nicht, daß die von ihr hochnäsig belächelte Wendung von einem der deutschesten Dichter, von Ferdinand Freiligrath, geschaffen worden ist und einem seiner herrlichsten Gedichte, dem weltberühmten „Requiescat" entstammt!

Zu Nutz und Frommen des Blattes, das sich mit dem Genuß Oertelscher Poesie zu begnügen scheint, setzen wir die herrliche Freiligrathsche Strophe hierher:

Ruhm und Ehre jedem Fleiß!
Ehre jeder Hand voll Schwielen!
Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Der in Hütten fällt und Mühlen!
Ehre jeder nassen Stirn
Hinterm Pfluge! — doch auch dessen,
Der mit Schädel und mit Hirn
Hungernd pflügt, sei nicht vergessen!

Wir empfehlen der „Deutschen Tageszeitung", dies schöne Dichterwort als „Haussegen" über Herrn Dr. Oertels Schreibtisch zu hängen. Sollte es ihr übrigens mal einfallen, Zitate aus Freiligraths Zeit um 1870 zu verwerten, etwa „Die Trompete von Gravelotte" oder dergleichen, so wird sie uns besser beschlagen finden als ihren literarischen Oberbonzen.

Der Kaiserbrief nach Holland.

Dem „N. Rott. Cour." werden, wie dem „Berliner Tageblatt" aus Rotterdam telegraphiert wird, aus Berlin auf Grund von Mitteilungen eines früher im Haag beglaubigten Diplomaten noch einige Einzelheiten über den Brief des deutschen Kaisers an die Königin Wilhelma vom Winter 1903/04 mitgeteilt.

„Es war ein ganz vertrauliches Schreiben," heißt es da, „in dem der Kaiser in sehr höflicher Form der Königin zu verstehen gab, daß er genötigt sein würde, Holland militärisch zu besetzen, wenn nicht von der holländischen Regierung die nötigen Verteidigungsmaßregeln längs der Küste getroffen würden. Dieses Schreiben erweckte natürlich am Hofe große Sensation; die Königin entbot den Ministerpräsidenten Kuyper zu sich, weigerte sich aber, ihm den Namen des Briefschreibers zu nennen, da es ein vertrauliches Schreiben sei. Erst später wurde der Name des Schreibers durch eine Indiskretion Kuypers bekannt, der ihn aus einer anderen Quelle erfahren hatte. Als der Kaiser später die Königin besuchte, sagte er, wahrscheinlich, um den Eindruck seines Briefes wieder gut zu machen, habe die Nordsee-Entente als ein spezielles Geschenk für die Königin von Holland bestimmt; dies wiederholte er gegenüber dem Prinzen Heinrich später beim Stapellauf der „Nassau". „Um den Wert der Entente zu beurteilen, ist," so geht

der Bericht des Diplomaten weiten, „folgendes hinzuzufügen: Als voriges Jahr der dänische und der niederländische Gesandte in Berlin von ihren Regierungen beauftragt waren, wie jüngst der „N. Rott. C." meldete, die Nordsee-Entente nur unter dem Vorbehalt einer sicheren Neutralitätsbestimmung zu unterzeichnen, wußte Herr v. Schön die beiden Diplomaten hübsch in Behandlung zu nehmen und sie zur Unterzeichnung durch die Versicherung zu überreden, daß dieser Vorbehalt ganz überflüssig sei. Aber warum hat Deutschland, wenn der Vorbehalt überflüssig war, ihn abgelehnt?"

Der Korrespondent fügt hinzu, daß er die Verantwortung für die in dieser Darstellung liegenden Urteile ablehne, daß aber die Tatsachen selbst auch von anderer Seite Bestätigung fänden.

Dieser Kaiserbrief wurde bekanntlich schon in den Veröffentlichungen des „Daily Telegraph" erwähnt und hat zum „Bürgersturm" der Novembertage mit beigetragen, der dank der Feigheit des Liberalismus so gar kein Resultat gehabt hat. Wie notwendig es ist, daß es zu einer Einschränkung des persönlichen Regiments geführt hatte, das sich in der letzten Kaiserrede wieder kräftig geregt hat, das zeigen auch diese genaueren Angaben über den Kaiserbrief nach Holland.

Der „Kaisertag" in Altenburg.

Wilhelm II. war am vergangenen Sonntag auf Besuch in Altenburg bei seinem Vetter, dem Herzog Ernst II. Seit Wochen hatten die Altenburger Patrioten — die von einer ganz besonders patriotischen Art sind, so eine Art Ueberpatrioten — mächtig gearbeitet, um Wilhelm II. eine Menge festbegeisterter Menschen zur Ansicht zu bringen. 6000 M. hat man der blutarmen Stadtkasse abgezapft für Straßenschmückung und mindestens das Dreifache dürfte dafür draufgegangen sein.

Auf Anregung des Landrates Schenk in Altenburg, der mit seinem Amtskollegen in Romneburg ein sogenanntes Komitee bildete, hatten die Altenburger Bauern des Ostkreises — sie gehören mit zu denen, die am lautesten über die Notlage der Landwirtschaft jammern — sich bereit erklärt, einen kostümierten sogenannten Huldigungszug auszuführen. Ein paar Großbauern in der alten, heute fast ganz ausgestorbenen Tracht begrüßten Wilhelm II. als angebliche Deputation der Bauern.

Ebenso eifrig wie die Landräte war auch die Schulverwaltung Altenburgs tätig. Seit drei Wochen übten die Schüler und Schülerinnen der Volksschule täglich „patriotische" Lieder ein. Seit 14 Tagen wurde fast jeden Nachmittag der Unterricht ausgesetzt, um Singproben abzuhalten. Der ganze Unterrichtsplan wurde über den Haufen geworfen und nützliche Fächer fielen aus. Nur der sogen. Religionsunterricht litt keine Not! Ueber 1100 Kinder aus den Volksschulen mußten am Sonntagmorgen auf der Altenburg, dem Residenzschlosse, Wilhelm II. etwas vorsingen. Selbstredend mußten sie auch Spalier auf der Straße stehen.

Die organisierte Arbeiterschaft Altenburgs fand sich am Vorabend des Kaiserbesuchs zu einer mächtigen Demonstrationsversammlung im Saale des „Waldschlößchens" zusammen. Um 6 Uhr war der Saal schon längst überfüllt, und immer noch kamen Hunderte von Besuchern, die wieder umkehren mußten, weil mit dem besten Willen kein Platz mehr zu erhalten war. Mehr als 1500 Personen waren im Saale beisammen. Der Stadtrat hatte ein übriges getan, um die Versammlung zu füllen, indem er den städtischen Anger, ein großer freier Platz, auf dem sonst byzantinische Feste abgehalten werden, den Arbeitern verweigerte. Die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf. Sie erhob nachdrücklichsten Protest gegen die Steuerausplünderung und versprach alles daranzusetzen, **den Wahlkreis Altenburg für die Sozialdemokratie zu erobern.**

Potemkinsche Dörfer.

Auf einer Besuchsreise, die der Minister des Innern v. Moltke bei dem Herrn v. Zizewitz auf Zezenow abstattete, berührte er auch die Stadt Stolp. Auf die Begrüßungsrede des Bürgermeisters erwiderte er, daß er mit Freuden wahrgenommen habe, wie im Kreise überall geharkte Sommerwege vorhanden seien; das zeuge von guter Verwaltung und habe „seinem landrätlichen Herzen wohlgetan"!

Der gute Mann ahnt nicht, daß man ihm Potemkinsche Dörfer gezeigt hat, wie folgender Ukas beweist:

„Bekanntmachung. Am Sonnabend, den 19. ds. Mts., zwischen 10 und 11 Uhr vormittags wird sich der Herr Staatsminister und Minister des Innern v. Moltke in Begleitung des Regierungspräsidenten im Automobil von Cruffen über Quackenburg, Kublitz nach Stolp begeben. Ein Aufenthalt findet unterwegs nicht statt. Der Herr Landrat wünscht, daß unsere Ortschaft ein dieser festlichen Veranlassung entsprechendes Bild bietet. Insbesondere soll für Reinhaltung der Chausseen gesorgt sein. Falls, wie anzunehmen, sich Kinder auf der Straße einfinden sollten, ist dafür Sorge zu tragen, daß Ordnung herrscht. Die Ortseingesessenen werden gebeten, dem Wunsche des Landrates entgegenzukommen. Kgl. Kublitz. Kroll, Gemeindevorsteher."

Tatsächlich sind denn auch die Chausseen in diesen Tagen in Ordnung gebracht worden. Und die Kinder lernten allabendlich in der Schule singen und Hurraschreien, damit es des Morgens schön klappte, als das Auto vorbeikaste.

Wenn man ein armer Teufel ist . . .

Im „Groß-Strehlitzer Stadtblatt" lesen wir folgende Nachricht aus Leschnitz Oberschlesien:

„Am verflossenen Freitag verstarb hierselbst ein alter Kriegsveteran, der Zimmermann Philipp Burzin und wurde am Dienstag vom Kriegerverein zu seiner letzten Ruhe geleitet. Die Kameraden trugen den Sarg auf den Schultern zum Friedhof und erwiesen dem Dahingeschiedenen dadurch die gebührende Ehre. Bedauerlicher Weise war die Beteiligung der Mitglieder an dieser Beerdigungsfeier sehr wenig zahlreich, eine Erscheinung, die sich bei dem Leichenbegängnis von Mitgliedern, welche nicht mit Glücksgütern gesegnet sind, schon öfter gezeigt hat."

Der Verstorbene hatte zwar, wie das Blatt weiterhin mitteilt, „die Feldzüge 1866 und 1871 in Ehren mitgemacht; da er aber, trotzdem oder gerade weil er „sein Leben in ehrlicher Arbeit und Pflichterfüllung hinbrachte", nur „recht bescheiden" leben konnte, wurde er von der Mehrheit des Kriegervereins offenbar nicht für voll angesehen. Und so etwas soll sich schon öfters gezeigt haben!

Die ärztlichen Mugdanesen.

Der Deutsche Aerztevereinsbund hat der Regierung eine umfassende Denkschrift zugehen lassen, in der die Forderungen zusammengestellt sind, deren Erfüllung die Aerzte von der Reichsversicherungsordnung erhoffen. In der Hauptsache wird verlangt, daß die Mitglieder der Krankenkassen die Hilfe eines jeden Arztes anrufen können, der im Bezirk der Krankenkassen tätig ist und die vereinbarten Bedingungen anerkennt. Auf Grundlage der staatlichen Taxe sollen die Honorare von einer aus Aerzten und Kassenmitgliedern gebildeten Kommission festgesetzt werden. **Personen mit einem Einkommen über 2000 Mark dürfen weder Kassenmitglieder werden noch bleiben!** Die Behandlung von erkrankten Mitgliedern darf nur durch die in den deutschen Bundesstaaten approbierten Aerzte erfolgen, die auch allein berechtigt sind, die Erwerbsunfähigkeit eines Mitgliedes zu bescheinigen!

Von Bescheidenheit zeugen diese Forderungen nicht; denn die Aerzte wollen durch sie nichts anderes erreichen, als daß die nicht approbierten Naturheilkundigen und die im Auslande approbierten Aerzte und Aerztinnen von der Behandlung erkrankter Kassenmitglieder einfach ausgeschlossen werden!

Schücking und Nasse: der Kaiserfreund.

Dr. Schücking, der frühere Bürgermeister von Husum, führte am Dienstag vor dem ersten Senat des Oberverwaltungsgerichts wider den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein Klage auf Aufhebung der Ordnungsstrafe, die ihm zuerkannt war, weil er sich gegen eine Anzahl Beleidigungen verwahrt hatte, mit denen der Landrat Nasse den Bürgermeister und den Magistrat von Husum bedachte.

Von der Verhandlung interessiert besonders das Bild, das der Kläger vom Landrat Nasse entwarf, dem jener übrigens, weil er ihm den Gruß versagte, schon eine „Vorbestrafung" zu verdanken hat! Mit Bezug auf diesen Herrn nun stellte Schücking folgende Behauptungen unter Beweis:

„Der Landrat Nasse hat eine ganz ungewöhnliche Schroffheit und Heftigkeit des Tones an sich. . . . Oberpräsident v. Steinmann hat einmal gesagt, wenn er mit dem Landrat Nasse zusammen sei, dann wisse er nicht, sei er nun der Oberpräsident von Schleswig-Holstein oder sei es der Landrat Nasse! Alle Beschwerden gegen den Landrat Nasse nützen nichts. Er war ein Studiengenosse des Kaisers, und deswegen ging sein Einfluß selbst über den des Ministers des Innern hinweg. Alle Behörden, mit denen er zu tun hatte, behandelte er mit außerordentlicher Schroffheit. Man sprach auf der Schleswiger Regierung offen darüber, daß man gegen diesen Mann nichts machen könne. Ich war vor drei Wochen in Husum, und da sagte man mir, der jetzige Bürgermeister sei schon ebenso weit wie ich. Landrat Nasse verlangte von mir eine persönliche Anmeldung. Ich hätte anzutreten in einer von ihm vorgeschriebenen Stunde und Bericht zu erstatten über sozialdemokratische Versammlungen! Ich hielt dies für unzulässig und habe mich beschwert, ich habe ja schließlich auch Recht bekommen. Es wurde nicht als das Recht des Landrats angesehen, im Leutnantston über meine Person zu verfügen. Auch die fortgesetzten Versuche, mich als Postboten zu benutzen, obwohl der Landrat Kreisboten hatte, fallen in diese Rubrik. Als er sogar so weit ging, daß Privatbriefe von ihm dienstlich von mir sollten bestellt werden, wurde ich energisch vorstellig. . . ."

* * *

Die Klage wurde ausgesetzt bis zur Erledigung des Disziplinarverfahrens, das der Disziplinarsenat des Oberverwaltungsgerichts — als Berufungsinstanz — in Sachen der bekannten Schücking-Broschüre „Die Reaktion in der Verwaltung Preußens" in den nächsten Tagen zu verhandeln haben wird.

Die rheinisch-westfälischen Schnapsbrenner gegen die preußischen Schnapsjunker!

In Dortmund waren vor einigen Tagen die Vertreter von 448 Brennereien versammelt, um zu beraten, wie man sich mit der Schnapssteuererhöhung abfinden solle, ohne mit den Gastwirten und Konsumenten in Fehde zu geraten. Den Herren hat jedenfalls eingeleuchtet, daß der Weg, den die Brauereien und Gastwirte in einer großen Anzahl Orte beschritten haben, denn zu kostspielig ist und obendrein nicht immer zum Ziele führt. Man einigte sich schließlich, wie uns berichtet wird, auf einen aus Solingen stammenden Vorschlag, in Zukunft nur noch reinen Kornbranntwein zu brennen und das Verschneiden mit Kartoffelsprit, das bisher mehr oder minder fast von jeder Brennerei geübt wurde, gänzlich einzustellen.

Dieser Beschluß bedeutet, in die Praxis umgesetzt, einen beträchtlichen Ausfall für die Spirituszentrale der Junker. Es ist ferner geplant, im Industriebezirk eine eigene Kornspirituszentrale zu schaffen und sich dadurch völlig unabhängig von den Junkern zu machen. Halten die rheinisch-westfälischen Brennereien Wort mit ihren Beschlüssen, dann ist den preußischen Schnapsjunkern außer dem organisierten Proletariat ein weiterer Feind erwachsen, der ihm recht unbequem werden dürfte.

Oesterreich.

Deutsch-tschechische Ausgleichspläne und Landtagswahlreform.

Prag, 21. September. Dem heute wieder zusammengetretenen Landtage des Königreichs Böhmen unterbreitete die Regierung fünf Vorlagen, durch welche die Voraussetzungen für eine Beilegung des nationalen Konfliktes in Böhmen geschaffen werden sollen. Zunächst wird sich der Landtag mit einer Abänderung der Landesordnung zu beschäftigen haben, welche die Konstituierung eines Landesausschusses ermöglichen soll. Die vier anderen Vorlagen bezwecken die Einführung einer neuen Landtagswahlordnung, die Regelung des Sprachengebrauches bei den autonomen Behörden und die Errichtung von Kreisvertretungen. Die Anzahl der Mandate soll erhöht werden und 48 Mandate sollen der allgemeinen Wählerklasse zufallen, um einerseits das Kräfteverhältnis zwischen den Vertretern von Handel, Industrie und Gewerbe und den Vertretern der Landwirtschaft auszugleichen, andererseits den breiten Schichten der Bevölkerung Anteilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung des Landes zu gewähren. Ferner soll die neue Landtagswahlordnung jener nationalen Abgrenzung der Wahlkreise Rechnung tragen, wie sie seinerzeit unter Zustimmung der Parteien in der Wahlordnung zum Reichsrate durchgeführt worden ist.

Im Verlauf der Sitzung des Landtages forderte der Oberstlandmarschall zur Konstituierung der Kurien und zur Einsetzung des Wahlprüfungsausschusses auf. Pacher erklärte im Namen der deutschen Abgeordneten, daß diese laut Beschluß der Vollversammlung der deutschen Landtagsabgeordneten sich an der Konstituierung der Kurien nicht beteiligen würden. Hierauf schloß der Oberstlandmarschall die Sitzung. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung soll auf schriftlichem Wege bekannt gegeben werden.

Der Jungtschechenklub des Landtages beschloß, auf dem Standpunkte zu verharren, daß den Deutschen für ein Aufgeben der Obstruktion in keinem Falle ein Kaufpreis gezahlt werden dürfe. Der Klub wird morgen über die Lage weiterberaten.

Frankreich.

Spanische Polizeiagenten auf französischem Boden —

das ist das neueste Stückchen kapitalistisch-polizeilicher Internationalität, das an die russische Polizeiwirtschaft in der Republik rühmlich anknüpft. In den der spanischen Grenze benachbarten Städten halten sich, wie die „Humanité" meldet, eine Reihe spanischer Polizeibeamten auf. Eine Reihe Festnahmen spanischer Flüchtlinge durch die französischen Behörden war die Folge. Von Auslieferungen hat man noch nichts gehört. Aber wer weiß, was kommen mag. Jetzt berichten spanische Blätter, die französische Regierung beabsichtige, die übergetretenen spanischen Flüchtlinge massenhaft zu internieren, wie es einst mit den Truppen des Don Carlos geschehen ist. Gen. Dejeante hat ein Interpellation angekündigt über alle diese Machenschaften einer republikanischen Regierung gegen Leute, die nichts als etwa französische Zustände für ihr Vaterland erstreben. —

Einen mächtigen Protest gegen die spanische Schandwirtschaft stellte die Massenversammlung dar, die am 18. September auf Einladung gewerkschaftlicher und sozialistischer Vereine in Paris stattgefunden hat. Sie war von 6000 Personen besucht und beschloß schärfsten Protest und energisches Eintreten für die Opfer jenes Systems.

England.

Das Budget.

London, 20. September. Im Unterhause wurde heute, am dreißigsten Tage der Finanzbildebatte, die Erhöhung der Einkommensteuer auf einen Schilling und zwei Pence pro Pfund einstimmig angenommen. Balfour gab seinem Bedauern Ausdruck, daß diese Erhöhung sich als notwendig erwiesen habe, aber da die Regierung nicht dazu gebracht werden konnte, die Grundlagen der Steuergesetzgebung zu erweitern und andere weniger belastende Steuerquellen zu finden, so habe die Einkommensteuer erhöht werden müssen. Finanzminister Loyd George sagte Steuernachlaß bei den aus Landbesitz stammenden Einkommen zu, der mit Rücksicht auf die wesentlich erhöhten Preise für Verbesserungen und Reparaturen gewährt werden solle. Der Minister schätzte den Steuerausfall, der durch diesen Nachlaß hervorgerufen wird, auf 500 000 Pfund Sterling. Die Liberalen sind der Ansicht, **daß der Nachlaß die Annahme der Finanzbill durch das Oberhaus wahrscheinlicher macht.**

Für das Budget, gegen die Landlords.

In Glasgow fand am Sonnabend eine Demonstration für das Budget statt, an der sich 80000 Personen beteiligten. Hundert verschiedene Arbeiterorganisationen waren dabei. Die Bäcker trugen auf einer Bahre einen Sarg, auf dem das Wort „Landlordism" (Junkertum) stand. Auf dem Sarge lag eine Herzogskrone und ein Kranz. Am Schluß der Prozession wurde der Sarg unter allgemeinem Jubel verbrannt.

Liberale Bergleute und die Arbeiterpartei.

London, 18. September. (Eig. Ber.)

Bekanntlich beschlossen die Bergleute Großbritanniens, der Arbeiterpartei beizutreten und demgemäß ihre Parlamentskandidaten zu verpflichten, die Satzungen der Arbeiterpartei zu unterschreiben und, wenn gewählt, zur Arbeiterfraktion zu gehören. Die meisten Kandidaten der Bergleute haben sich diesem Beschlusse unterworfen, nur die alten Führer von Northumberland, Burt und Fenwick, wollen sich nicht von der liberalen Partei trennen und weigern sich deshalb, die Satzungen der Arbeiterpartei zu unterschreiben. Um einem Konflikt vorzubeugen, zieht sich Burt vom politischen Leben überhaupt zurück, während Fenwick von den Liberalen aufgestellt werden soll. In Fenwicks Wahlkreis wollen die Arbeiter einen Gegenkandidaten haben, so daß dort die Konservativen, Liberalen und die Arbeiter sich um das Mandat bewerben. Um diese Angelegenheit zu regeln, findet nächstens zwischen den Northumberlander Bergleuten und den Vertretern der Arbeiterpartei eine Konferenz statt.

Holland.

Eröffnung des Parlaments.

Haag, 21. September. Die neue Session der Generalstaaten wurde durch den Minister des Innern Heemskerk mit einer Thronrede eröffnet. Sie kündigt Gesetzentwürfe über die Vermehrung der Erbschaftssteuer, über die Revision des Zolltarifes und über eine allgemeine Einkommensteuer an. Außerdem würden besondere Maßnahmen getroffen werden, um das sehr beträchtliche Defizit für das nächste Budget auszugleichen: unter anderem sei eine Erhöhung der Abgaben auf inländischen und ausländischen Alkohol vorgesehen. Die Zwangsversicherung gegen Krankheit, Invalidität und Alter solle ebenfalls gesetzlich geregelt werden. Für die Verbesserung der Küstenverteidigung werde ein Fonds errichtet werden. Eine von der Regierung eingesetzte Kommission solle prüfen, in welcher Weise die Verfassung geändert werden könne. (Wahlreform.)

Rußland.

Von Verfassung darf nicht gesprochen werden.

Petersburg, 20. September. In einer Wählerversammlung, die gestern hier aus Anlaß der bevorstehenden Wahl eines Dumaabgeordneten stattfand, führte der Kadettenführer Miljukow aus, die Reise der Abgeordneten nach England sei ein Beweis dafür, daß Rußland eine Verfassung habe und daß die Gewalt des autokratischen Zaren beschränkt sei. Als hierauf der anwesende Polizeibeamte verlangte, daß der Redner die Tribüne verlasse, protestierte der Versammlungsleiter, da in den Worten Miljukows nichts Gesetzwidriges liege. Daraufhin verfiel die Versammlung der Auflösung durch die Polizei.

Die offiziöse Petersburger „Rossija" erklärt, der Polizeioffizier, der die Wählerversammlung auflöste, sei ein besserer Jurist gewesen als Miljukow. Die Selbstherrschaft bestehe in Rußland nach wie vor fort und sei durch die Konstitution nicht beschränkt. Die Aeußerung Miljukows, in Rußland gebe es keine Selbstherrschaft, sei nur ein Provokationsstück, und die Polizeioffiziere seien angewiesen, derartige Aeußerungen in Wahlversammlungen nicht zuzulassen.

Türkei.

Zollerhöhung.

Konstantinopel, 21. September. England hat einer vierprozentigen Zollerhöhung zugestimmt. Frankreich erhebt keine Einwendung dagegen. Die Pforte erklärt, die Erhöhung sei nur zur Deckung des Budgetdefizits bestimmt.

Unruhen auf der Insel Samos.

Konstantinopel, 18. September. Auf Samos sind Unruhen ausgebrochen. Der Fürst hat die Nationalversammlung, die eine Herabminderung der auf der Insel befindlichen türkischen Truppen forderte, aufgelöst. Aufständische durchschnitten das Kabel von Smyrna. Ueber weitere Vorgänge auf der Insel ist die Pforte ohne Nachricht.

Marokko.

Vorstoß der Spanier.

Eine größere spanische Truppenmacht, 21 Kompagnien Infanterie, 2 Eskadrons Kavallerie und mehrere Batterien Artillerie, ist am Montag gegen die Riffstämme vorgerückt und hat nach einem Kampfe das Kap Querta besetzt. Der Feind hatte große Verluste, auf seiten der Spanier fiel ein Mann, 28 wurden verwundet. Die Flotte unterstützte die Operationen von Punta Negri aus.

Abends bemächtigte sich eine in westlicher Richtung vorgehende spanische Kolonne der Orte Jatel und Taddert. Der Kampf brachte dem Feind, der in großer Zahl auftrat, schwere Verluste. Die Spanier hatten 16 Tote und 70 Verwundete.

Protest Mulay Hafids.

Der Machsen hat Mohammed el Guebbas mit einem Protest beim diplomatischen Korps gegen das Vorgehen der Spanier, das eine Verletzung der Akte von Algeciras bilde, beauftragt. Den Spaniern wird vorgeworfen, durch Ueberschreiten der Grenze und Anlage der Eisenbahn zum Abbau der Minen die Unruhen veranlaßt zu haben. Der Machsen versichert, er habe Spanien gegenüber die besten Gesinnungen, er habe eine Gesandtschaft nach Madrid und Abgeordnete ins Rifgebiet geschickt, um den Frieden herbeizuführen. Spanien aber setze seinen Vormarsch fort und mache dadurch die Bemühungen des Sultans hinfällig. Der Machsen fordert das Einschreiten der Mächte, um die Integrität Marokkos und seinen Versuch, dem Blutvergießen Einhalt zu tun, zu schützen.

Gewerkschaftliches.

Sam. Gompers und die Wahrheit.

Der „Auslands-Korrespondenz" des Genossen Katzenstein entnehmen wir folgende Ausführungen:

Die von Gompers in Berlin vorgetragenen und von dem größten Teile der Gewerkschaftspresse ohne Anzweifelung wiedergegebenen Erzählungen über amerikanische Verhältnisse werden von der „New Yorker Volkszeitung" noch einmal an den Tatsachen gemessen. Die „New Yorker Volkszeitung" stellt fest, daß es den Tatsachen ins Gesicht schlägt, wenn Gompers die Angaben über die Erschwerung der Einwanderung durch die amerikanischen Behörden und die Aufnahmeschwierigkeiten bei den amerikanischen Gewerkvereinen bestreitet. Es ist, trotz der Gompersschen Ableugnung, Tatsache, daß von jedem Einwanderer eine Summe von 25 Dollar = 105 Mark gefordert wird. Ja, manche Einwanderungskommissare, wie der jüngst in der Oeffentlichkeit gekennzeichnete Williams, stellen noch höhere Forderungen. Auch sei eine andere Bezeichnung als „Gefängnis" auf die mitunter Monate dauernde Zurückhaltung mittelloser Einwanderer nicht anwendbar. Nicht minder ist die rührende Gastfreundschaft der amerikanischen Unions für einwandernde Gewerkschaftsgenossen nichts als eine Fabel gröblichster Art. Weitaus die meisten von ihnen verlangen von dem Einwanderer, auch dem organisierten, ein Eintrittsgeld, oft in solcher Höhe (100, ja bis zu 200 Dollar und höher), daß der Eintritt den meisten unmöglich gemacht wird. Da aber wieder die Arbeitsgelegenheit von der Zugehörigkeit zum Verbande abhängig ist, so bleibt den organisierten Arbeitern, die bei ihrer Ankunft nicht diesen Betrag mitbringen, nur übrig, Tagelöhner und in Notfällen Vagabund oder Streikbrecher zu werden. Ja, manche Vereine gehen so weit, von Zeit zu Zeit ihre Listen zu schließen und dann überhaupt keine Mitglieder, auch nicht gegen hohes Eintrittsgeld, aufzunehmen. Im ganzen Praktiken, die sich von denen des Kapitalismus in nichts unterscheiden und für die moralische Erziehung durch die von Gompers und seinen Freunden vertretene Nurgewerkschaftlerei ein schlechtes Zeugnis geben.

Die „New Yorker Volkszeitung" verwahrt sich bei dieser Gelegenheit aufs schärfste gegen den im „Korrespondenzblatt der Generalkommission" erhobenen Vorwurf, daß sie Gewerkschaftszersplitterung betreibe. Vielmehr sei sie stets aufs nachdrücklichste, trotz aller Gegnerschaft gegen die vorherrschende Richtung des Arbeiterverbandes, für den Anschluß an diese Organisation eingetreten, um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu wahren. Ja, sie sei zu diesem Zwecke vor der Spaltung der Partei nicht zurückgeschreckt, die bekanntlich wegen der ablehnenden Haltung der Partei gegen die oppositionelle Gewerkschaftsvereinigung: der Internationalen Arbeitervereinigung (United Worker of the World) eingetreten ist.

Glücklicherweise ist uns nun aber Gelegenheit geboten, die Zuverlässigkeit der Gompersschen Darstellungsweise auf einem Gebiete zu prüfen, auf dem eigene Sachkunde die Nachprüfung erleichtert. In dem Bericht, den Gompers an den „American Federationist", das Organ des Arbeiterverbandes, gesandt hat, lesen wir aus Berlin merkwürdige Dinge zur Verherrlichung der Gompersschen Neutralitätstheorie, schöne Dinge, die leider nur einen Fehler haben: daß sie nicht wahr sind. Neben einer Reihe zutreffender statistischer und sonstiger Angaben wird da erzählt, wie die drei Organisationen, der freien Gewerkschaften, der christlichen und der Gewerkvereine einander immer näher rücken. „In einigen Städten und selbst Bezirken sind sie durch gemeinsame Komitees vertreten."

Folgt ein hohes Lied auf die Neutralität der Zentralverbände:

> „Sie gestatten jetzt ihren Mitgliedern, zu stimmen, wie sie wollen. . . . Ihre Mitglieder lernen, mit jedem Jahr weniger von der Partei und mehr von den Gewerkschaften zu erwarten. . . . Vorüber ist die Zeit, da die Parteiführer die Bildung von Gewerkschaften für nutzlos erklären konnten, da man die Hebung der Massen nur von der politischen Aktion erwartete und die Bemühungen der Gewerkschaften um Sicherstellung des vollen Koalitionsrechts für schlimm und für einen Einbruch in die Rechte der Partei hielt."

Der Objektivität dieser Geschichtserzählung entspricht die Wahrheit der Erzählung von den Errungenschaften der neutralen und von der bösen Partei abgerückten Gewerkschaften. Wir hören da nicht nur wahrheitsgemäße Angaben über gestiegene Löhne. Es wird auch berichtet, daß die Gewerkschaften es gewesen seien, die das Verbot der Kinder-Fabrikarbeit durchgesetzt hätten! Und die da und dort aufgestellten optimistischen Theorien über das Verhältnis von Lohnsteigerung und Verteuerung der Lebensmittel werden in echt amerikanischer Plumpheit übergipfelt.

> „Die eingetretenen Preiserhöhungen sind weit überholt von den Lohnsteigerungen. Roggenbrot ist fast so billig wie zu irgend einer Zeit seit 30 Jahren. Fleisch ist etwa 10 Proz. teurer als vor 25 Jahren. . . . Für dieselbe Miete, für die man vordem ein Loch (slum) erhielt, bekommt man jetzt eine nette kleine Wohnung in einem ordentlichen Arbeiterquartier."

Das sind Behauptungen, die wir hier nicht zu widerlegen brauchen. Jeder Arbeiter weiß aus seiner Erfahrung wie aus den Tatsachen der Statistik, was es damit auf sich hat. Und der Führer einer großen Arbeiterbewegung sollte davon auch etwas wissen, zumal wenn er darüber schreibt. Man weiß nicht, ob irgend jemand sich das Vergnügen gemacht hat, Herrn Gompers allerlei Bären aufzubinden und er bloß zu liederlich war, das Gehörte mit dem amtlichen Material, das leicht zu haben ist, zu vergleichen — oder ob er sich diese Dinge à la Wippchen aus den eigenen Redaktionsfingern gesogen hat. Jedenfalls aber bleibt es bedauerlich, daß der Mann, der an der Spitze einer der größten Arbeiterorganisationen der Welt steht, es sich herausnehmen kann, diese Arbeiter über europäische und wieder die europäischen Arbeiter über amerikanische Verhältnisse so gröblich hinters Licht zu führen!

Hoffen wir, daß die Reise Gompers wenigstens das Ergebnis haben wird, die verschiedenen Arbeiterschaften einander näher zu bringen. Jedenfalls aber muß dafür gesorgt werden, daß die von ihm planmäßig oder leichtfertig verbreiteten Unwahrheiten gründlich ausgemerzt werden. Die Episode Gompers, die in manchen Punkten ohnehin nicht rühmlich für die deutsche Gewerkschaftsbewegung gewesen ist, könnte sonst dauernden Schaden anrichten, auch wenn die von ihm betriebene Verhetzung zwischen Partei und Gewerkschaften unter unseren Verhältnissen notwendig fehlschlagen muß.

Berlin und Umgegend.

Tarifkündigung seitens des Vereins der Brauereien Berlins.

Nachdem der Brauereiarbeiterverband die für die Lagerbierbrauereien Berlins und Umgegend bestehenden Tarifverträge gekündigt hatte, ging ihm anderen Tages auch die Kündigung der Tarife seitens des Vereins der Brauereien zu. Dadurch scheint die Situation in der bevorstehenden Lohnbewegung ernst werden zu sollen. Die Brauereiarbeiter werden gut tun, ihre Organisation so auszubauen, daß sie allen kommenden Eventualitäten gewachsen ist.

Die Rohrer nahmen in einer Versammlung, die am Dienstagvormittag im „Gewerkschaftshaus" stattfand, den Bericht ihrer Kommission über den Stand des Streiks entgegen. Die Kommission hatte am Montag eine Sitzung mit den Unternehmern gehabt, in der die Unternehmer Entgegenkommen zeigten. Sie waren zum Frieden bereit, wollten aber für einige Posten des Tarifs eine Ermäßigung um einen Pfennig einführen. Wo zum Beispiel für Rohrdecken auf Leisten 18 Pf. gefordert wurden, wollten die Unternehmer nur 17 Pf. bezahlen; wo auf Mansardenarbeiten 26 Pf. gefordert wurden, da wollten sie nur 25 Pf. zahlen. Differenzen ergaben sich auch darüber, ob Arbeiten in Tegel und Spandau in den Tarif eingeschlossen sein sollten. Die Unternehmer verlangten dies, die Arbeiter aber erwarteten einen Zuschuß für diese Orte. Ferner gingen die Meinungen über die Geltungsdauer des Tarifs auseinander. Auf 2 Jahre möchten die Unternehmer den Vertrag abschließen, wogegen die Arbeiter einige Bedenken hatten. Nach längerer Beratung des Resultats der bisherigen Verhandlungen wurde die Kommission beauftragt, weiter zu verhandeln und die Interessen der Rohrer in jeder Beziehung wahrzunehmen. Mit dem „Verein der Rohrer" wollen die Unternehmer vor dem Einigungsamt Unterhandlungen führen, wobei aber die Sektion der Rohrer vom Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter vertreten sein soll.

Achtung, Töpfer! Die Sperre über die Firma Markert, Heinersdorfer Straße 20, ist hiermit aufgehoben. Der Inhaber der Firma hat die Forderungen anerkannt.

Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Auch ein Musterbetrieb.

Ueber die Porzellanindustrie-Gesellschaft Berghaus in Auma in Thüringen hat der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes die Sperre verhängt. Der Betrieb befindet sich noch in der Eröffnung, und wird der in dieser Branche bekannte Direktor Berghaus, welcher schon früher in Merkelsgrün in Böhmen und in Teltow seinen sonderbaren Allüren die Zügel recht schießen ließ, in nächster Zeit sich sehr um die Beschaffung von Arbeitskräften in allen Gegenden Deutschlands und Oesterreichs bemühen. Für den Betrieb in Auma hat er u. a. eine sogenannte Fabrikordnung geschaffen, wie eine ähnliche an rigorosen Bestimmungen in der ganzen Porzellanbranche wohl nicht aufzufinden ist. Kündigung ist für die ersten drei Monate ausgeschlossen. Daneben gleicht diese „Muster"-Arbeitsordnung einer förmlichen Strafordnung, in welcher die Firma sich alle Rechte in weitgehendstem Maße sichert, den Arbeitern aber alle möglichen Pflichten, Strafen, Defekt- und sonstigen Schadenersatz auferlegt. Die Löhne sind bedeutend niedriger gehalten, als in den übrigen Betrieben der gleichen Branche. Infolgedessen ist es, nachdem dieser Betrieb kaum zu produzieren angefangen hat, schon zu Differenzen gekommen, wobei eine Anzahl Familienväter sofort auf die Straße gesetzt wurden. Jede Verhandlung auf friedliche Beilegung der Differenzen lehnt Berghaus brüsk ab. Man halte deshalb den Zuzug strengstens fern.

Weitere Vereinbarungen zur Vermeidung von Arbeiterentlassungen in der Brauindustrie.

Der Bezirk Erfurt des „Schutzverbandes deutscher Brauereien" verpflichtete sich, in Unterhandlungen mit dem Brauereiarbeiterverbande zu treten, um Abmachungen zu vereinbaren, denen zufolge bis zum 1. Mai 1910 Arbeiterentlassungen nicht vorgekommen werden, sofern der Minderabsatz nicht 15 Proz. der bisherigen Produktion überschritten hat; Feierschichten und Arbeitszeitverkürzungen dürfen nicht vorgenommen werden, wenn der Minderabsatz 8 bezw. 10 Proz. beträgt.

30 Brauereien des Bezirks in 24 Orten erkennen die Vereinbarungen an; 12 Brauereien in 8 Orten erkennen sie unter Vorbehalt an bezw. wollen sich erst dazu entscheiden, wenn der über sie verhängte Boykott aufgehoben ist.

Weiter verpflichteten sich die Brauereien in Gießen, bis zu 15 Proz. Konsumrückgang Arbeiter bis 31. Mai 1910 nicht zu entlassen. Bei Eintritt besonderer Umstände werden neue Verhandlungen gepflogen.

Die Aussperrung der Holzarbeiter in Frankfurt a. M. ist perfekt. Doch ist die Zahl der Ausgesperrten, wie schon telegraphisch gemeldet, eine weit geringere, als die Arbeitgeber wohl erwarteten. Von zirka 1600 in Betracht kommenden organisierten Holzarbeitern wurden nach Feststellung der Verbandsleitung am Montag 258 Gehilfen in 20 Betrieben ausgesperrt. Eine große Zahl Betriebe hat demnach dem Rufe des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe nicht Folge geleistet. Andere Betriebe haben nur einen Teil der organisierten Arbeiter entlassen, die übrigen sollen wohl die notwendigsten Arbeiten noch erledigen. Diesen Plan werden die Gehilfen aber durchkreuzen. Sie beschlossen, in den Betrieben, wo nur eine teilweise Aussperrung erfolgte, die noch in Arbeit stehenden Kollegen herauszuziehen.

Die Arbeiter sind nach wie vor zu Verhandlungen bereit. Dies erklärten sie auch den Führern der Arbeitgeber, die am Montagvormittag den Weg aufs Bureau der Holzarbeiter fanden. Sie bleiben aber auf ihrem Standpunkte stehen und verlangen, daß die Arbeitgeber — die es ja sind, die einen Tarif haben wollen — erklären, auf welcher Grundlage sie einen Tarif wollen. Die Situation ist für die Arbeitnehmer günstig, um so mehr, da über 90 Proz. aller Beschäftigten organisiert sind.

Zu ernsten Differenzen ist es in der Bautischlerei von Ernst Mühe, Solingen, Brühlerstraße, gekommen. Die dort beschäftigten 12 Bauschreiner haben am letzten Donnerstag plötzlich die Arbeit niedergelegt. Nach stattgefundener Unterhandlung, in welcher seitens des Arbeitgebers versprochen wurde, daß die Differenzpunkte geregelt werden sollen, wurde die Arbeit am Freitag früh vorläufig wieder aufgenommen. Die Firma ging nun dazu über, in auswärtigen Zeitungen 20 Bautischler zu suchen. Da durch die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitern ein endgültiges Resultat nicht herbeigeführt werden konnte, muß dringend ersucht werden, den Zuzug von Tischlern nach Solingen strengstens fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Nachdruck dieser Notiz ersucht.

Aus Industrie und Handel.

Diskonterhöhung der Reichsbank.

Die Leitung der Reichsbank hat die Wechselrate von $3^1/_2$ auf 4 Prozent, den Lombardzinsfuß von $4^1/_2$ auf $5^1/_2$ Prozent erhöht. Es ist also nicht gelungen über die Ansprüche, die der Herbst mit seinem stärkeren Geldbedarf besonders für die Landwirtschaft stellt, mit dem $3^1/_2$prozentigen Satz auszukommen. Was aber der diesmaligen Diskonterhöhung einen gewissen sensationellen Anstrich gibt, ist die Begründung, die der Reichsbankpräsident Havenstein in der Sitzung des Zentralausschusses für die Diskonterhöhung gegeben hat. Er führte hier aus, die Erhöhung sei namentlich im Hinblick auf die im großen Umfange vorhandene Spekulationstätigkeit erfolgt. Man hat also in der Zinsfußerhöhung eine Warnung an die Spekulation zu sehen und wenn Industrie und Landwirtschaft in den nächsten Monaten für ihr Leihkapital einen erhöhten Zinssatz werden zahlen müssen, so können sie sich dafür bei der Börse bedanken.

Es ist übrigens richtig, daß die Spekulanten in der letzten Zeit sehr üppig geworden sind. Man soll aber nicht vergessen, daß das Spekulationstreiben von der Hausse in den Kolonialwerten seinen Ausgangspunkt genommen hat, zu welchen die optimistischen offiziösen Schilderungen des Diamantenvorkommens sehr viel beigetragen haben.

Steuerklagen. Der Reichsschatzsekretär Wermuth empfing eine Deputation des Bundes der mittleren und kleineren Brauereien der Norddeutschen Brausteuergemeinschaft E. V., Sitz Berlin, zur Entgegennahme von Wünschen, die das Braugewerbe hegt, insbesondere in bezug auf die Schwierigkeiten, die ihm in der Abwälzung der Brausteuer auf den Konsum überall erwachsen, ferner in bezug auf die Verzollung ausländischen Bieres und auf die Stundung der Steuern.

Versammlungen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband

hatte zum Montagabend eine allgemeine Metallarbeiterversammlung nach Freyers Festsälen, Koppenstraße, einberufen. „Die Internationale der Metallarbeiter und der Streik in Schweden" hieß das Thema, über welches Schlicke-Stuttgart, der Sekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes, referierte. Nachdem er die Gründe, die zu dem großen Streik führten, dargelegt hatte, wies der Redner darauf hin, daß das international verbundene Unternehmertum den Kampf in Schweden führt und daß es für die Arbeiterklasse aller Länder nicht gleichgültig sei, wie der Kampf endet. Die Internationale Metallarbeiterkonferenz habe Stellung dazu genommen mit dem Resultat, daß den schwedischen Brüdern sofort eine halbe Million Mark bewilligt wurden. (Großer Beifall.) Weiter habe die Konferenz beschlossen, einen Appell an die Arbeiterschaft zu richten, daß sie trotz oder gerade wegen der aufgenommenen Verhandlungen nicht erlahmen möge in den Bestrebungen zur Unterstützung. Besonders gelte der Appell jenen Ländern, die bisher wenig oder gar nichts dazu getan hätten. In Schweden spiele sich ein gewaltiger Kampf um die Gleichberechtigung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ab und die Engländer, welche den Wert dieser Frage wohl zu schätzen wissen, stehen dabei, ohne zu helfen. (Pfuirufe!) Was gelte die Versicherung der Solidarität, wenn sie nicht betätigt werde? Die englischen Gewerkschaften müßten sich von einer gewissen Einseitigkeit befreien, sie sollten erkennen, daß die Entwickelung der Gewerkschaften auf dem Festlande eine auch für England mustergültige geworden ist. Der Kampf der Schweden müsse überall Teilnahme erwecken und wenn sie geschlagen würden, so dürften sie doch nicht besiegt werden, dafür müsse die Arbeiterschaft aller Länder eintreten. (Beifall.) Das Verhalten der Engländer wurde auch von fast allen übrigen Rednern mehr oder weniger scharf kritisiert. Die deutschen Redner erinnerten daran, daß England die Hilfe vom Auslande nicht verschmäht habe, als dort große Kämpfe geführt wurden.

Einige ausländische Vertreter, die aus Anlaß der Metallarbeiterkonferenz in Berlin anwesend waren, richteten Ansprachen an die Versammlung. Johanson-Stockholm sprach schwedisch, wurde aber sehr lebhaft applaudiert, um, wie Cohen erklärte, ihm die Gefühle der Sympathie für die schwedischen Arbeiter erkennen zu lassen. Nach der Uebersetzung hatte Johanson die Bestrebungen der Unternehmer gekennzeichnet, die dahin gehen, die Macht der Organisationen der Arbeiter zu brechen. Der Widerstand, den die Arbeiter in Schweden leisten können, sei auch für die Unternehmer in anderen Ländern maßgebend. Johanson sprach seinen Dank aus für die Unterstützung durch die deutschen Arbeiter und erklärte, daß die Schweden sich in gleicher Weise verhalten würden, wenn die Gelegenheit kommen würde.

Der Vertreter Oesterreichs, Beer aus Wien, sprach von dem Klassenkampf, der in Schweden sich abspielt und erklärte, daß die Arbeiter aller Länder und Berufe ein gemeinsames Interesse gegenüber der Kapitalistenklasse haben. Oesterreich sei ein armes Land, aber es habe nach Kräften beigetragen, die schwedischen Brüder zu unterstützen, das sei eine Pflicht, der man sich in keinem Lande entziehen sollte. (Bravo!)

Vauszak-Budapest meinte, Ungarn sei noch ärmer als Oesterreich und der Druck, dem die Arbeiterklasse ausgesetzt sei, wäre sehr schwer zu ertragen, aber auch dort verstehe man den Kampf in Schweden zu würdigen und wisse, daß ein Erfolg in diesem Kampfe von Wert und Wichtigkeit für die Arbeiter aller Länder sei.

Hansen-Kopenhagen sprach mit hoher Anerkennung von den Anstrengungen der schwedischen Arbeiterschaft, die von der dänischen mit Freuden kräftig unterstützt wurde. Er gedachte dabei auch der Unterstützung, die die Berliner Metallarbeiter auch den dänischen zuteil werden ließen.

Eduard Bernstein, der der Metallarbeiterkonferenz beigewohnt hatte, hielt darauf eine Ansprache an die Versammelten. Wenige nur, so meinte er, seien sich der Größe des Kampfes bewußt, der jetzt in Schweden geführt werde. Die Welt habe eine solche Anstrengung der Arbeiterschaft eines Landes noch nicht gesehen. Aus diesem Kampfe gebe es viel zu lernen. Erfolge müssen daraus erwachsen. Auf die Vorwürfe eingehend, daß die Engländer abseits vom Kampfe stehen, bezeichnete er dies Verhalten als eine Folge der Art der Organisation in England. Einst blickte man zu England auf als Musterland der gewerkschaftlichen Organisation, heut ist das schon anders geworden, indem das internationale Band die Arbeiterschaft aller Länder immer fester umschließt. Aus dem schwedischen Kampf werde das Gefühl der Internationalität unter allen Arbeitern neue Nahrung gewinnen. (Beifall.)

Cohen forderte in seinem Schlußwort zu weiterer kräftiger Unterstützung der Schweden auf und brachte ein begeistert aufgenommenes dreimaliges Hoch auf die internationale Metallarbeiterbewegung aus.

Lese- und Diskutierklub „Heinrich Heine". Heute abend 8½ Uhr Sitzung bei Bolze, Rodenbergstr. 8. Gäste willkommen.

Lese- und Diskutierklub „Südost". Heute abend 8½ Uhr: Sitzung bei Reidhardt, Görlitzer Straße 58. Gäste willkommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein mutiger Stadtverordneter.

Halle a. S., 21. September. In **Aschersleben** richtete der **Stadtverordnete Bergwerksdirektor Albrecht** wegen einer Erklärung des Aschersleben er Lehrervereins an **sämtliche Vorstandsmitglieder** eine Aufforderung zum **Zweikampf**, den die **Lehrer natürlich ablehnten.**

Arbeiterfragen im englischen Unterhaus.

London, 21. September. Unterhaus. Summerbell (Arbeiterpartei) richtete an den Parlaments-Unterstaatssekretär Seely die Anfrage, ob er wisse, daß die Regierung von Transvaal eine Kommission ernannt habe, welche **Westfalen besuchen** soll, um festzustellen, ob unter den dort in den Kohlenbergwerken beschäftigten Arbeitern sich Leute befinden, die **für die Transvaalbergwerke sich eignen.** Summerbell fragte ferner an, ob gegenwärtig nicht in Transvaal **Hunderte von tüchtigen Bergarbeitern ohne Stellung** seien und, wenn dem so sei, ob Seely bei der Transvaalregierung in dieser Angelegenheit entsprechende Vorstellungen erheben werde. Seely erwiderte, er habe keine Mitteilung von der Ernennung irgend einer Kommission für den genannten Zweck. Er werde jedoch die Sache untersuchen.

Verantw. Redakteur: Emil Unger, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Für den schwedischen Generalstreik.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen ferner für die ausgesperrten und im Generalstreik stehenden schwedischen Arbeiter ein:

Möbeltischlerei von Seifert u. Fölisch 17,80. 8910 Setzer und Drucker bei Langenscheidt 12,—. 8919 Personal der Buchdruckerei Karl Marschner, 6. Rate 23,10. 171. Wahlbez., 2. Teil, 4. Kreis 11,—. 6134 Fliesenleger der Stettiner Firma 26,—. Handwerker und Maschinenpersonal der Schultheiß-Brauerei, Abt. 4 14,60. 6733 Porzellanarbeiter, Verwaltung Berlin 5,25. Buchdrucker des „Vorwärts“, Zeitungsabteilung, 6. Rate 50,—. Einsetzer der Firma E. Mittag 16,—. Denkmalsenthüllung von Fritz Schrader d. Unverzagte Gesangverein „Freier Männerchor“, R. d. A.-S.-B. 22,70. 10895 Dreherei Pinkus, 5. Rate 14,75. Zentralverband Deutscher Textilarbeiter, Filiale Berlin, auf folgende Listen: 5387 Teppichfabrik Schwendy 17,10. 5391 Appretur Felder 5,50. 6804 Posamentiere Berlins 14,70. Strickerei Lande 7553 25,—, Kerb 7562 12,75. Teppichfabrik Benjamin 7565 18,25, 7566 20,75, 7567 4,40. 11402 Bezirksversamml. Metallarbeiter Charlottenburg 3,— (in Summa 121,45). Handtuchfahrer bei R. Bach, 5. Rate 15,—. 11893 Kollegen bei Krüger, Telephonfabr., 3. Rate 24,50. 9445 Buchbinderei Fritsche 17,20. 11731 Personal der Buchdruckerei Janiszcewski, 5. Rate 25,65. 11373 R. O. Dischleit, 2. Rate 9,45. 6196 Bau Wertheim, Voßstraße 9,55. Tischlerei K. Osten 10,35. Tischlerei Döbert, 5. Rate 6,10. 9906 Buchdruckerei Theinhardt 6,35. 9901 Buchdruckerei E. Nagel 9,45. Lorenz, Telegraphenbau, 3. Rate: Abt. 2 6,35. Abt. 3 31,60. Abt. 5 19,60. Abt. 6 6,20. Abt. 7 7,95. Abt. 8 u. 9 19,55 (in Summa: 91,25). Bautischlerei Lassen, 5. Rate 10,—. 11381 Kollegen u. Kolleginnen d. Lyrophonwerke, 2. Rate 16,—. Tischlerei Seifert, Rixdorf, 2. Rate 8,50. 8892 Pers. d. Buchdruckerei Technik G. m. b. H., 3. Rate 10,55. Kollegen d. Möbelfabrik Phönix, 6. Rate 11,45. 9853 Buchdruckerei Denter u. Nicolas 11,20. 10904 Schraubenfabrik Gebr. Roll, 6. Rate 20,45. 4418 Arbeiter der Firma Giesecke, Pankow 37,65. Tischlerei Schulze, Marienburgerstraße 5,50. Glasschleiferei Röder u. Meyer 7,55. Tischlerei Böhler u. Schwab, 5. Rate 7,10. 10891 u. 10892 Kollegen d. Fa. Gebr. Israel, 4. Rate 52,30. Kollegen bei Schlegnitz, 5. Rate 18,50. Elf Kollegen der Firma Thielemann 9,80. 6503 Verband der Bauarbeiter, Verw. Berlin 6,45. Tischlerei Zelmer u. Bartsch, 3. Rate 9,—. 9869 Buchdruckerei S. Seeger, 4. Rate 7,35. 10900 Tischlerei Fliege u. Lehmann, 4. Rate 22,20. 11249 Töpfer vom Bau Thiele 4,—. 9857 Buchdruckerei E. Huber, 3. Rate 5,45. Einweihung der Bärenklause 5,30. „Berliner Tageblatt“, Abt. Falzerei, 6. Rate 36,25. 9381 Gießerei Hartmann 11,10. 9814 Buchdruckerei G. Schenk Nachf., 6. Rate 12,80. Metallwarenfabrik Zenklin 8,70. Tischlerei Stippel 5,50. 9551 Kollegen bei Puppel-Treptow, 3. Rate 12,80. Verband der Tabakarbeiter auf folgende Listen: 6225 3,10. 6227 4,70. 6228 11,80. 6233 5,80. 6242 3,20. 6206 Arbeiter der Zigarettenfabrik Askanas 3,45. 6207 Arbeiter der Zigarettenfabrik Kyriazi frères 3,55. 6237 durch Kollegen Spielvogel 3,70. (In Summa 39,30.) Sechserkasse des 437., 438. u. 441. Bez., 5. Kreis, Abt. 4 6,—. 7441 7,65. 11148 Buchdruckerei Lenz u. Co. 14,45. 11386 Tischlerei O. Erdmann, Steglitzerstr., 3. Rate 11,50. Kollegen Wagner u. Kemmler, 2. Rate 6,50. 11278 Tischlerei Fürst u. Kuhnert, 6. Rate 5,75. 9402 Buchbinderei H. Büttner, 4. Rate 6,85. Von den Kubanern 4,75. Von den Fliesenlegern in Hakenfelde und Spandau 7,05. Kollegen der Möbelfabrik Eiche, 3. Rate 9,05. Von dem Verein der Stereotypeure und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend 150,—. Kronleuchterfabrik Rüster u. Gerlingen, 5. Rate 11,75. 10928 Kollegen bei Held u. Franke, Bau Hertzog 6,10. 11390 Firma Westermaier 4,90. Tischlerei Hoop 9,70. 11389 Töpfer vom Bau Oberlandstraße 7,—. 9019 Stabernack u. Co. 11,—. Kollegen bei W. Riewe, 2. Rate 12,95. Buchdruckerei Berolina, 2. Rate 5,60. Bezirk 1 Wahlverein Rummelsburg 6,—. 10932 Bautischler bei Gilowy u. Schultze, 2. Rate 18,45. Kollegen bei Jahn u. Zinke, Modellfabr., 3. Rate 7,50. 8803 Transportarbeiter bei Pintsch, 5. Rate 11,65. Möbelfabrik Adler 3,90. Tischlerei von Heim u. Gerken, 4. Rate 16,75. 11383 Kollegen bei Kaiser, 6. Rate 7,30. 10916 Kollegen bei Kikow u. Co. 9,20. R. Schultze 2,—. Sattler des Deutschen Offiziervereins 9403 19,50. 9083 7,85. Former und Gießereiarbeiter bei Arndt u. Markus 6,70. Kollegen bei W. Fritze, 4. Rate 9,55. 11388 Kollegen der Tischlerei Oelschlägel 3. Rate 15,55. Kollegen bei Bardemann 5. Rate 14,75. 9903 Druckerei W. Koebke 6. Rate 22,45. Hafenarbeiterverband, Königst. Kasino, 6,50. Sparverein Hoffnung II 1,30. 10894 Tischlerei Kukulenz 5. Rate 10,30. 10981 Verbandsmitglieder des „Reichsboten“ 5. Rate 16,65. 6194 Neubau Schloßpark Steglitz 9,70. 11391 Berliner Verlagsdruckerei 7,55. Schirmfabrik Remack u. Silber 5,—. 10938 Tischlerei G. Kuhnert 28,40. 10940 Kollegen bei Hofschulte 10,10. 10917 Kaffeerösterei Tengelmann 3. Rate 25,25. Tapezierwerkstatt Löffler, Moabit, 4,—. 10986 Kollegen bei Ganserelt u. Co. 9,—. Tischlerei Nickel, Wernicke u. Lehmann 6. Rate 23,15. 351b Bez. T. I. 4. Kr. Sechserkasse 10,—. 10915 Kollegen b. Ikes u. Co. 15,40. Metallgießerei Lustig u. Körper 2. Rate 5,20. 6162 Bau Kühlhallen, Scharnhorststraße. 10,20. Verband der Tapezierer (Filiale Berlin) auf folgende Listen: 2113 durch Lobitz 7,25. 8123 Werkst. Equitz 14,50. 8124 Werkst. Flatow u. Priemer, 3. Rate 21,50. 8125 Werkst. Trunk 7,50. 9257 Werkst. Hoffmann u. Hellrich 9,40. 9260 Werkst. Kunst u. Handwerk 12,50. 9262 Werkst. Dunsch 21,90. 9978 Werkst. Weigt 7,50. 9979 Werkst. Dwinatzky 8,50. 9982 Werkst. Ditmar 20,50. 9983 Werkst. Lederindustrie 15,—. 9985 Werkst. Hohenzollern 10,10. Werkst. Ehrlich 2,60 (in Summa 158,85 M.). 11363 Möbelfabrik Neumann u. Bunar, 5. Rate 21,70. Leutnant Schmidt 50,—. Baßkarl 3,—. 8281 Schleifer von Feister u. Roßmann 3,65. Falzerei Ullstein u. Co. 2. Rate 55,85. Rahmenmacher von Christian 3,—. Möbelpolierer von Kluge 5,65. Tischlerei Ralp 5,30. 10889 Goldleistenfabrik Adolf Werckmeister 4. Rate 15,95. Bautischlerei H. Kühn 2. Rate 10,35. Buchdruckerei Maurer u. Dimmick 6. Rate 6,60. 9854 Personal E. Kühn u. Söhne 6. Rate 28,60. Maler u. Anstreicher von E. Storsberg 6,40. 11243 Tischlerei Liebnitz u. Reese 6. Rate 10,80. Silberwarenfabrik von Körner u. Proll 2. Rate 22,—. 9255 Vergolder von Natschinsky 5,—. Tischlerei Müller, Rüdersdorfer Str. 23, 3. Rate 3,50. „Vorwärts“-Maschinenmeister, Flachdruck 6,—. Buchdruckerei H. Bergmann 3. Rate 5,20. 11382 Möbelfabrik „Hoffnung“ 3. Rate 20,25. 10897 Tischlerei Hanke u. Kaeber 16,65. Buchdruckerei Gebr. Unger 6. Rate 28,55. 9837 Tischlerei Blendiger u. Co. 3. Rate 12,10. 9885 Buchdruckerei A. Scholem 5. Rate 14,80. 11189 und 11190 Kollegen von Lüben u. Busse 2. Rate 46,05. 2855 und 2868 Unterkommission Spandau 10,35. Buchdruckerei W. Röser, 3. Rate 24,60. Tischlerei Weise, 2. Rate 15,—. Töpfer der Firma Felber, Bau Lichtenberg, Kronprinzenstraße 10,70. 10100 Hotel Bristol, 2. Rate 9,50. Unterkommission Rixdorf auf folgende Listen: 2428 durch Krüger 13,65. 2432 3,40. 2438 2,85. 2443 8,05. 2448 2,35. 2456 12,30. 2458 durch Freiwald 11,55. 2481 2,85. 2490 9,15. 2509 Tischlerei Redelsheimer 15,75. 2515 Tischlerei Emmeluth 21,25. 2520 Bautischlerei Schütz 7,95. 8702 10,50. 8709 Bautischlerei Emmeluth 20,50. 8710 Bautischlerei Osten, 4. Rate 10,10. 8711 Tischlerei Lindgren, 3. Rate 8,50. 8712 Bautischlerei Hegelmann 11,75. 8715 Bautischlerei Haase 14,25. 8716 Möbelfabrik Schwarz, Rixdorf, 2. Rate 20,—. 8718 Bautischlerei Sawatzki, 3. Rate 23,40. In Summa 230,10. — 11376 Tischlerei von Kitzling, 3. Rate 14,70. 7172 Tischlerei Hetzel 12,60. 11250 Mechaniker von Benecke u. Co., 3. Rate 22,75. 10910—10913 Metallarbeiter v. Dewett und Herz, 6. Rate 59,25. Elfenbeinbleiche, Heinersdorf 4,15. 10031 F. H. 11,05. 9614 Rotz 5,55. Tischlerei Hentsch 4,10. 10907 Tischlerei Blankenburg und Schnabel, 6. Rate 12,—. 8494 Vereinigte Fabriken f. Laboratoriumsbedarf 11,30. Tischlerei Heinz, Lauter u. Co., 5. Rate 22,15. Metallarbeiter von Pfennigwerth, 3. Rate 5,45. 9376 Tischlerei Stabernack u. Co. 13,30. 9878 Maschinenmeister der Woche, Flachdruck, 6. Rate 12,50. Bautischler E. Mittag 8,75. Jugendsektion, Abt. Schönh. Vorst. 2,50. Tischlerei Krauter u. Co. 3,50. Bez. 11c, Rixdorf 2,70. Kammfabrik Streich, 2. Rate 4,50. 10909 Metallarbeiter F. Steinrück 7,60. Bautischlerei v. Mansoll, 5. Rate 12,10. 10933 Lichtdruckanst. A. Prager 3,50. 9478 Kontobuchfabrik Bachmann u. Goebel, 2. Rate 10,40. Militäreffektenfabrik, Zeilnerstraße 4,—. 11246 Pianofabrik Steinberg u. Co. 7,95. 11151 durch Baumann darunter von der Firma Rodrian 2,95 in Summa 8,40. Klempner v. Pausch 2,—. Tischlerei Dittmar 16,25. 10918 und 10919 Bautischlerei Gebr. Faul, 3. Rate 44,35. Bautischlerei Mayer, 3. Rate 11,—. Modelltischler v. C. A. Lucas, 3. Rate 9,—. 9824 Silberwarenfabrik v. Mayen u. Co., 3. Rate 35,10. Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen v. Ullstein u. Co., Schreilpr.-Saal, 3. Rate 16,70. Möbelfabrik Fischer, Auff u. Co. 10,70. 6168 Bau Schönhauser Allee 129 10,—. Personal v. Makensen 8,05. 11379 Mitglieder v. Fichte, 2. Abt. 3,70. 9300 Modelltischler A. E. G., Huttenstr., 3. Rate 47,25. Geburtstag Kühn 3,40. Möbelfabrik Beyer u. Kröning, 2. Rate 13,—. 6196 Schulbau Wilmersdorf, Emserstr., 6. Rate 14,75. Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Berlin, auf folgende Listen: 156 6,05. 157 9,05. 154 Arbeiter Dr. Perl, 2. Rate 5,—. Stanzerei Bergemann 181, 1. Rate 18,50. 182, 2. Rate 17,40. 183 Chemische Fabrik Aledel, 3. Rate 6,40. 202 Spritfabrik Müller 7,90. 7942 Kolonie Neu-Berlin 15,60. 7944 Schallplattenpresser Dr. Grünbaum 5,80. 7956 Internationale Talking-Maschine 8,55. 7957 Lindner u. Palzow 5,60. Norddeutsche Gummifabrik 7958, 3. Rate 22,30. 7959, 4. Rate 10,95. 7963 Nigrolitwerke Weißensee 9,75. 7951 Bezirk Spandau 5,60. 7952 Bezirk Spandau, darunter 3. Rate, chemische Fabrik Griesheim 8,60 und 3. Rate Bau Golz, in Summa 19,05. Bezirksversammlung Spandau 7,60. Bezirk Ober-Schöneweide 137 8,75, 7937 20,50, 39 13,10. 7933 von den organisierten Kollegen der Zentrale Oberspree 18,40. 7932 Dreher und Revolverdreher d. Mwd. Kabelwerke Oberspree 38,50. E. M., Moabit 3.—. 7960 Kunststeinarbeiter Charnikow, Waidmannslust 14,85 (in Summa 298,20). — 9871 Bauarbeiter, Tauentzienstraße 14 10,20. 9905 Buchdruckerei D. Zeilchenfeld, 6. Rate 13,25. 6311 Merten 7,65. Koll. v. C. Sandmann, 4. Rate 9,45. Koll. d. National-Reg.-Kassen-Ges. 25,25. 9429 Pianofabrik C. Otto, 3. Rate 24,65. Verband der Sattler und Portefeuiller, Ortsverwaltung Berlin, 6. Rate auf Listen: 239,55. 5258 Kraftdroschken Progreß, 2. Rate 24,30. Bezirkstag Berl. Arb.-Radf.-Verein Bund Solidarität 6,50. Gips- und Zementbranche auf folgende Listen: 5152 4,50. 5151 5,—. 9312 Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter, Bau Blücherstraße 27,95. 9313 do. Niederwallstraße 16,55. 9311 Rabitzputzer und Träger der Firma Karl Schultze, Bau Kottbuser Ufer 5,50. 5150 Rabitzer der Firma Heinze, Rummelsburg, 2. Rate 12,45. 9314 Bau Dernburgstr. 25 4,50 (in Summa: 76,45). Steinsetzer der Firma Körner 5,65. 10668 Kollegen von C. Grob 5,—. Personal der Steglitzer Buch- und Kunstdruckerei 13,50. Von den Bäckereiarbeitern und Kutschern des Charlottenburger Konsumvereins 13,—. Vom Zweigverein der Maurer Germanendorf 30,—. H. Flex, Steglitz 12,05. Ueberschuß v. Erntefest, Kolonie Neues Heim 32,—. Kollegen der Firma Jakobowitz, 3. Rate 14,50. 4588 Kollegen der Xylographischen Anstalt Nagel 6,35. Töpfer v. Bau Petsch, Dahlmannstr. 5,—. Bautischlerei G. Müller, Tegel 24,80. Maler v. L. u. H., Nieder-Schöneweide, 4. Rate 2,70. Von den Kollegen und Kolleginnen der Firma A. u. H. Blumenthal 3,10. Gustav Foersterling, Ober-Schöneweide 2,—. Möbelfabrik H. Lüdtke, Pankow, 2. Rate 18,75. Patzenhofer-Brauerei, Abt. I 70,60. Jugendorganisation Berlin, Abt. III 2,—. Pyrometer 3,55. Verlobung von Wanda und Wilhelm 3,50. 3 Küchenmöbelmaler v. Rasem, 4. Rate 3,—. Sozialdemokraten Münchens 245,—. Lotterieverein Treff 5,—. Sportklub Libertas 96 10,—. Verband der Schuhmacher, Zahlstelle Köpenick 5,—. Stiftungsfest der Maurer Groß-Lichterfelde 10,25. Kollegen v. Brettschneider u. Krüger, Pankow 10,—. Romulus 2,—. Brauereischlosser 3,—. Summa: 4339,40 M.

Bisher sind abgeliefert 172 221,76 M.; dazu kommen 4339,40 M. Summa 176 561,16 M.

Gelder, welche per Post eingeliefert werden, sind an A. Körsten, Engelufer 15 I zu senden. Alle Sammlungen sind sofort in unserem Bureau, Engelufer 15 I, Zimmer 28, vormittags zwischen 9—12½ Uhr und nachmittags zwischen 4—7½ Uhr abzuliefern.

Die Listen 8395, 3687, 3248, 1860, 2614, 6542, 1402, 7186, 7908, 936, 922 und 941 sind verloren gegangen und sind beim Vorzeigen anzuhalten.

Berichtigung.

In Nummer 218 des „Vorwärts“ muß es heißen: Von den Kollegen von Arnheim, Badstraße 40, Abt. Saafesbau und Schleiferei, nicht von den Kollegen von Abraham.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie.

Reichenberg, 20. September.

Abg. Pernerstorfer eröffnet die Verhandlungen und begrüßt die auswärtigen Gäste.

Zu einer Begrüßungsansprache erhält das Wort

Ebert-Berlin:

Namens des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie begrüße ich den deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Parteitag und ich wünsche Ihnen zu den bevorstehenden Verhandlungen den besten Erfolg. Ich danke Ihnen für den überaus freundlichen Empfang. Ich habe nicht nötig, Ihnen zu sagen, wie innig stets die Beziehung der deutschen Partei und der Sozialdemokratie Oesterreichs gewesen sind. Die Geschichte des kämpfenden Proletariats beider Länder spricht darüber eine beredte Sprache. Die Sozialdemokratie hat immer in der Erfüllung internationaler Verpflichtungen und in der Uebung internationaler Solidarität ihren höchsten Stolz erblickt. Die deutsche Sozialdemokratie hat immer Wert darauf gelegt, die Beziehungen zur österreichischen Partei möglichst herzlich zu gestalten. Ihre Kämpfe, auf schwierigstem Gebiet geführt, haben stets unser größtes Interesse erweckt. Ihre Siege haben stets unsere aufrichtige Bewunderung und Begeisterung hervorgerufen, denn Ihre Kämpfe sind unsere Kämpfe, Ihre Siege sind unsere Siege. Ihre Vertretung auf dem Leipziger Parteitag hat besonders unseren Verhandlungen über die Jugendorganisation und die Maifeier Interesse entgegengebracht. Ich hoffe, der Verlauf unserer Verhandlungen hat die Erwartungen Ihrer Delegierten voll erfüllt. Partei und Gewerkschaften sind bei uns entschlossen, all ihre Kraft dafür einzusetzen, daß die Bemühungen der herrschenden Klassen, die proletarische Jugend in ihren Dienst zu stellen und uns abwendig zu machen, zu schanden werden und unsere proletarische Jugend im Sinne unserer großen Weltanschauung zu erziehen. Auch die Erledigung der Maifeier wird Ihre Billigung gefunden haben. Wir haben mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen, welche die Unterstützungsfrage für die Opfer der Maifeier regelt, und seien Sie versichert, daß wir alles aufbieten werden, die Maifeier würdig zu gestalten. Unser Parteitag hat sich auch mit Fragen der Taktik beschäftigt, vor allem aber hat er der Partei ein neues Organisationsstatut geschaffen, das die Wucht und Schlagkraft der Partei wesentlich erhöhen wird. Die letzten Ersatzwahlen zum Reichstage haben gezeigt, daß wir wieder rüstig auf dem Vormarsch begriffen sind, und die Landtagswahlen, die demnächst in einzelnen Bundesstaaten stattfinden, werden einen weiteren Beweis für diesen Vormarsch geben. Der Reichstag, der unter unsäglichen demagogisch-nationalen Verhetzungen zustande gekommen ist, hat alle Erwartungen enttäuscht und der Bevölkerung weit über unsere eigentlichen Parteikreise hinaus hat sich tiefe Empörung bemächtigt. Mitten in der wirtschaftlichen Krise haben Regierung und herrschende Klassen einen noch nicht dagewesenen Steuerraubzug ausgeführt. Die Besitzenden haben sich dabei gegen jede Belastung ihrer selbst geschützt und suchen sogar noch weit über die Summe der Steuern selbst hinaus sich ihre Taschen aus den indirekten Steuern zu füllen. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, dem Volke die politischen Zu-

Kleines Feuilleton.

Die erste Dampferpassagierfahrt. Ein hübsches Bild aus der Frühzeit der Dampfschiffahrt, das bei der bevorstehenden Fulton-Feier in New York diese hundertjährige Vergangenheit anschaulich wiedererweckt, entwirft E. Dupuy im „Figaro“ auf Grund zeitgenössischer Quellen. Nachdem Fulton seine ersten Probefahrten gemacht hatte, war er sich über die Bedeutung seiner Erfindung für den Verkehr im Klaren und suchte nun sogleich zwischen New York und Albany eine feste Verbindung mit seinem Dampfschiff einzurichten, deren Abfahrts- und Ankunftszeiten genau festgesetzt wurden. In den ersten Tagen des September 1807 brachte die „Albany Gazette“ die erste Ankündigung eines Dampfschiffverkehrs. „Das „Nord-Fluß-Dampfboot“ wird Paul Hook Ferry um 9 Uhr am Freitag verlassen morgens, und am Sonnabend um 9 Uhr abends in Albany eintreffen. Man wird an Bord an Nahrung und Bequemlichkeit alles finden, was man nur wünscht. Die Fahrpreise betragen: nach Newburgh drei Dollar bei vierundzwanzigstündiger Fahrt, nach Albany sieben Dollar bei sechsunddreißigstündiger Fahrt.“ 24 wagemutige Reisende meldeten sich auf diese Annonce hin und fanden sich am 7. September 1807 früh morgens ein, um sich an Bord des Dampfers „Clermont“ einzuschiffen. Viele Leute erfüllte diese neue Einrichtung mit großer Furcht. Ein angstvoller Vater schickte einen seiner Freunde noch nach dem Kai, um seinen Sohn zum letzten Male anflehen zu lassen, von dieser Reise abzustehen: „John, willst Du Dein Leben um einer solchen Sache willen aufs Spiel setzen? Ich wiederhole Dir, es ist die entsetzlichste Erfindung, die es gibt, und Dein Vater schickt mich, um Dich unter allen Umständen daran zu verhindern.“ Aber John ließ sich nicht erweichen und stieg mit den anderen an Bord, während eine große Menge den Kai erfüllte. Die Sache verzögerte sich etwas; es funktionierte nicht alles richtig, und erst nach einiger Zeit wurde das Signal zur Abfahrt gegeben. Spöttische Bemerkungen regneten von allen Seiten auf die Passagiere ein, aber die ruhige und feste Stimme Fultons übertönte den Lärm. Endlich stieg der Rauch zischend empor, die Räder ließen große Wassermengen aufwirbeln und in dem allgemeinen Hurra- und Beifallsgeschrei verloren sich die letzten Bemerkungen der Spötter. Die Fahrt war ein einziger langer Triumph; die Ufer des Hudson waren mit Menschen dicht besetzt; Boote erwarteten überall mit Ungeduld die Vorbeifahrt des „Clermont“, der mit endlosen Jubelrufen begrüßt wurde. Bei Hawerstraw-Bay näherte sich ein Mann in einem Kahn und bat um die Erlaubnis, an Bord zu kommen; man warf ihm ein Seil zu und zog ihn hinauf. Es war ein Müller, der erklärte, er hätte noch niemals eine Mühle über das Wasser fahren sehen, und er wolle sich überzeugen, was das sei. Fulton ließ ihm die Maschinerie zeigen und den Mechanismus des Triebwerks erklären. Als er alles besichtigt hatte, wollte er auch noch die Mühlsteine sehen; man antwortete, daß das ein Geheimnis wäre, und ein Spaßvogel unter den Passagieren fügte hinzu, er solle nur eine tüchtige Ladung Getreide an Bord bringen, dann würde er schon das Mehl herausstieben sehen. Die Bevölkerung der Städte, an denen man vorbeikam, war begeistert. Endlich langte der „Clermont“ in Albany an, vier Stunden vor der festgesetzten Zeit.

Der Nordpol in der Schule. Die Geschichte der Entdeckung des Nordpols wurde in den englischen Volksschulen allen Schülern von ihren Lehrern erzählt, und im Anschluß daran sollten die Jungen und Mädchen einen Aufsatz über dieses aktuelle Thema schreiben. Wie sich das große Ereignis nun in den Köpfen der ABC-Schützen malte, davon gibt der „Evening Standard“ einige ergötzliche Proben. In Richmond schrieb eine zehnjährige Schülerin: „In diesen Tagen wird nun von der Entdeckung des Nordpols gesprochen. Es schien, als ob der Dr. Cook dorthin eher als jeder andere gekommen wäre — aber kaum war er dort eingetroffen, als der Kommandant Peary aus einer Ecke vortrat und sagte: „Der Pol ist mein.“ Zuerst wurden beide aufeinander wütend und fingen schrecklich an zu schreien, wobei sie die amerikanische Flagge im Winde schwenkten; aber dann entschieden sie sich einmütig, den Pol dem Präsidenten von Amerika zu schenken.“ Eine andere Schülerin schreibt: „Eine Menge Personen haben schon versucht, den Nordpol zu entdecken, aber wenn sie dort ankamen, starben sie. Ihre Gebeine sind von dem Dr. Cook und von dem Kommandanten Peary gefunden worden. Der Dr. Cook und der Kommandant Peary starben nicht, weil sie Amerikaner waren.“ Das Meisterwerk einer Achtjährigen aber lautet: „Nach so vielen Anstrengungen sind endlich der Dr. Cook und der Kommandant Peary zum Pol gekommen; aber der Dr. Cook war der erste. Am Pol ist es furchtbar kalt, es schneit immer und man sieht nichts als Schneefelder. Darum heißt er der Nordpol. Der Leutnant Shackleton versuchte dahinzugehen, aber er irrte sich im Wege. Mama sagt, daß bald die Flugmaschinen zum Nordpol fahren werden.“ Schließlich versichert ein Neunjähriger mit ernster Miene, daß Peary zum Nordpol auf einem Schiff ähnlich dem Dreadnought fuhr, „weil auf dem Meere das Reisen sehr viel weniger kostet als mit der Eisenbahn“. Und er schließt: „Die Entdeckung des Nordpols ist eine schöne Sache, weil der Nordpol das Ende der Welt ist.“

Humor und Satire.

— **Treffende Bezeichnung.** „Sagen Sie mir, wie würden Sie dieses Klavier- und Violinkonzert mit einem deutschen Ausdruck bezeichnen?“

„Hm — vereinigte Dampfhammer und Sägewerke.“

— **Aus dem Rapport eines Polizisten.** „Die Wiederbelebungsversuche, die ich an dem Ertrunkenen vornahm, waren von Erfolg gekrönt. Er konnte Namen, Stand und Wohnung angeben, worauf ich ihn wegen Badens an verbotener Stelle zu Protokoll nahm. Dann verschied er definitiv!“

— **Druckfehler.** Das Examen in der Erziehungsanstalt verlief zu allseitiger Zufriedenheit, so daß fast sämtliche Prüflinge entlassen werden konnten.

— **Die gute Ernte.** Michel: Die Ernte ist ja ganz vorzüglich!

Frau Germania: Ja, da bin ich nur neugierig, um wieviel das Brot jetzt wieder teurer wird.

(„Lustige Blätter.“)

Notizen.

— **Ein neues Stück von Gerhart Hauptmann** wird im Laufe der Saison im Lessing-Theater zur ersten Aufführung gelangen. Der Dichter arbeitet noch an dem Werke, einer Berliner Tragikomödie, die den Titel „Die Ratten“ führt.

— **Hermann Sudermann** wird hofbühnenfähig. Sein neues Stück „Strandkinder“ soll im königlichen Schauspielhause zur Aufführung gelangen. Es handelt sich übrigens um kein Gegenwartsdrama, sondern um etwas Historisches: die „Strandkinder“ spielen im Mittelalter auf der Insel Hela und in Danzig.

— **Max Heinze**, Professor der Philosophie an der Universität Leipzig, ist im Alter von 73 Jahren gestorben. Heinze arbeitete hauptsächlich auf dem Gebiete der Geschichte der Philosophie. In weiteren Kreisen ist sein Name bekannt geworden durch die Heinzesche Bearbeitung des bekannten Grundrisses der Geschichte der Philosophie von Ueberweg. Als Universitätslehrer hat er sich bei denen, die mit ihm in Berührung gekommen sind, durch sein liebenswürdiges Wesen ein freundliches Andenken gesichert.

— **Eine vorrömische Totenstadt bei Rom.** Wenige Kilometer von Rom, auf dem Gebiet von Leprignano liegen die letzten Ueberreste von dem alten Capena, bei dem eine umfangreiche Totenstadt entdeckt wurde, die jetzt von Mancinelli Scotti durch Ausgrabungen näher erforscht worden ist. Der Gipfel eines Hügels diente den ersten Einwohnern von Capena als Zufluchtsstätte und hier wurden auch ihre uralten Grabstätten aufgedeckt. Man hat sieben verschiedene Perioden unterscheiden können, die aus der Zeit des zehnten Jahrhunderts hinaufführen bis in das dritte vorchristliche Jahrhundert. Durch die verschiedene Anordnung der Bestattung und durch die Art der Beigaben, die zu den Toten ins Grab gelegt wurden, sind die einzelnen Perioden scharf von einander unterschieden.

— **Ein Observatorium über den Wolken.** Das höchste meteorologische und astronomische Observatorium in Amerika wird jetzt auf dem Gipfel des Mount Whitney in Kalifornien, 14 000 Fuß über dem Meeresspiegel errichtet. Die Gründung geht aus von der Smithsonian Institution, die ein Observatorium über den Wolken und frei von den Störungen durch den Dunst und Rauch bei großen Städten zur Verfügung haben wollte. Es ist ein kleines steinernes Gebäude mit drei Räumen, dessen Bau natürlich erhebliche Schwierigkeiten bereitet, da alles Material mit Maulteseln auf beschwerlichen Wegen zu der großen Höhe hinaufgeschafft werden muß. Die Arbeit ist jetzt aber bereits der Vollendung nahe, und das Observatorium soll dann allen Gelehrten zur Verfügung für Forschungen stehen.

sammenhänge auseinanderzusetzen, und so von langer Hand die nächsten Wahlen vorzubereiten, damit bei diesen mit Junkern und Pfaffen eine gründliche Abrechnung gehalten werden kann. Auch Ihre Tagesordnung hat für uns das größte Interesse. Ich freue mich, daß ich in Ihrer Mitte weilen darf und wünsche Ihren Arbeiten den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Zietz-Berlin:

Ich habe Ihnen namens der deutschen Genossinnen die herzlichsten Grüße zu überbringen. Die deutschen Genossinnen verfolgen mit lebhaftem Interesse und mit wärmster Sympathie alle Lebensäußerungen des österreichischen Proletariats namentlich in den letzten Jahren und bringen besonders der Teilnahme der Frauen an diesen Lebensäußerungen ihr lebhaftes Interesse entgegen. Wissen wir doch, daß die glänzenden Erfolge, die sie sowohl bei den Wahlrechtskämpfen wie im letzten Wahlkampfe errungen haben, nicht in letzter Linie der starken Teilnahme der Genossinnen zu danken sind. Die deutschen Genossinnen haben mit Bewunderung und Freude diesen Kampf verfolgt und wir danken den österreichischen Genossinnen, daß sie durch ihr tapferes Verhalten das Vorurteil gegen die Anteilnahme der Frauen am politischen Leben besiegt haben. Die österreichischen Genossinnen haben den politischen Befähigungsnachweis in geradezu glänzender Weise erbracht. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wissen, daß die österreichischen Genossinnen in Agitation und Organisation außerordentliches geleistet haben. Sie haben damit das beste Mittel erwählt, nicht nur unsere Reihen zu vergrößern, sondern auch die reaktionären Bestimmungen zu beseitigen, die den Vereinigungsbestrebungen der Frauen in Oesterreich noch entgegenstehen. Wir in Deutschland haben durch das Reichsvereinsgesetz, das allerdings weit entfernt ist, ein liberales Gesetz zu sein, immerhin die Möglichkeit erhalten, politische Frauenorganisationen zu bilden; und ich sage nicht zu viel, wenn ich behaupte, daß es der regen Agitation unserer Genossen und Genossinnen zu danken ist, daß die bürgerlichen Parteien in dieser Frage kapituliert haben. Nach unserem Erfolge hoffe ich, daß es auch Ihrer Tätigkeit gelingen wird, die Gesetzesbestimmungen zu beseitigen, die die Organisierung der proletarischen Frauen in Oesterreich heute noch hemmen, wenn auch nicht verhindern. In Leipzig haben wir ein neues Organisationsstatut beschlossen und es ist darin festgesetzt worden, daß mindestens eine Frau in den Vorstand jeder Organisation zu wählen ist. Dadurch ist die Gleichberechtigung der Frau nicht nur theoretisch anerkannt, sondern auch praktisch durchgeführt, und ich verspreche mir gerade von dieser Bestimmung für die proletarische Arbeit und die Stärkung der Frauenorganisationen sehr viel. Unsere Organisationen sind von 28 000 im letzten Jahre auf 62 000 gestiegen und ich bin überzeugt, sie wird sich im nächsten Jahre mehr als verdoppeln. (Großer Beifall.) Wir haben immer gestrebt, unsere Aufklärungsarbeit prinzipiell zu gestalten. Wir knüpfen nicht nur an die politischen Tagesereignisse an, sondern versuchen immer, unsere Frauen zu durchdringen mit unserer alles überragenden Weltanschauung. So wollen wir es auch in Zukunft halten. Wie der Leipziger Parteitag dazu beigetragen hat, die deutsche Partei vorwärts zu bringen, so hoffe ich auch, daß Ihre Beschlüsse dazu führen werden, die Kampfesfähigkeit der österreichischen Partei und besonders die Organisation der Frauen zu stärken. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Genosse **Buchinger**-Budapest überbringt die Grüße der **ungarländischen Sozialdemokratie.**

Genosse Dr. Soukup

spricht für die **tschechische** Sozialdemokratie: Wir freuen uns, daß wir unser Mandat erfüllen können, Sie im Namen der tschechischen Sozialdemokratie zu begrüßen. Wir kommen, könnte ich beinahe sagen, von unserem Parteitag und ich kann Ihnen die freudige Mitteilung machen, daß die tschechische Partei unter den schwersten Verhältnissen erhebliche Fortschritt gemacht und erneut den Beweis geliefert hat, daß sie die stärkste politische Organisation des tschechischen Volkes ist und bleibt. Wir tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten sind ruhigen Gewissens vor das Forum unserer Partei und unserer 400 000 Wähler getreten. Der ganze Parteitag hat nach längerer Debatte unserem tschechischen Klub sein vollstes Vertrauen votiert sowie die parlamentarische Taktik des Gesamtverbandes sanktioniert. Das tschechische Proletariat hat gesprochen. Es ist ebenso weit davon entfernt, das Parlament zu überschätzen, wie es zu unterschätzen. Es erblickt im Parlament ein gewaltiges Instrument seines Emanzipationskampfes, es versteht und will die positive Arbeit; es ist aber auch bereit, dem nationalen Wahnsinn ebenso wie der geheimen Verschwörung und der Minierarbeit der reaktionären Konterrevolution mit allen Kräften entgegenzutreten und alles aufzubieten, um die Demokratie in diesem Staate zu kräftigen und die revolutionäre Arbeit fortzusetzen. (Beifall.) Wir haben auch auf unserem Parteitage die **Stellung der Sozialdemokratie zur nationalen Frage** diskutiert. Wir waren uns sowohl der Größe dieses Problems wie auch unserer Verantwortlichkeit voll bewußt. Wir haben aber gefühlt, daß wir notwendig bis zu den tiefsten Wurzeln dieser Frage greifen müssen und daß wir vor allem uns selbst darüber klar sein müssen, was die Sozialdemokraten in der nationalen Frage selbst wollen, ohne Rücksicht nach rechts oder links. Je früher wir das tun, desto besser für das Proletariat, desto besser für seine Klassenkämpfe und unsere Zukunft. Was augenblicklich möglich war, haben wir getan; wir haben eine Generaldebatte absolviert. Das weitere liegt nicht allein bei uns, sondern in Euern Händen und den Händen der Gesamtpartei Oesterreichs. Die tschechische Sozialdemokratie hat in den schwersten Zeiten die rote Fahne der internationalen Sozialdemokratie in Ehren gehalten. Wo wir im Kampfe um tschechische Schulen stehen, tun wir das aus Gründen der kulturellen und sozialen Notwendigkeit und im Dienste des Emanzipationskampfes des Proletariats. Wir wollen, daß die Kinder unserer Arbeiter nicht in Schulen, deren Sprache sie nicht verstehen, geistig verkümmern. Wir wollen die Fabrikation von Streikbrechern verhindern (Beifall.) und die Erziehung zu Kampfgenossen fördern. (Erneuter Beifall.) In der kulturellen Ebenbürtigkeit sehen wir die beste Garantie der proletarischen Solidarität. Morgen kommt der böhmische Landtag zusammen, der über die Gemeindestatuten nicht nur von Prag, sondern auch von Reichenberg zu beschließen haben wird. Wir werden die Arbeitsfähigkeit des Parlaments wie den Fortschritt der Demokratie zu fördern suchen. (Beifall.) Wir sind von Prag, der Geburtsstätte der tschechischen Bewegung, nach Reichenberg, der Geburtsstätte der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs gekommen. Wir stehen in Böhmen am vulkanischen Krater Oesterreichs. Hier wird das Schicksal Oesterreichs entschieden, hier steht die Sozialdemokratie vor ihren schwersten Aufgaben. Meinungsverschiedenheiten sind auch bei uns aufgetaucht, aber wir haben sie vergessen, daß das deutsche wie das tschechische Proletariat vierzig Jahre lang Schulter an Schulter in den schwersten Bedrängnissen um dasselbe Ziel kämpft. Wir sind fest aneinander gekettet; wir haben die gleichen Verfolgungen erduldet, die gleichen Märtyrer wie Sie, und wir sind gerüstet wie Sie, jedem Ansturm zu trotzen. (Stürmischer Beifall.)

Es sprechen noch Genosse **Skaba** für die **italienisch** sprechenden österreichischen Genossen, **Kristan** für die **slowenischen** Genossen. Besonderes Interesse erweckt das Erscheinen des

Genossen Rauscher

aus **Serajewo**, der die Grüße der Genossen aus **Bosnien** und der **Herzegowina** überbringt: Auch in Bosnien und der Herzegowina gibt es, wenn auch seit kurzer Zeit, eine sozialdemokratische Bewegung. Vor vier Jahren wurden die ersten Gewerkschaften gegründet. Den Anlaß dazu gab die Tatsache, daß Wiener Bauarbeiter trotz kürzerer Arbeitszeit in Serajewo höhere Löhne erhielten als die einheimischen Arbeiter. Im Jahre 1906 kam es schon zu Massenstreiks, deren Folge die Ausbreitung der Gewerkschaften war. Politisch herrscht bei uns der Absolutismus, und vorläufig streiten sich noch Ungarn und Oesterreich, wohin wir gehören sollen. (Heiterkeit.) Wir wissen also noch nicht, ob wir im Himmel oder auf Erden sind (erneute große Heiterkeit); man bestreitet uns noch das Recht zu jeder Agitation und Organisation; Versammlungen werden bei uns verboten. Was wir aber geworden sind trotz aller Verfolgungen, das verdanken wir der österreichischen Sozialdemokratie, und ich bin beauftragt, dem sozialdemokratischen Verband der Abgeordneten für die Unterstützung, die er uns erwiesen hat, zu danken. Wir hoffen, daß er uns eine demokratische Verfassung erringen helfen wird. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem Genosse **Elderfch** eine **Sympathiekundgebung für die schwedischen Arbeiter** und Genosse **Winarski** eine solche für die **spanischen Revolutionäre** eingebracht haben, spricht

Genosse Dr. Viktor Adler

über die **russische Revolution:** Wir können unsere Arbeit nicht beginnen, ohne der kämpfenden Proletarier in Rußland zu gedenken. (Beifall.) Die russische Revolution ist tatsächlich zu einem Wendepunkt für Europa und die Welt geworden, und nicht minder wichtig für die Geschichte der Völker, wie es die französische Revolution im vorigen Jahrhundert war. Jetzt aber herrscht in Rußland die Konterrevolution und eine Reaktion, von deren Grausamkeit und Brutalitäten wir, die wir doch auch an manches gewöhnt sind, uns kaum eine Vorstellung machen können. Die einzige Methode, Rußland zu regieren, ist jetzt der Mord und die Lockspitzelei, und der Träger, **der verantwortliche Träger dieses Regierungssystems ist der Zar.** (Lebhafte Zustimmung.) Solange der Absolutismus in Rußland nicht gebrochen ist, solange muß der Zar für alle die dort geschehenen Greueltaten persönlich verantwortlich gemacht werden. (Erneute Zustimmung.) Wir sprechen **nicht nur im Namen aller Sozialdemokraten, sondern aller guten Menschen,** wenn wir rufen: **Weg von unserem Boden! wenn er sich ihm nahen sollte.** (Stürmische Zustimmung.) Die Revolution in Rußland ist nicht tot, sie wird ihre Auferstehung feiern. Deswegen schlage ich Ihnen folgende Resolution zur Annahme vor:

„Der russische Zarismus setzt sein grauenvolles Werk der Volksverwüstung fort. Seine Justiz ist der Galgen, seine Politik die Lockspitzelei. Der Parteitag spricht seinen Abscheu aus und brandmarkt dieses System von Blut und Infamie, dessen Duldung und Fortdauer die Schmach und Schande Europas ist. Der Parteitag erklärt, daß der persönlich verantwortliche Vertreter dieser verbrecherischen Gewaltherrschaft von der Arbeiterschaft als Verbrecher an der Menschheit angesehen wird und jede Annäherung als eine entehrende Beschimpfung empfunden wird. Der Parteitag entbietet dem heldenmütig kämpfenden Proletariat aller Zungen in Rußland seinen brüderlichen Gruß und sehnt mit ihm seinen endlichen Sieg im Kampfe um die Befreiung herbei."

Unter **stürmischer Begeisterung** wird diese Resolution **einstimmig zum Beschluß erhoben.**

Hierauf tritt der Parteitag in seine **eigentliche Tagesordnung** ein. Zunächst wird eine **Kommission** gewählt, die die **für das neue Organisationsstatut vorliegenden Anträge** prüfen und sichten soll.

Nachmittags erstattete sodann der Vorsitzende der Parteileitung, Genosse **Skaret**, den

Bericht über die Tätigkeit der Parteileitung:

Die Partei hat in den letzten zwei Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Nachwahlen haben überall ein bedeutsames Wachstum der Partei erkennen lassen. An Stelle von zwei bürgerlichen Abgeordneten sind in der Nachwahl Sozialdemokraten gewählt worden. Bei keiner Wahl ist ein Rückgang der Stimmen bemerkbar geworden. In Oberösterreich, Salzburg, Vorarlberg hat die Partei Erfolge bei den Landtagswahlen erzielt. Seit dem letzten Parteitag vor zwei Jahren haben sich aber auch in organisatorischer Beziehung die Dinge vorteilhaft verändert. Statt der früher oft recht losen Organisation ist jetzt eine geschlossene politische Organisation getreten. **Beinahe 113000 Arbeiter sind politisch organisiert.** Die bloß gewerkschaftlich Organisierten und diejenigen, die mit der Partei sympathisieren und sozialdemokratisch wählen, sind dabei nicht mitgerechnet. Freilich ist das noch kein zufriedenstellendes Resultat. In den Gewerkschaften sind 300 000 deutsche Arbeiter organisiert und bei den Wahlen sind 500 000 Stimmen abgegeben worden. Demgegenüber ist die Zahl der wirklich politisch organisierten Genossen gering. Auch die Frauenorganisation wie die Jugendorganisation weisen Fortschritte auf; aber auf beiden Gebieten muß noch mehr geschehen. Die bürgerlichen Parteien sind in letzter Zeit sehr beflissen, die Jugend ihren Bestrebungen dienstbar zu machen und es ist dringend erforderlich, daß auch wir mehr Muße und Arbeit auf die Erziehung unserer Jugend verwenden. Das Bildungswesen verdient unsere stärkste Aufmerksamkeit und wir haben es nur aus Zeitmangel nicht auf diesem Parteitag schon zu eingehender Besprechung gestellt. In Wien ist ein Bildungsausschuß errichtet worden, der alle Erwartungen übertroffen hat. Dieser Bildungsausschuß gibt ein Korrespondenzblatt heraus, das den Funktionären im Lande Anleitungen für Vorträge gibt, sie aber nicht der Mühe, selbständig zu denken und die Vorträge individuell zu gestalten, überhebt. Unsere Agitation ist eine lebhafte gewesen. Der Nachfrage nach Rednern konnte nicht genügt werden. Besonders konnten die Wünsche nach Reichstagsabgeordneten und speziell nach einer Auslese von Reichstagsabgeordneten nicht erfüllt werden. Gut entwickelt hat sich unsere neueste Parteigründung, **die große Parteibäckerei,** die wir an der Grenze von Wien errichtet und am 20. Juni d. J. eröffnet haben. Die Brotfabrik bäckt täglich 70 000 Kilogramm Brot und die Mühle mahlt täglich 10 Waggon Roggen. Mühle und Bäckerei sind Gründungen der Parteiorganisation und der Nutzen kommt den Organisationen zugute. Natürlich haben wir Musterbetriebe in hygienischer wie sozialer Beziehung eingerichtet. Sämtliche Bäcker und Müller haben den achtstündigen Arbeitstag. Es ist also eine Forderung hier durchgeführt, die von den kapitalistischen Betrieben für undurchführbar erklärt worden ist. Der Redner weist zum Schluß darauf hin, daß die Parteileitung gern noch mehr für die Agitation usw. getan hätte, wenn ihr mehr Geldmittel zur Verfügung gestanden hätten und knüpft daran die Hoffnung, daß die Schaffung des neuen Organisationsstatuts die Zentralstelle auch in finanzieller Hinsicht besser stellen werde. Nachdem der Genosse Dr. **Ellenbogen**-Wien den **Kassenbericht** gegeben und der Genosse Dr. **Czech**-Brünn namens der **Kontrollkommission** berichtet hat, wird der Parteileitung Entlastung erteilt.

In der **Diskussion** bemängelt Genosse Dr. **Bauer**-Wien es, daß so wenig Flugblätter verteilt und zu wenig große Volksversammlungen abgehalten worden sind. Die Aktion der Massen selbst ist hinter der lebhaften Parlamentstätigkeit in den letzten Jahren leider etwas zurückgetreten. Bei der Annektion von Bosnien, bei der Lebensmittelverteuerung hätten mehr Aktionen außerhalb des Parlaments stattfinden müssen. Die Obstruktionisten im Parlament hätten sich vielleicht etwas mehr Reserve auferlegt, wenn die Stimme der hungernden Bevölkerung lauter vernehmbar gewesen wäre. Es werde etwas zu viel Rücksicht auf das Parlament genommen und zu wenig Politik außerhalb des Parlaments gemacht. Das sei natürlich nicht Schuld allein der Parteivertretung, sondern auch Schuld der lokalen Organisationen. Aber es hätte nichts geschadet, wenn die Parteivertretung hier mehr Direktiven gegeben hätte. Der Redner schließt: Gerade in der heutigen Zeit, wo wir einer Zukunft entgegengehen, die von der Vergangenheit erheblich verschieden sein wird, gerade in einer Zeit, wo Oesterreich sich in der Umwälzung befindet, können wir bei aller Anerkennung der Notwendigkeit des Parlaments nicht unsere alte revolutionäre Lehre vergessen, daß das letzte entscheidende Wort von den Massen selbst gesprochen werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Cermak-Teplitz verbreitet sich über Mängel auf organisatorischem Gebiete und wünscht eine Uebertragung der Wiener Bildungseinrichtungen auf das gesamte deutsche Proletariat in Oesterreich. (Zustimmung.)

Neumann-Wien tritt der Meinung des Genossen Dr. Bauer entgegen und meint, man dürfe die Massen nicht zu sehr mit Volksversammlungen überlasten. Gerade bei der Lebensmittelverteuerung hätte es sich gezeigt, daß man mit Demonstrationsversammlungen auch zuviel des Guten tun könne.

Nachdem mehrere Redner für die Erweiterung und Förderung der Bildungsbestrebungen gesprochen haben, nimmt Abg. Dr. **Renner** das Wort, um sich den Ausführungen Dr. Bauers im wesentlichen anzuschließen. Er führt aus: Das Parlament überschattet bei uns naturgemäß jede andere öffentliche Parteitätigkeit. Das ist gefährlich, denn das Parlament wird in der Zukunft nicht immer beisammen sein und dann sind die im Parlament vor sich gehenden Dinge oft so kompliziert, daß sie von den Massen nicht ohne weiteres verstanden werden. Die außerparlamentarische Aktion ist deshalb sehr wichtig. Unsere Presse kommt nicht an den letzten Mann heran, sie berührt nur die Oberschicht der Arbeiter, und unsere Flugblattverteilung liegt oft sehr im argen. Mindestens fünfmal im Jahre müßten große umfassende Flugblattverteilungen stattfinden. Der Charakter unserer Versammlungen hat sich gegen früher verändert. Nur orientierende aufklärende Versammlungen waren früher nicht möglich. Früher wurde in den Versammlungen stets zum Sturm gerufen, zur direkten Aktion aufgefordert. Die Parteigenossen, die jetzt zu den aufklärenden Versammlungen kommen, langweilen sich dort manchmal und müssen erst zu dieser Art der Versammlungen erzogen werden. Wir müssen von den allgemeinen Tagesereignissen auf das ABC des Sozialismus in diesen Versammlungen zurückgreifen, den Genossen wieder unsere Grundprinzipien lehren. (Lebhafte Zustimmung.)

Genosse Dr. Viktor **Adler**-Wien: Ich gehöre auch zur Parteileitung und kann sagen, daß wir selbst mit unseren Leistungen keineswegs zufrieden sind. Ja, die jetzige Parteileitung ist vielleicht der so riesenhaft angewachsenen Bewegung nicht mehr ganz gewachsen. Wir brauchen vor allem Menschen und Geld, um allen Ansprüchen gerecht zu werden. Was Dr. Bauer gesagt hat, ist zum Teil richtig. Aber gerade bei uns, wo die Politik fortwährend wechselt, können die Versammlungen nicht bei jedem Wechsel in der Politik zu einer neuen Aktion aufgerufen werden. Man hat von der Zentralinstanz mehr Initiative verlangt. Ich möchte den Bezirksorganisationen mehr Selbständigkeit und Initiative wünschen. (Lebhafte Zustimmung.) Die politische Zentralisation birgt die Gefahr des Bureaukratismus in sich. Einverstanden bin ich damit, das Bildungswesen weiter zu fördern. Wir werden auch zu einer **Parteischule** kommen müssen, wenn wir auch nicht die Sache so groß anlegen können wie die reichen deutschen Genossen.

Nachdem noch mehrere Genossen **im Sinne Dr. Renners** gesprochen, ist die Diskussion erschöpft. Es wird noch der **Bericht der Mandatsprüfungskommission** entgegengenommen, aus dem hervorgeht, daß **204 Delegierte,** darunter **14 weibliche,** am Parteitag teilnehmen.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Dienstag vertagt.

Die Gefahren der Arbeiter der Zelluloid-Industrie.

Schon des öfteren ist die Oeffentlichkeit erschreckt worden durch die furchtbaren Verluste an Menschenleben, verursacht durch Brände in Zelluloidfabriken. So traf auch wie ein Blitzschlag die zivilisierte Welt die Nachricht, daß am 6. Juni v. J. wiederum durch den Brand in der Zelluloidwarenfabrik von Gebrüder Sailer in Wien 17 meist jugendliche Menschenleben in wenigen Minuten vernichtet waren. Dieses Unglück veranlaßte die zuständige Organisation, in dieser Frage Untersuchungen anzustellen. Das Resultat ist ein wahrhaft erschütterndes.

Zunächst wurden auch die interessierten Verbände der Holz-, Fabrik- und Buchbindereiarbeiter um Mitarbeit ersucht. Die Feststellungen ergaben folgendes Resultat: Innerhalb der letzten Jahre fanden in der Zelluloid-, Stock- und Gummiindustrie, unter Hinzurechnung einer Oesenfabrik wie der Rohstoffabrik in Eilenburg 11 Brände statt, bei deren teils Menschenleben vernichtet wurden, teils körperlichen Schaden erlitten oder in Lebensgefahr schwebten. Insgesamt fanden hierbei 34 meist jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen ihren jämmerlichen Flammentod. 20 Beteiligte sind körperlich geschädigt, haben Wochen und Monate in Krankenhäusern zubringen müssen und sind teilweise dauerndem Siechtum verfallen. Zirka 200 schwebten in Lebensgefahr. Für die Gefährlichkeit solcher Zelluloidbrände nur folgendes Beispiel: In einer Kammfabrik war in wenigen Minuten der Ausgang durch Flammen versperrt und 50 Menschenleben sahen dem Tod ins Auge. Nur der Besonnenheit einiger war es zu danken, daß noch Rettung durch den Fahrstuhlschacht möglich war. In dieser Industrie sind im ganzen Reiche 2600 Personen beschäftigt, so daß man sagen kann, auf je 10 Arbeitskräfte entfällt ein Geschädigter. Hinzu kommen noch eine große Zahl Brände, über die genaue Angaben nicht gemacht wurden.

Wir sehen uns demgegenüber vergeblich nach einer energischen Stellungnahme der Reichsregierung um. Es sind wohl in den letzten Jahren dahingehende Verordnungen im Bezirk Leipzig, Hessen, Mittelfranken, Lippe, Anhalt, Meißen und Darmstadt erlassen worden, welche aber den gerechtfertigten Forderungen der Arbeiter um Schutz für Leben und Gesundheit keineswegs entsprechen. Von einer Konferenz der Vorstände der vorgenannten Zentralverbände hat nun unterzeichnete Kommission den Auftrag, in der Frage weitere Schritte zu unternehmen. Wir richten hiermit an alle Interessenten das Ersuchen, über etwaige Verordnungen oder sonstige Erlässe in bezug auf die Zelluloidbrandgefahr der Kommission Mitteilung zu machen.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zentral-Kommission der Stock- und Kammindustrie.

Alle Zuschriften erbitten wir an den Obmann: **Julius Hildebrandt,** Rixdorf, Selchower Straße 6 III.

Aus der Partei.

Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Finnlands.

Vom 8. bis zum 13. September tagte in der kleinen Fischerstadt **Kotka** der fünfte Kongreß der finnischen Sozialdemokratie Aus dem Bericht der Partei entnehmen wir folgende Daten: Im Jahre 1908 umfaßte die **Parteiorganisation** 1156 Ortsgruppen im ganzen Lande mit zirka 82 000 Mitgliedern (darunter 63 000 Männer und 19 000 Frauen); daneben bestehen noch — außer den gewerkschaftlichen Verbänden — 293 Gesang-, Musik-, Turn- und andere Vereine. Vor 4 Jahren (Ende 1905) war die Mitgliederzahl der Partei bloß 45 298. Die **Parteipresse** erscheint jetzt in einer Auflage von 137 200 Exemplaren, darunter **5 Tageblätter in Helsingfors, Abo, Tammerfors, Viborg und Uleaborg,** 11 dreimal und 2 zweimal wöchentlich herausgegebene Zeitungen, 1 Witzblatt und 1 Monatsschrift. Im Jahre 1906 betrug die Auflage 82 900, im Jahre 1907 125 000 Exemplare. Bei den **Landtagswahlen** wurden für die sozialdemokratischen Kandidaten **Stimmen** abgegeben: im Jahre 1907 329 946, 1908 310 082 und bei den letzten Maiwahlen 1909 336 896 (40 Proz. der ganzen Wählerschaft). Das klassenbewußte Proletariat Finnlands wird jetzt im Landtage durch 84 **Deputierte** vertreten.

Seit dem letzten Parteitage (Uleaborg 1906) waren drei bewegte, wechselreiche Jahre verflossen, und so mußte auch der jetzige Kongreß die politischen Erfahrungen dieser Zeitperiode zur Aussprache bringen. Die Leitung der Partei wurde im allgemeinen gutgeheißen, doch an einzelnen Maßnahmen fand man manches auszusetzen. In den Jahren 1906 und 1907 machten der Partei viel zu schaffen die geheimen Verbindungen: das waren die Ueberbleibsel der „roten Garde" nach der Sveaborgrevolte, welche sehr bald zu einfachen Räuberbanden ausarteten, Gelderpressungen, „Expropriationen" usw. ausführten und dabei vorgaben, im Namen der Revolution und des Sozialismus zu handeln! Der Parteivorstand sah sich genötigt, gegen dieses unheilvolle Treiben der

anarchistischen Elemente scharf aufzutreten und forderte in einem öffentlichen Beschluß die Parteiorganisationen auf, alle Mitglieder, die sich irgendwie an solchen Banditenligen beteiligen, rücksichtslos auszuschließen. Es muß konstatiert werden, daß nachher diese geheimen Banden sich vollständig auflösten und daß die damals auch in manchen Arbeiterkreisen aufgetauchten anarchistischen Tendenzen jetzt gänzlich verschwunden sind.

Den Höhepunkt des Kongresses bildeten die Verhandlungen über die Parteitaktik, über parlamentarische und außerparlamentarische Kampfmittel. Kurz vor dem Parteitage trat in einzelnen Preßorganen so etwas wie eine antiparlamentarische Richtung zutage, doch dieser Syndikalismus war keineswegs der Ausdruck einer vorhandenen Strömung in den Arbeitermassen, sondern bloß das literarische Produkt einzelner Journalisten. Es konnte ja in Finnland, wo die sozialdemokratische Fraktion im Landtage über so viele Stimmen verfügt und wo manche Reformerfolge auf parlamentarischem Wege errungen sind, die Gefahr einer Ueberschätzung des Parlamentarismus naheliegen, aber vor einer revisionistischen Versumpfung ist die finnische Sozialdemokratie sowohl durch das revolutionäre Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft wie auch durch die fortwährend drohende Gefahr der russischen Reaktion geschützt. In einer glänzenden Rede schilderte Genosse Sirola die gegenwärtige politische Lage, ging dann auf die Bedeutung des parlamentarischen Kampfes ein und zog auch die anderen der Arbeiterschaft zu Gebote stehenden revolutionären Mittel (z. B. Generalstreik) in Betracht. Das Fazit der Debatten wurde darauf in einer Resolution zusammengezogen, die folgendes ausführt:

„Der Kongreß erklärt, daß bei der ständigen Verschärfung der Klassengegensätze die finnische sozialdemokratische Arbeiterpartei unablässig den Klassenkampf weiterführen soll, um dem Proletariat neue Rechte und neue Vorteile zu erringen und es dem revolutionären sozialdemokratischen Endziel, der Abschaffung der kapitalistischen Exploitation und Unterdrückung, entgegenzuführen; da sie aber in diesem Kampfe besonders vom russischen Zarismus bedroht wird, welcher nach einer Einschränkung der inneren Selbständigkeit Finnlands und nach Unterdrückung seiner politischen Freiheiten trachtet, muß die finnische Arbeiterklasse mit aller Kraft für ihre eroberten Rechte und für die Erweiterung dieser Rechte kämpfen."

Darauf hebt die Resolution die Bedeutung der parlamentarischen Tätigkeit hervor, verurteilt entschieden die antiparlamentarischen Bestrebungen und schärft der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ein, stets die Prinzipien des Klassenkampfes im Auge zu behalten und „sich von jedem ihre Selbständigkeit einschränkenden Bündnis mit den bürgerlichen Gruppen fernzuhalten". Dann wird die Notwendigkeit der ökonomischen (gewerkschaftlichen) Organisation betont und darauf hingewiesen, daß das Proletariat im Kampfe für seine Rechte in die Lage kommen kann, zum Generalstreik greifen zu müssen. Und zum Schlusse wird noch erwähnt, daß „der Parteitag vollständig dessen gewiß ist, daß die Freiheitsbewegung in Rußland Finnlands konstitutionellen Rechte schützt, und erneuert deshalb den Beschluß von Uleaborg, solidarisch mit der russischen Freiheitsbewegung zu sein, wobei die finnische sozialdemokratische Partei ihre eigene Aktionsfreiheit sich vorbehält". Diese Resolution wurde so gut wie einstimmig angenommen.

Von den übrigen Punkten der Tagesordnung muß noch die Frage des Alkoholverbotsgesetzes erwähnt werden; so wurde der Beschluß gefaßt, energisch für die Durchführung eines solchen Gesetzes einzutreten. Der Entwurf des Arbeiterschutzgesetzes mit sehr weitgehenden Forderungen (Achtstundentag usw.), welcher von der sozialdemokratischen Fraktion dem Landtage eingereicht werden soll, wurde dem Parteitage vorgelegt und von diesem gutgeheißen. Ferner wird beschlossen, ein Arbeitersekretariat in Helsingfors zu gründen und eine Parteischule zu eröffnen, um tüchtige Agitatoren, Parteifunktionäre und Redakteure heranzubilden. Dann wurde noch eine Kommission ernannt, welche bis zum nächsten Parteitage eine Durchsicht des Parteiprogramms vorzunehmen und die einzelnen Punkte mit den Prinzipien des wissenschaftlichen Marxismus in Einklang zu bringen hat (das bezieht sich besonders auf die Forderungen in der Agrarfrage, die teilweise mehr auf einen Schutz der Kleinpächter und Zwergbauern, als auf eine Verteidigung der Interessen des ländlichen Proletariats auslaufen).

Bei den Wahlen des Parteivorstandes wurden trotz mancher Differenzen und persönlicher Zwistigkeiten größtenteils die früheren Parteifunktionäre mit starker Majorität wiedergewählt (darunter Sirola, Kunsinen, Miena Silanpaa und andere). Es ist das ein Beweis dafür, daß die finnische Sozialdemokratie fest und einig dasteht und daß weder von Spaltungen innerhalb der Partei, noch von selbstzerfleischenden Fraktionskämpfen die Rede sein kann.

Die finnische Sozialdemokratie ist noch jung und in stetem Wachstum begriffen — und dieser Prozeß des Wachstums spiegelte sich auch in dem Parteitag zu Kotka ab.

Nachtrag zum Parteitagsbericht.

Der Antrag 241 (vom Wahlkreis Dresden-Neustadt) auf Einsetzung einer Schlichtungskommission für Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis in Parteibetrieben, über dessen Schicksal wir infolge einer Lücke des Berichtes über die Sonnabendsitzung des Parteitages nicht mitteilen konnten, ist abgelehnt worden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Also doch kein grober Unfug.

Gegen den Genossen Taubadel von der „Görlitzer Volkszeitung" war, wie wir schon meldeten, ein Verfahren wegen groben Unfugs eingeleitet worden, weil er einen Artikel über die Steuermogeleien reicher Leute zum Abdruck gebracht hatte. Jetzt ist ihm von der Amtsanwaltschaft die Mitteilung zugegangen, daß das Verfahren eingestellt worden ist. Aus welchen Gründen, das wurde leider nicht gesagt.

Schade, es hätte einen lustigen Prozeß gegeben!

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 18 heben wir hervor: Die Jugend auf dem Parteitage. — Schnapsboykott. — Was mich denken lehrte. Von Paul Rudolf. — Affe und Mensch. Von M. H. Baege. — Gespensterglaube und Totenkult. Von G. Eckstein. — Leidenschronik des Lehrlings. — Aus der Jugendbewegung. Vom Kriegsschauplatz usw. Beilage: Am Strick. Gedicht von Ludwig Lessen. — Die Spitzin. Erzählung von Marie v. Ebner-Eschenbach. — Vom Lesen. — Der Hofpoet. Gedicht von H. Thurow. — Ein Held. Von Edgar Hahnewald. — Bücher für die Jugend. — Dort wie hier. Gedicht von Hoffmann von Fallersleben.

Vom Bierkrieg.

Braunschweig.

Die Arbeiter der Stadt Braunschweig haben schon einen wesentlichen Erfolg erzielt. In einer gemeinschaftlichen Versammlung beschlossen die Wirte und Brauereibesitzer vor fünf Wochen, einen Preisaufschlag von 3,50 M. pro Hektoliter Bier für die Brauereien, die Wirte aber wollten einen solchen von 5 M. erheben. Die Arbeiter beschlossen in einer Riesenversammlung, kein verteuertes Bier zu trinken, was zur Folge hatte, daß eine ganze Anzahl Wirte sich bereit erklärte, zu alten Preisen zu verkaufen. Auch eine Harzburger Brauerei lieferte zu den alten Bedingungen.

Die bürgerlichen Kreise schlossen sich dem Vorgehen der Arbeiter an, und die Brauereien wurden in ihrem Biervertriebe fast brachgelegt. Daß eine erhebliche Zahl der Arbeiter entlassen wurde, war zwar bedauerlich, allein für die Arbeiter mußte doch das Gesamtinteresse über das Interesse einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Proletariern gestellt werden.

Jetzt hat die Enthaltsamkeit vom Biergenuß schon den Erfolg gehabt, daß der Brauereiring gesprengt worden ist. Zwei der größten Brauereien bieten das Bier schon zu erheblich niederen Preisen an, als der Ring beschlossen hat. Sie wollen jetzt nur noch statt der beschlossenen 3,50 M. 83 Pf. Aufschlag pro Hektoliter Bier erheben. Die Arbeiter lehnen aber konsequent jede, auch diese Verteuerung des Bieres ab.

Soziales.

Ein „christliches" Geschäft.

Der Buchbinder O. war als Inseratenaquisiteur und Reisender auf Zeichnungen gegen Provision für den Verlag der kirchlichen Nachrichten tätig. Nebenbei hatte er auch Rechnungen zu kassieren. O. ist ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen worden und klagte deshalb gestern beim Gewerbegericht auf Zahlung einer Entschädigung von 56 M. für 14 Tage für den entgangenen Verdienst. Die Beklagte bestritt den Anspruch in seiner Höhe. Kläger habe meistens nur Sonntags kassiert und nur bei solchen Kunden, wo Zahlungen nicht zu erwarten waren. Für diese erfolglose Tätigkeit könne sie keine Bezahlung leisten! Vergeblich wiesen auch die Arbeitgeberbeisitzer darauf hin, daß auch diese am Sonntag ausgeführte Tätigkeit doch nicht umsonst verlangt werden kann. Leider kam die Sache nicht ganz zur Entscheidung. Sie wurde, da die Tätigkeit des Klägers eine rein kaufmännische war, dem Kaufmannsgericht zur Erledigung überwiesen. Demnach würde der Kläger auf die kaufmännische Kündigungsfrist von 6 Wochen Anspruch haben, seinen Klageantrag also um noch 4 Wochen erweitern können.

Durch Tarifvertrag geschaffene Ortssitte.

Dem Grundsatz, daß Tarifvertragsbestimmungen auch für Nichtkontrahenten maßgebend sein können, hat die Kammer 8 des Gewerbegerichts in ihrer letzten Sitzung zum wiederholten Male Ausdruck gegeben. Es klagte der Buchdruckereihilfsarbeiter M. gegen den Buchdruckereibesitzer Landsberg auf Zahlung einer Lohnentschädigung für 14 Tage, weil er ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen worden ist. Der Beklagte behauptete, daß er mit Kläger Kündigungsausschluß vereinbart hat, blieb aber für diese Behauptung beweispflichtig. Das Gericht vertrat die Ansicht, daß der zwischen den Organisationen der Arbeitgeber im Buchdruckgewerbe und der Buchdruckereihilfsarbeiter abgeschlossene Tarif in Anwendung komme, wiewohl dieser vom Beklagten nicht anerkannt war. Da der Tarif in 95 Proz. der Betriebe in Geltung sei, sei er zur Ortssitte geworden. Dieser Tarif sieht eine Kündigungsfrist von einer Woche vor. Das Gericht empfahl den Parteien, sich auf 18 M. Entschädigung für eine Woche zu einigen. Dieser Vorschlag wurde beiderseits angenommen.

Gerichts-Zeitung.

Der Gemeindevorsteher Schmidt von Rosenthal-Wilhelmsruh gab am Dienstag wieder mal einem Gericht zu tun. Gegen den Gemeindeschöffen Litzner, von dem er sich beleidigt fühlte, trat er in einer von der Staatsanwaltschaft erhobenen Beleidigungsklage als Nebenkläger auf und zugleich war er als Zeuge geladen. Schon im April war vom Schöffengericht Berlin-Pankow gegen Litzner wegen Beleidigung Schmidts auf 100 M. Geldstrafe erkannt worden, doch hatten beide Parteien Berufung eingelegt: Litzner, weil er freigesprochen zu werden wünschte, Schmidt, weil ihm die 100 M. zu wenig waren und er eine „andere Strafart" für angemessen hielt. Vor dem Landgericht III Berlin (Strafkammer 2), das als Berufungskammer zu entscheiden hatte, war Schmidt nicht persönlich erschienen. Einem Entschuldigungsschreiben hatte er ein Arztattest beigefügt, das ihm Nervenüberreizung und Angstanfälle bescheinigte.

Beleidigt fühlte Schmidt sich dadurch, daß Litzner in der Gemeindevertretersitzung vom 27. März 1909 bei Gelegenheit der Etatberatung an ihn die Frage richtete, wie es denn um die Unterschlagung von Briefen stehe, die dem Herrn Gemeindevorsteher bereits früher vom Gemeindevertreter Walter vorgeworfen worden sei. Schmidt antwortete, davon wisse er nichts, dieselbe Erklärung wurde von Walter abgegeben, und Schmidt erstattete dann Anzeige gegen Litzner. Vor Gericht erklärte Litzner, im Jahre 1906 habe Schmidt am Tage der Gemeindevertreterwahl den Gemeindevertreter Rieder aus seiner Wohnung abgeholt, sei mit ihm zum Wahllokal gegangen und habe ihm unterwegs erzählt, es seien eben noch Postsendungen eingetroffen, möglicherweise seien noch Vollmachtssachen darunter, die sich auf die Wahl bezogen, er habe aber keine Zeit mehr gehabt, sie zu öffnen. Später habe Rieder das ihm (Litzner) erzählt und dabei die Vermutung ausgesprochen, daß Schmidt gerade deshalb die Postsendungen nicht mehr geöffnet habe, weil er meinte, es seien Vollmachtssachen darunter. Von dieser Annahme ging auch Litzner aus, als er die Angelegenheit drei Jahre später in der Gemeindevertretung zur Sprache brachte und Auskunft forderte.

Seine Vermutung wurde aber vor Gericht durch die Beweisaufnahme nicht als zutreffend erwiesen. Die Aussagen der Gemeindevertreter Rieder, Walter, Schreibvogel, Matthias und Haschek sowie des Gemeindesekretärs Brennecke und des Wilhelmsruher Redakteurs Schönherr ergaben ziemlich übereinstimmend, daß in jener Gemeindevertretersitzung Litzner in zwar erregtem, aber nicht verletzendem Ton wegen der vermeintlichen Briefunterschlagung angefragt habe. Rieder bekundete, daß Schmidt ihm am Wahltage tatsächlich mitgeteilt hatte, unter den noch eingegangenen und von ihm nicht mehr geöffneten Sendungen vermute er Vollmachtssachen. Walter aber stellte in Abrede, daß er schon einmal in der Gemeindevertretung diese Angelegenheit erwähnt habe. Er habe dort mal eine andere Briefgeschichte vorgetragen, in der allerdings gleichfalls der Herr Gemeindevorsteher eine Rolle gespielt habe. Der Zeuge nannte sie „eine niedliche Briefgeschichte", doch gab der Vorsitzende ihm nicht Gelegenheit, sich näher zu erklären. Beide Geschichten waren später von Litzner und — wie die Beweisaufnahme zeigte — auch von anderen Bewohnern von Rosenthal-Wilhelmsruh miteinander verwechselt worden. Gemeindevertreter Haschek bekundete als Zeuge, aus der Bevölkerung heraus sei Aufklärung gefordert worden und auch er habe die Empfindung gehabt, daß eine solche herbeigeführt werden müsse. Gemeindevertreter Matthias versicherte, daß die vermeintliche Briefunterschlagung, über die in Rosenthal-Wilhelmsruh viel gemunkelt worden sei, sicherlich von anderer Seite zur Sprache gebracht worden wäre, wenn nicht Litzner das übernommen hätte.

Die eigenartigen Zustände, die in dieser Gemeinde seit langem bestehen, weil der Gemeindevorsteher sich in einen Gegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung und ihrer Vertretung gebracht hat, wurden vielfach in der Verhandlung berührt. Schmidts Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Neff, wollte aus der „Anfeindung" des Herrn Gemeindevorstehers Kapital für ihn schlagen, aber Litzners Verteidiger, Rechtsanwalt Davidsohn, bot Beweis dafür an, daß die Ursachen der vorgekommenen Reibereien in der Persönlichkeit des Herrn Gemeindevorstehers selber zu suchen seien. Zur näheren Beleuchtung dieser Persönlichkeit sollten die Aussagen dreier weiterer Zeugen dienen, die auf Antrag der Verteidigung noch geladen waren. Sie sollten Bekundungen machen über das Privatleben des Herrn Geemindevorstehers, doch verzichtete das Gericht auf ihre Vernehmung, und der Vorsitzende wehrte konsequent jedem Versuch, diese Dinge in die Verhandlung hineinzuziehen.

Der Verteidiger forderte für den Angeklagten die Freisprechung, weil dieser als Schöffe mit seinem Vorgehen gegen den Gemeindevorsteher nur sein Recht gebraucht und seine Pflicht erfüllt, also berechtigte Interessen wahrgenommen habe. Der Rechtsbeistand des Nebenklägers forderte Erhöhung der Strafe und womöglich eine „andere Strafart". Pflicht des Gemeindeschöffen sei, den Gemeindevorsteher zu unterstützen. Schmidt sei oft angegriffen worden, er möge ja auch „seine Fehler haben, die vielleicht auf erotischem Gebiet liegen", er habe aber sich um den Ort verdient gemacht. Heiterkeit auf der Zeugenbank und im Zuhörerraum antwortete ihm. Der Staatsanwalt beantragte, beide Berufungen abzuweisen.

Das Urteil lautete: Freisprechung. Von Briefunterschlagung könne keine Rede sein, höchstens vielleicht von pflichtwidriger Unterlassung. Aber Litzner habe das in Wahrnehmung berechtigter Interessen gesagt und in gutem Glauben, ohne beleidigen zu wollen.

Herrn Schmidt blieb die Bezahlung der Kosten.

Alkoholismus.

Eine recht schwere Strafe, nämlich 3 Monate Gefängnis und 1500 M. Buße hatte das Schöffengericht Weißensee über den Tierarzt Thien verhängt, der sich schwerer Beleidigungen des Fleischschauamtsvorstehers Dr. Türk schuldig gemacht hat. — Vor dem Schöffengericht in Weißensee hatte über die Behauptungen des Angeklagten eine sehr umfangreiche Beweiserhebung stattgefunden. Das Schöffengericht würdigte diese dahin, daß es die dem Dr. Türk zur Last gelegten Anschuldigungen für vollständig widerlegt erachtete. Nach Ansicht des Gerichts kann auch nicht der geringste Tadel auf das außerdienstliche Verhalten des Dr. Türk geworfen werden und auch dessen dienstliches Verhalten steht in jeder Beziehung tadelfrei da. Auch Beleidigungen des Fleischbeschauers Kirsch hielt das Gericht für erwiesen. Bei der Strafabmessung berücksichtigte das Gericht, daß Herr Dr. Türk durch die falschen Behauptungen des Angeklagten empfindlich geschädigt worden sei und aus dem ganzen Verhalten des Angeklagten eine sehr niedrige Gesinnung spreche. — Gegen das Urteil des Schöffengerichts hatte Thien Berufung eingelegt. Zu der gestrigen Verhandlung war eine große Zahl von Zeugen und Sachverständigen geladen, unter diesen Medizinalrat Dr. Störmer. Dieser wurde über den Geisteszustand des Angeklagten vernommen und bekundete, daß dieser ein stark nervöser, neurasthenischer Mensch sei, der § 51 StGB. aber auf ihn Anwendung nicht finden könne. Der Angeklagte erklärte im Laufe der Verhandlung, daß er die Briefe im Zustande tiefer seelischer Erregung, die ihn dem Alkoholgenusse zugeführt habe, geschrieben habe. Er bedaure ihren Inhalt und gebe zu, daß er vage Erzählungen als Tatsachen hingenommen und kleine Mücken zu Elefanten gemacht habe. — Auf Grund der Aussagen verschiedener Zeugen, die zu bekunden vermochten, in welch ungewöhnlicher Geistesverfassung sich der Angeklagte befunden, als er die Briefe schrieb, kam der Gerichtshof zur Aufhebung des ersten Urteils und Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof hatte doch erhebliche Bedenken an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten zur Zeit der Abfassung der Briefe. Es sei ein nervöser und leicht erregbarer Mensch, der in früheren Jahren schwere Verletzungen durch Stürze erlitten und sich infolge seiner Entfernung aus seinem früheren Amt und anderen Mißgeschicks im Zustande höchster Erregung befunden habe, die seine freie Willensbestimmung ausschloß. Er habe die Briefe auch zweifellos unter den Nachwirkungen des Alkohols geschrieben.

Wegen öffentlicher Beleidigung des Sprechmeisters der Berliner Fleischerinnung,

Hermann Dräbert, und öffentlicher Aufforderung zur Sachbeschädigung stand gestern der Schlächtergeselle Paul Bergmann vor dem Schöffengericht. Der Angeklagte hatte als Referent in einer Versammlung fungiert, die am 29. Oktober in dem Musiker-Vereinshause stattgefunden hatte. Die Versammlung war zu dem Zwecke einberufen worden, um gegen eine Angabe des Sprechmeisters Draebert Front zu machen, der die Behauptung aufgestellt hatte, es sei nötig gewesen, Gesellen von außerhalb heranzuziehen, weil 600 offene Stellen nicht hätten besetzt werden können, obwohl ein Wochenlohn von 20 M. geboten worden sei. In einem von Bergmann verfaßten Flugblatt, durch welches zur Teilnahme an der Versammlung eingeladen worden war, war bezüglich dieser Behauptung dem Sprechmeister Draebert der Vorwurf der Verleumdung gemacht worden. In seinem Referat soll Bergmann außerdem eine beleidigende Redewendung gegen Draebert gebraucht haben, er wurde auch dafür verantwortlich gemacht, daß nach Schluß der Versammlung Herrn Draebert einige Fensterscheiben eingeworfen wurden. Dies wird darauf zurückgeführt, daß Bergmann im Laufe seines Referates auf Vorgänge in Prag verwiesen und gesagt haben soll: „Wenn die Berliner Schlächtergesellen so heißes Blut hätten, wie die Prager, so würden sie hingehen und Draebert die Fenster einwerfen. — Zu der Verhandlung waren viele Zeugen geladen. Auf Grund ihrer Bekundungen wurde der Angeklagte wegen Beleidigung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, von der Anklage der Aufforderung zur Sachbeschädigung aber freigesprochen.

Ein Mordversuch aus Rache

beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Röchling. Aus der Untersuchungshaft wurde der 41jährige Maschinist Albert Rüß vorgeführt, welcher beschuldigt wurde, gegen die Ehefrau des in der Tieckstraße 4 wohnhaften Zimmermannes Wolter einen Mordversuch unternommen zu haben. — Rüß wohnte seit 7 Jahren bei den Wolterschen Eheleuten als Schlafbursche. In der letzten Zeit war er in Schulden geraten, da er seit 5 Monaten keine Arbeit mehr hatte. Als ihm Wolter wegen der schon mehrere Monate rückständigen Miete Vorhaltungen machte, gerieten beide in Streit, in dessen Verlauf er die Frau W. beschuldigte, mit ihm in unerlaubten Verkehr getreten zu sein. Die Folge war, daß ihn W. sofort vor die Türe setzte. Seitdem sann er auf Rache und ging häufig vor dem Hause in der Tieckstraße auf und ab. Am 30. Juni d. J. versteckte sich Rüß auf der Bodentreppe. Als die Frau W. die Treppe heraufkam, gab R. zwei Schüsse aus einem Revolver auf sie ab, welche sie schwer verletzten. Der Angeklagte jagte sich dann, auf der Treppe sitzend, selbst eine Kugel in die Schläfe. — Bei seiner Vorführung in dem gestrigen Termin machte Rüß einen etwas geistesabwesenden Eindruck, der sich in der weiteren Vernehmung noch verstärkte. Rechtsanwalt Dr. James Friedländer hielt es deshalb für sehr zweifelhaft, ob der Angeklagte überhaupt verhandlungsfähig sei. Er stellte den Antrag, den Angeklagten erst in der Kgl. Charité auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Das Gericht gab diesem Antrage statt und vertagte die Verhandlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, ☞ Fahrstuhl ☜ wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

A. H. 32. 1. 4,20 M. 2. Ja, bis zum Schluß dieses Jahres. — **K. M. 1885.** Als Strafe würde voraussichtlich nicht unter zwei Jahre Freiheitsstrafe ausgeworfen und außerdem Nachdienen verfügt werden. — **Rixdorf, Berta 100.** Ihre Geschwister haben unrecht. Haben kinder-

lose Ehegatten ein Testament nicht errichtet, so beerbt der überlebende Ehegatte den anderen zur Hälfte. Die andere Hälfte fällt an die Verwandten des Verstorbenen, jedoch erhält der überlebende Ehegatte als Voraus die Haushaltungsgegenstände und die Hochzeitsgeschenke. Damit die Ehegatten alleinige Erben werden, ist ein Testament erforderlich. Zweckmäßig ist die Errichtung eines wechselseitigen Testaments. Ein eigenhändig ge- und unterschriebenes Testament genügt. Dies müßte die Angabe des Ortes und des Tages enthalten. Die einfachste Form ist etwa folgende: Es schreibt zunächst der Mann: Berlin, den 1. Oktober 1909. Ich und meine Ehefrau setzen uns gegenseitig als alleinige Erben ein. Hierunter setzt der Mann seinen Namen. Dann schreibt die Frau darunter: Dieses Testament soll auch als mein Testament gelten. Berlin, den 1. Oktober 1909. Hierunter setzt sie dann ihren Namen. Der Namen muß unter dem Testament also unter, nicht neben dem Datum oder der letzten Zeile stehen. — **K. Sch. 53.** Der Prozeß wäre gegen den Hauswirt und gegen die Charlottenburger Wasserwerke zu richten. Sein Ausgang ist ein zweifelhafter, falls nicht etwa Sie, als Sie von der beabsichtigten Schließung des Rohres unterrichtet wurden, ausdrücklich auf den Schaden hingewiesen haben.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 22. September.
Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. La Traviata.
Kgl. Schauspielhaus. Der eingebildete Kranke.
Anfang 8 Uhr.
Neues kgl. Opern-Theater. Paragraphenschuster.
Berliner. Sintflut.
Deutsches. Faust. Anfang 7½ Uhr. Kammerspiele. Die Sünde.
Lessing. Klein Eyolf.
Volksoper. Zar und Zimmermann.
Neues Schauspielhaus. Mitz Dudelsack.
Neues. Emilia Galotti.
Thalia. Prinz Bussi.
Komische Oper. Der Wildschütz.
Residenz. Gretchen.
Hebbel. Hanna Jagert.
Trianon. Pariser Witwen.
Lustspielhaus. Man soll keine Briefe schreiben.
Kleines. Moral.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Westen. Der fidele Bauer.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die von Hochsattel.
Schiller Charlottenburg. Jungfer Obrigkeit.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Stützen der Gesellschaft.
Luisen. Der Mann mit der eisernen Maske.
Bernhard Rose. Die Jägermeisterin.
Metropol. Halloh!! — Die große Revue.
Folies Caprice. Mobilisierung. Der gewisse Augenblick. Anf. 8¼ Uhr.
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Gebr. Herrnfeld-Theater. Frau Elkams Friseur. Meine-Deine Tochter.
Gastspiel. Ungerade Tage. Der Deserteur. Die keusche Toinette. Cousin Pampoulette. Anf. 8¼ Uhr.
Palast. Großstadtzauber. Spezialitäten.
Noacks Theater. Ein Sohn des Volkes.
Passage. Spezialitäten.
Volksgarten. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland-Theater. Spezialitäten.
Casino. Onkel Cohn.
Prater. Einer von unsere Leut'.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Ibsen-Zyklus, 12. Vorst.: Klein Eyolf.
Donnerstag, 7½ Uhr z. erstenmal: Des Pfarrers Tochter von Streladorf.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Sintflut.
Morgen: Sintflut.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Emilia Galotti.
Donnerstag:
Das Urbild des Tartüffe.

Theater des Westens.
Allabendl. 8 Uhr: Der fidele Bauer.
Sonntag nachm. 3¼ Uhr, halbe Preise: Ein Walzertraum.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, 22. September, Anf. 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen.
Donnerstag: Das Herz a. d. Hand.
Freitag: Das Herz auf der Hand.
Sonnabend: Mondverregen.

Volks-Oper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Anfang 8 Uhr.
Zar und Zimmermann.
Donnerstag:
Die Jüdin.
Anfang 8 Uhr.

Lortzing-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Mann mit der eisernen Maske.
Schauspiel in 5 Abt. v. J. Schneider.
Donnerstag: 1. Gastspiel Berliner Operngastspiel-Ensemble: Die weiße Dame.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Lustspiel in 3 Aufz. von Leo Walter Stein und Ludwig Heller.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Ehre.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Jungfer Obrigkeit.
Komödie in 3 Akten v. Gustav David.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jungfrau Obrigkeit.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Käthchen v. Heilbronn

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Heute Mittwoch und folgende Tage:
Unerreicht — Allerneuestes!
Gastspiel von **Schorch**
Ehrengruber
mit seiner Originaltruppe aus **München.**
Neu! „Die streikenden Musikanten."
„Zeppelin IV." „Der tieftraurige Trauerzug"
Größte Originalaufführungen. Tanzkränzchen.
Extra stark gebraut. Bier w. v. 25 bayr. Mad'ln serv.
Bei ungünstiger Witterung im großen Saale.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf.

Schwarzer Adler
Lichtenberg — Frankfurter Chaussee 5
Fernsprecher Nr. 8.
Jeden Mittwoch:
Lustiger Abend der fidelen Spatzen
Vornehmste Herrengesellschaft (neun Herren)
Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.**
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**

Neues Operetten-Theater, Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Gretchen.
Groteske in 3 Akten von Davis und Lipschütz.
Morgen und folgende Tage: **Dieselbe Vorstellung.**
Sonntag, 26. Sept., nachm. 3 Uhr: **Kümmere Dich um Amelie.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Jägermeisterin.
Volksstück in 4 Akten von Charlotte Ephesgaard.
Morgen: Im Café Noblesse.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 67/68.
Täglich abends 8¼ Uhr:
Ungerade Tage.
Der Deserteur.
Die keusche Toinette.
Cousin Pampoulette.

Apollo Theater
Nur noch acht Tage!
Emir, d. lachende Wunderpferd.
Die populär. **Humpsti-Bumsti.**
Gebr. Schwarz, Amélie de l'Enclos.
9¼ Uhr: **SÉVERIN** in Conscience.

Winter-Garten
Morris Cronin-Troupe
moderne Jongleure.
Henry Bender
The 6 Cuttys
Musikal-Akt,
sowie das vom Publikum u. Presse glänzend beurteilte
Eröffnungs-Programm.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Jeden Sonntag u. Mittwoch:
Große Soiree der Apollo-Sänger.
Sonnt.: Anf. 7 Uhr, Mittwochs 8½ Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.
Jeden Donnerstag: **Elite-Ball.**
Dienstag, den 5. Oktober:
Der Barbier von Sevilla.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Von Abbazia bis Corfu.

Zoologischer Garten
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.

Metropol-Theater.
Zum 4. Male:
Halloh!!
Die große Revue!!
Humorist.-satir. Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz. Tänze von Willy Bishop.
Madge Lessing. Fritzi Massary.
Jos. Giampietro. Guido Thielscher.
K. Pfann. M. Kettner.
Ida Perry. W. Bishop usw.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Gebr. Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. A. 4, 5063.
Die erfolgreichsten Lach-Komödien.
Meine-Deine-Tochter
Frau Elkams Friseur
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Vorverkauf 11—2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 23. September:
Die Logenbrüder.
Schwank in 3 Akten von E. Laufs und E. Kraatz.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Vorstellung 8 Uhr.
Vorverkauf täglich von 10—1 Uhr im Theater-Restaurant.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang: Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

„Es ist kaum noch zu bezahlen" —
sagt bei ihren Einkäufen in diesen teuren Zeiten jetzt so manche Hausfrau. Da kann man ihr einen guten Rat geben: Wer sparen will, verwende täglich Kathreiners Malzkaffee. Er ist billig, dabei wohlschmeckend und durchaus unschädlich. —

Zirkus Albert Schumann.
Heute Mittwoch, den 22. Septbr., abends 7½ Uhr:
Ritter von Renroff
Original-Schulakt
Pferd u. Ballerina.
Mme. de Bainville
aus Paris mit ihren Freiheitspferden.
Amerikanisch. Sportakt
von Miß Luise und Rob. Powall.
Jim und Jam,
sprechende Pierrots.
? The Arleys ?

Passage-Panoptikum.
Täglich zu sehen: Die
Traum-Malerin
Wilhelmine Assmann
Bilder aus d. Jenseits!
Maisitzungen im Trance finden tägl. v. 11—1 U. u. von 3—½8 U. statt.
Zutritt jederzeit.
Ohne Extra-Entree.
Eintr. 50 Pf. Kind., Soldaten 25 Pf.

Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, den 22. September, abends 7½ Uhr präzise:
Gr. Gala-Vorstellung.
Um 9 Uhr ca.: **Farmerleben!**
Gr. Original-Manegeschaust. d. Zirkus Busch in fünf Bildern.
Besonders hervorzuheben:
Die Riesenspringflut.
Ferner vorher: Herr Burkhardt-Foottit, Schulreiter a. d. irländ. Wallach Boy, neudress. Herr Ernst Schumann, Neudressuren. Vorführung des isländisch. Sportspiele (Glima) und das große Gala-Programm.

Passage-Theater.
Das führende Varieté-Programm Berlins!
Claire Waldoff.
Lucie König.
The Monte-Carlo-Girls und 12 Varieté-Attraktionen!!!

Theater des Südens.
Dresdener Str. 97 a. d. Prinzenstraße.
Künstlerpech
oder: Meine Nichte — Ihre Nichte.
Posse von Max Leuther, Musik von F. Gerlach.
Anf. Sonnt. 8 Uhr, wochent. 8½ Uhr.
Loge 3.—, Parkettf. 2.—, 1. Park. 1.50.
Entree 0,50. 1504b*

Folies Caprice.
Mobilisierung.
Bunter Teil.
Der gewisse Augenblick.
Vorverk. 11—2. Anfang 8¼ Uhr.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Das kolossale Septemberprogr.
Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 7½ Uhr.
Vorzugskarten, zu den Wochentagsvorstellungen gültig, in allen Zigarren- und Friseurgeschäften.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Große Elite-Soiree.
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Tanzkränzchen
Neues hochakt. Programm.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Morgen Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Tanz.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstraße 72.
Tägl. Theater u. Spezial.-Vorst.
Wiederauftr. von Franz Sobanski.
Neu! Hedy Brumieu, Fredy Seiband, Ernst Kleinert, Mstr. Ledini, der Russe Ledinsow, Roth Roffy rc.
Familie Schmidt,
Originalposse in einem Akt.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Drei Ereignisse
1. Die Entdeckung des Nordpols.
2. Die kühnen Flüge O. Wrigths u. S.
Union-Theater U. T. Alexand.-Platz — Neue Königstr.
im Grand-Hotel.
Das neue Bombenprogr. b. 24. 9. 09. Tägl. ausverkauft. Das ist unsere beste Reklame. Ununterbrochen Vorstellung von 5 Uhr an.

Neue Welt.
Hasenheide.
Mittwoch, den 22. September:
Die Jungfrau von Orleans.
Eine romantische Tragödie in 10 Bild. von Fr. v. Schiller.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Walhalla-Varieté-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anf. 8 Uhr. Die großartigen September-Spezialitäten.
Im Tunnel: Regimentskapelle.
Theaterbesucher freier Eintritt.

W. Noacks Theater
Brunnenstr. 16, am Rosenthaler Tor.
Sensationell! Aktuell! Amüsant!
Abends ½9 Uhr:
Ein Sohn des Volkes.
Vorher: C. Reicher, Verwandl.-Künstl.
Donnerst.: D. Kätchen v. Heilbronn.
Sonnabend: Extravorstellung: Im Irrenhause. Sensations-Schausp.

Karl Haverland Theater
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Anfang präzise 8 Uhr.
Das Neueste vom Neuesten
sind die wunderbaren
14 September-Spezialitäten.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Onkel Cohn
Onkel Cohn
Onkel Cohn
Sonntag 4 Uhr: Familie Klinkert.

Gelegenheitskauf.
Wir haben eine kleinere Anzahl tadellos erhaltener Remittenden-Exemplare von
„Die sexuelle Frage"
Eine naturwissenschaftliche, psychologische, hygienische und soziologische Studie für Gebildete
von **August Forel,**
Dr. med., phil. et jur., ehemal. Professor der Psychiatrie und Direktor der Irrenanstalt in Zürich.
6. u. 7. Auflage (26.-35. Tausend)
am Lager, die wir zu ermäßigten Preisen abgeben.
Statt 9,50 M. nur 7,50 M.
Expedition des Vorwärts
BERLIN SW.
Lindenstr. 69, Laden.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Wahlkreis. Billetts zur Urania-Vorstellung am Sonntag, den 26. September, nachmittags 4 Uhr sind noch bei Rausch, Wins-Straße 12, und bei Hahnisch, August-Straße 50 („Vorwärts“-Spedition) zu haben. Preis 70 Pfennig inklusive Garderobe. Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Tempelhof. Wir weisen hiermit auf die heute abend im „Wilhelmsgarten“ stattfindende Volksversammlung hin. Referent ist der Reichstagsabgeordnete Zubeil, welcher über den letzten Steuer-Raubzug sprechen wird.

Erkner. Heute Mittwoch, den 22. d. Mts., findet in Fangschleuse im Restaurant Pogrell eine Wahlvereinsversammlung statt. Die Genossen und Genossinnen von Erkner werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Der Vorstand.

Spandau. Sonntag, den 26. September, früh 7½ Uhr findet eine allgemeine Flugblattverbreitung über Spandau, Staaken, Seegefeld und Falkenhagen statt. Die Genossen werden ersucht, sich pünktlich vollzählig in ihren Bezirkslokalen einzufinden. Die Bezirksführer können die Flugblätter schon jetzt bei dem Genossen Köppen, Spandau, Jagow-Straße 9 in Empfang nehmen.

Berliner Nachrichten.

Minnas Umzug.

Diesmal wurde es wirklich Wahrheit, was schon so oft gedroht hatte: Minna von Geheimrats verließ zum 1. Oktober ihren Dienst. Zwei Jahre lang hatte sie die unberechenbaren Launen der Gnädigen über sich ergehen lassen, eine Ausdauer, die keine ihrer Vorgängerinnen entwickelt hatte und wahrscheinlich keine ihrer Nachfolgerinnen entwickeln würde. Denn man mußte so wie Minna und die Ihrigen von Jugend auf unter der Zucht einer mecklenburgischen Gutsherrschaft gestanden haben, um geduldig alle Zumutungen hinzunehmen, die die Frau Geheimrat für ihre Dienstmädchen bereit hatte. Gleich beim Antritt ihrer Stellung begab sich manches, was Minna sich anders gedacht hatte. Unter anderem verkündete ihr die Gnädige sogleich, daß sie sie mit „Du“ anreden werde, wie sie es von Jugend auf den Dienstboten gegenüber gewöhnt wäre. Dann hatte die Gnädige Minnas frische Erscheinung prüfend von oben bis unten durch eine goldene Stiellorgnette betrachtet und ihr kurz befohlen, daß sie sofort ein Bad zu nehmen habe, sie rieche nach „Bauernwohnung“. Freilich, so viel weite, hohe Räume, mit kostbaren Möbeln und dicken Teppichen erfüllt, wie sie die Gnädige in ihrer hochherrschaftlichen Wohnung im vornehmsten Westen innehatte, waren in Minnas heimatlichem Dorfe nicht zu finden, aber das Mädchengelaß, das man ihr in derselben hochherrschaftlichen Behausung anwies, hatte doch nur kaum den vierten Teil Flächeninhalt aufzuweisen wie das kleine Giebelstübchen im Elternhause, das Minna mit ihrer Schwester daheim bewohnt hatte. Als die Nase der Gnädigen nach dem vorschriftsmäßigen Bade keine „Heimatserinnerungen“ mehr an Minna wahrnahm, mußte Minna ein blaukarriertes Kuttunkleid anlegen und eine weiße Haube aufsetzen, um auch äußerlich für jedermann für das kenntlich zu sein, was sie war: Hausmädchen bei Geheimrats. Dann hatten sich die Frau Geheimrat und mehr noch ihre zaundürre, schon recht angejahrte Tochter darum bemüht, sie in all ihre Obliegenheiten einzuweihen, eine Mühe, bei der die Damen das Bewußtsein entschädigte, daß Minna nur 12 M. Lohn bekam, während sonst der in Berlin übliche Lohn für ein Hausmädchen 20—25 M. betrug. Für Minna, die keine entfernte Ahnung davon gehabt hatte, was für vielfältige Bedürfnisse ein „hochherrschaftliches“ Leben mit sich bringt, waren die ersten Monate ihres Dienstes eine harte Lehrzeit gewesen. Wenn die Damen schlechter Laune waren, ein Fall, der meistens vorlag, so pflegten sie das arme Ding mit Titeln zu bedenken, wie sie einem Unteroffizier auf dem Kasernenhof fast zu stark gewesen wären. Daher hatte Minna in der ersten Zeit mehr geweint als gegessen, trostlose Briefe nach Hause geschrieben, auf die ihr der strenge Vater nur grobe Antworten gab, und ihre roten Backen, die der Gnädigen gleich als „bäurisch“ mißfallen hatten, waren zusehends blasser geworden. Von Natur fügsam, suchte sie sich so lange wie möglich in ihrer Stellung zu behaupten und ließ sich ruhig von Kameradinnen, die bei benachbarten Mietern im gleichen Hause angestellt waren, hänseln, wenn die Wände wieder einmal von dem Gekeife der Damen widergehallt hatten.

Das Unangenehmste an der Frau Geheimrat war, daß sie sich um alle Privatangelegenheiten ihrer Angestellten zudringlich bekümmerte. Ueber Minnas Verbleib an den Sonntagnachmittagen, die ihr alle 14 Tage freigegeben wurden, mußte Minna genau Bericht erstatten, und daß sie lieber Verwandte besuchte als in den Erbauungsverein für deutsche Jungfrauen zu gehen, in den ihr die Gnädige herablassend Eintritt verschaffen wollte, hatte die unzweifelhaft ausgesprochene Mißbilligung der Frau Geheimrat hervorgerufen. Seitdem Minna aber auf das montägliche Aushorchen der Gnädigen schüchtern erzählt hatte, daß sie sich mit einem Arbeiter der Elektrizitätswerke versprochen hätte, war die Bosheit der beiden Damen in ein neues Stadium getreten. Sie verfolgten das Mädchen mit spitzigen Bemerkungen über ihren „Schatz“, der gewiß ein „Roter“ sei, und entließen sie an ihren Ausgehtagen mit Ermahnungen, die viel eher Beleidigungen gleichkamen. Auch Minnas sonntäglichen Putz unterzog die Gnädige einer strengen Kritik. Jeden kleinsten Schmuck fand sie für ein Dienstmädchen ungehörig, und als Minna einmal den Versuch machte, ihren glattgestrichenen Scheitel, den sie gewöhnlich trug, mit einer gefälligeren Anordnung ihres üppigen blonden Haares zu vertauschen, bekam die Gnädige einen Wutanfall und drohte sie sofort aus dem Hause zu jagen, wenn sie sich noch mal herausnehmen würde, sich wie eine „Dame“ zu frisieren. Minna war unter reichlichem Tränenerguß zu ihrer alten Haartracht zurückgekehrt, aber ihre Nachgiebigkeit schob die Katastrophe nur um kurze Zeit hinaus. Ihr Sonntagsstaat war die Klippe, an der sie bei der Frau Geheimrat endgültig Schiffbruch litt. Sie hatte die Absicht, sich aus einem halbwollenen schwarzen Stoff, den man ihr zu Weihnachten beschert hatte, ein neues Kleid machen zu lassen, denn ihr altes rotes war schon arg mitgenommen. Die Gnädige hatte dank ihrer ewigen Schnüffeleien von ihrem Plane Wind bekommen und ihr sofortige Entlassung angedroht, wenn ihr neues Kleid auch nur in irgend etwas entfernte Aehnlichkeit mit einer der vielen Roben ihrer „Herrschaft“ haben sollte. Und Minna prägte der Schneiderin ängstlich ein, das Kleid nur ja recht einfach zu machen, und ließ sich nur auf die eindringlichen Vorstellungen der Kleiderkünstlerin bereden, daß oben am Halse ein kleiner Einsatz aus gelbem Tüll und an den Aermeln auch ein wenig Spitze angebracht werden sollte, damit das düstere Schwarz ein wenig aufgehellt werde. Als Minna dann das Kleid zum ersten Male anlegte und ganz erstaunt ihre hübsche Gestalt in dem zerbrochenen kleinen Handspiegel betrachtete, den sie sich auf den Küchentisch gestellt hatte, kam die Gnädige fauchend wie ein angeschossener Eber in die Küche gestürzt. Sie überschüttete das verblüffte Mädchen mit einer Flut heftiger Schimpfreden, die Minnas angebliche Verderbtheit und Hoffärtigkeiten kennzeichnen sollten und in dem Vorwurf gipfelten, daß Minna sich erfrecht habe, ihr Kleid genau nach dem Muster des ganz neuen vom „gnädigen Fräulein“ machen zu lassen. „Dafür kannst Du Dich zum Ersten Deiner Wege scheren!“ schrie die Gnädige ganz erbost, hoffte aber bei sich, daß Minna wieder nachgeben und ihr so die billige und willige Arbeitskraft erhalten bleiben würde.

Aber darin hatte sie sich diesmal geirrt. Diese neue Zumutung war selbst der geduldigen Minna zu viel. Sie nahm die Kündigung sehr kaltblütig auf, hatte auch nach wenigen Tagen einen viel besser bezahlten Dienst gefunden, und so war es gekommen, daß Geheimrats Minna wirklich zum ersten Oktober zog.

Tag- und Nachtgleiche.

Nun rüsten sich die Mächte der Finsternis wieder einmal zum letzten entscheidenden Schlage gegen das Licht. Immer früher senkt sich das Dunkel über die sterbende Erde. Immer länger werden die Abende. Immer fröstelnder haucht der Atem der Nacht. Die trübe Witterung, die mit kurzen Unterbrechungen fast dem ganzen heurigen Sommer eigen gewesen, unterstreicht diese graue Tönung des beginnenden Herbstes noch wesentlich; sie zieht ihre Schleier um den zeitig sinkenden Tag und stumpft das letzte Leuchten, das hier und da aus einem Wolkenspalt mattglänzend hervorbricht, ab. Und was sie nicht vermag, das richten die in den Niederungen brauenden Nebel aus. Eine müde Bangigkeit schleicht nun über die Erde. Ueber das Grün der Blätter ist bereits das erste bröckelnde Braun des Welkens geflogen. Die Grashalme haben etwas Starres und Hartes bekommen. Spinnenfäden segeln durch die Luft. Schon sind die Kronen der Laubbäume lichter geworden. Wo noch vor kurzem das Auge keinen Weg durch das dichte Blattgewirr finden konnte, glotzt jetzt bleigrau ein müder Himmel, über den der Sturm dunkle Wolkenfetzen jagt. Und doch ist der eigentliche Herbst noch nicht da. Denn der Herbst ist Brausen und Weben und rischelndes Rascheln harter, welker Blätter. Jetzt aber geht die Stille durch die Welt. Das letzte, ruhige Atemholen ist es vor der Agonie des Todeskampfes. Es ist, als ob Nähen und Fernen eine große, traurige Gewißheit erfüllte, die die Blätter schlaff und müde macht, die über die Gräser die Farbe des Todes gießt und dem letzten Entfaltungsdrange unbarmherzig Einhalt gebietet. Was die langen Nächte mit kalten Fingern zerstören, das können die kurzen Tage mit ihren mattwärmenden, meist wolkenverhangenen Sonnenstrahlen nicht mehr zum Leben erwecken. Jeder Tag ist ein Räuber an der Habe seines Vorgängers, und jede Stunde führt den scheidenden Sommer einen Schritt näher zu seinem Grabe. Noch halten Tag und Nacht einander die Wage. Aber in kurzem triumphiert die Finsternis, die in ihren schwarzen Fängen rasch und roh das letzte, flackernde Leben erwürgen wird.

Um die Jugend.

Die herrschende Klasse setzt alles daran, um die aus der Schule entlassene Jugend in ihrem Sinne zu erziehen, wobei sie sich der verschiedensten Mittel bedient. Christliche Vereine versuchen, die jungen Menschlein in ihren Bann zu schlagen und zu verblöden; andere Vereinigungen sind vielfach mit Unterstützung staatlicher Behörden am Werke, um die Jugend durch „geeignete“ Vorträge zu gutgesinnten Staatsbürgern zu erziehen und wieder andere pflegen sogar das Kriegsspiel um „wahrhaft patriotische“ Männer heranzubilden. Wie das gemacht wird, möge folgender Bericht beweisen, den wir der „Voss. Ztg.“ entnehmen. Dort heißt es:

„Größere Feldmanöver der Jugendorganisationen haben am Sonntag in der Spandauer Stadtforst und im Gelände Döberitz—Ferbitz—Fahrland—Groß-Glienicke stattgefunden. Die Berliner Jugendwehr hatte sich am Sonntag früh in Stärke von etwa 250 Mann über Spandau nach Hakenfelde begeben, um dort unter Leitung des Geschäftsführers Söhmisch ein Kriegsspiel zu veranstalten. Während eine Kompagnie unter Führung des Feldwebels Paesch sich nach Papenberge begab, nahm die zweite Kompagnie unter dem Kommando des Feldwebels Diemer am neuen Kanaldurchstich nördlich Hakenfelde eine Verteidigungsstellung ein. Bald entwickelte sich in der Spandauer Stadtforst ein reges militärisches Leben. Feldwachen wurden ausgesetzt, Posten aufgestellt und Patrouillen entsandt. Die Patrouillen zeigten im unbemerkten Heranschleichen an den „Feind“, im Erspähen seiner Stellung und in der Ueberbringung von Meldungen an die eigene Truppe hervorragende Leistungen. Die Angriffe auf den verschanzten Gegner wie auch dessen Verteidigung zeugten von strammer Disziplin und tadellosem Vertrautsein mit den militärischen Felddienstbestimmungen. In etwas größerem Umfange hatte der Jugendbund „Wandervogel“ unter Oberleitung des stud. ing. Walter Weißleder ein Kriegsspiel durchgeführt. Eine „rote Partei“ verließ schon am Sonnabend nachmittag Berlin mit der Bahn und fuhr nach Potsdam und trat dann zu Fuß den Marsch nach Marquardt und Fahrland zum Beziehen der Nachtquartiere an. Am frühen Morgen begann der Abmarsch in der Richtung nach dem Döberitzer Truppenübungsplatz, den die Kommandantur dem Verein zur Verfügung gestellt hatte. Hier war inzwischen von Berlin über Spandau kommend eine „blaue Partei“ eingetroffen und erwartete den bösen Feind. Der Aufklärungsdienst stellte infolge der von dem starken Nachtregen aufgeweichten Wege an die Wandervögel große körperliche Anforderungen. Wie bei der Jugendwehr konnte man auch hier erkennen, daß die jungen Leute dankbare Schüler ihrer Lehrmeister im Kriegsspiel sind. Die einzelnen Gefechtsmomente vom Patrouillendienst bis zum Angriff in der Frontkolonne und Verteidigung der eingenommenen Stellungen klappten tadellos und brachten den Wandervögeln — wie auch der Jugendwehr — wohlverdientes Lob der Lehrer und der zahlreichen Zuschauerschaft ein.“

Daß durch derartige Arrangements der arbeitenden Jugend nicht genützt wird, sollte für jeden einsichtigen Arbeiter klar sein. Die Arbeiterbewegung braucht für ihren schweren Befreiungskampf Männer, die selbständig denken können. Das kann nicht geschehen durch Beteiligung an Veranstaltungen obiger Art. Jeder Vater sollte deshalb seine Söhne und Töchter von der Beteiligung an den patriotischen und Muckervereinen fernhalten und sie der Organisation der arbeitenden Jugend zuführen, die einzig und allein bestrebt ist, in den jungen Leuten Menschenwürde zu wecken und selbständiges Denken zu fördern.

Entziehung des Erziehungsrechtes der Eltern. Die Berliner Schuldeputation teilt eine Entscheidung mit, die von großer Bedeutung ist. Es heißt in einer Mitteilung an die Rektoren: „Unter dem 17. Juni 1909 ist den Eltern eines hiesigen Schulkindes, das, wie die ganze Familie, der es angehört, mit Ungeziefer behaftet war, auf unseren Antrag vom königl. Amtsgericht Berlin-Schöneberg die Sorge für die Person ihrer Kinder auf Grund von § 1666 B. G.-B. entzogen worden. Die Eltern waren vorher von der Schulbehörde zu der Beseitigung des Ungeziefers aufgefordert worden, hatten aber dieser Aufforderung mit der Begründung nicht Folge gegeben, daß der Mann krank und die Frau von Hause unabkömmlich sei. Die Entscheidung des königl. Amtsgerichts erscheint uns für unsere Schulen von so großer Bedeutung zu sein, daß wir sie den Herren Rektoren mitteilen. Sie gibt uns für die Fälle, wo Eltern unserer Schulkinder sich hartnäckig weigern, ihre Kinder von Ungeziefer zu befreien, einen Weg, einer weiteren Uebertragung des Ungeziefers auf andere Kinder und der Schädigung der behafteten Kinder selbst ein Ziel zu setzen, und es ist zu hoffen, daß in künftigen Fällen dieser Art Eltern, wenn sie erfahren, daß sonst ein Antrag gestellt würde, ihr Kind ihrer Sorge zu entziehen, bereitwilliger für die Befreiung ihrer Kinder von der Plage des Ungeziefers Sorge tragen werden.“ Der oben angezogene § 1666 des B. G.-B. hat folgenden Wortlaut: „Wird das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet, daß der Vater das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig macht, so hat das Vormundschaftsgericht die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßregeln zu treffen. Das Vormundschaftsgericht kann insbesondere anordnen, daß das Kind zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungsanstalt oder in einer Besserungsanstalt untergebracht wird. Hat der Vater das Recht des Kindes auf Gewährung des Unterhalts verletzt und ist für die Zukunft eine erhebliche Gefährdung des Unterhalts zu besorgen, so kann dem Vater auch die Vermögensverwaltung sowie die Nutznießung entzogen werden.“

Zu der Selbstbezichtigung des Schlächter-Emil, vor elf Jahren den Mord an der Luise Günther begangen zu haben, erfahren wir, daß der angebliche Mörder in der nächsten Zeit hierher gebracht werden wird, um hier weiter verhört und Zeugen gegenübergestellt zu werden. Er ist ein Schlächter Wilhelm Keuter, der seinen Angaben nach das ermordete Dienstmädchen einige Tage vor der Tat kennen gelernt hatte. Das Geständnis des angeblich reuemütigen Mannes liegt schon zweieinhalb Monate zurück. Mit Einzelheiten kam Keuter nur langsam heraus. Er schämte sich, wie er sagt, sie darzustellen. Nach seiner wiederholten Vernehmung durch den Richter entsandte die hiesige Kriminalpolizei den Kriminalinspektor Braun nach Siegburg, der ihn ebenfalls eingehend verhörte. Die hiesige Staatsanwaltschaft, die sich ebenfalls schon länger mit der Angelegenheit befaßt, hat jetzt ein Vorverfahren eingeleitet. Die Mutter der Ermordeten ist neuerdings wieder vernommen worden, ihr Vater, der seinerzeit in der Fürbringer Straße 9 die Pförtnerstelle versah, ist unterdessen gestorben. Die Nachprüfung aller Einzelheiten wird noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Erst nach ihrem Abschluß wird man bestimmt sagen können, ob die Selbstbezichtigung zutrifft oder nicht.

Die Kindesleiche im Landwehrkanal. Am Halleschen Ufer wurde gestern der Leichnam eines neugeborenen Knaben aus dem Kanal gelandet. Wahrscheinlich handelt es sich hier um einen Kindesmord. Der tote Körper war vollständig nackt. Es ist anzunehmen, daß der Knabe, als er noch lebte, in den Kanal geschafft worden ist. Durch die gerichtliche Obduktion im Schauhause, wo die Leiche aufgenommen wurde, wird die genaue Todesursache festgestellt werden.

Flugvorführungen werden auch in den nächsten Tagen wieder stattfinden. Nachdem Orville Wright seine Flüge auf dem Tempelhofer Felde beendet hat, kommt Latham — von Wolf Wertheim engagiert — nach Berlin, um gleichfalls seine Flugmaschine auf dem Felde zu zeigen. Außerdem finden auf dem Gelände bei Johannisthal bis zum 3. Oktober Wettflüge statt, an denen bekannte Aviatiker — auch Wright — teilnehmen.

Das tragische Ende eines Berliner Konfektionärs erregt im Hausvogteiviertel großes Aufsehen. Der Inhaber der bekannten Damenmäntelfabrik S. Bernhard, Kronenstr. 34/35, ist gestern früh plötzlich einer Leuchtgasvergiftung erlegen. Gegen 7 Uhr machte sich im Hause ein starker Gasgeruch bemerkbar, und als etwas später Geschäftsangestellte die Räume der Mäntelfabrik betraten, fanden sie ihren Chef im Kontor als Leiche. Die Gashähne waren, wie sich herausstellte, geöffnet worden.

Schwerer Unglücksfall. Gestern nachmittag 2¼ Uhr ereignete sich auf der Chaussee am Tempelhofer Felde ein Zusammenstoß zwischen einem Privat-Automobil und einem Geschäftsfuhrwerk der Firma Harris u. Scheldon, Berlin-Tempelhof. Das Auto war mit zwei Monteuren besetzt, um den Motor auszuprobieren und fuhr in schärfster Geschwindigkeit, so daß ein Stoppen nicht mehr möglich war und der Zusammenstoß erfolgte. Der Scherbaum des Geschäftswagens zerbrach, wodurch das Pferd frei wurde und durchging. Die beiden Monteure flogen im Bogen vom Auto und wurden mit anscheinend schweren Kopfverletzungen mit einem anderen Privat-Automobil nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer eingeliefert.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin, hielt am 19. September seine Ausschußsitzung ab. Aufgenommen wurde der Lichterfelder Männerchor. Der Ausschuß erteilte nachträglich seine Zustimmung zu dem Vorstandsbeschluß, nach welchem 200 M. für den Generalstreik in Schweden bewilligt wurden. Ueber die Beteiligung der Vereine an der Maifeier lag ein gedruckter Bericht vor, der zu längerer Debatte führte. Beschlossen wurde, allen Vereinen, die sich nicht mit 75 Prozent an der Maifeier beteiligt haben, eine Rüge zu erteilen. Auf eine Anregung hin, bei Ableben von Parteigenossen auf Wunsch Sänger für Grabgesänge zu stellen, schlug der Vorstand vor, daß sich die Vereine, in denen sich Quartette für Grabgesänge befinden, an den Vorstand wenden sollten, um eine Zentralstelle eröffnen zu können, von der aus diese Angelegenheit geregelt werden könne. Es wurde betont, daß man an den Bund nicht zu große Anforderungen und an die einzelnen Sänger nicht zu große Zumutungen stellen solle, aber schließlich dem Vorschlage des Vorstandes zugestimmt. Dann erhielt der Vorstand die Zustimmung, zum Stiftungsfest des Bundes ein bis jetzt bei uns noch nicht gehörtes Konzert zur Aufführung bringen zu lassen. Orgel, Cello, Sopran und Bariton soll zu Gehör kommen; außerdem sollen sechs unserer großen Vereine ihr Möglichstes tun, um diesen Abend genußreich zu gestalten. Meyer wünscht einmal Revue zu halten über die Leistungen unserer großen Chöre, deren Bildung der Bund sich schon seit mehreren Jahren zur Aufgabe gemacht hat. Bekanntgegeben wird, daß am 26. September eine Gedenkfeier für den verstorbenen Genossen Herrmann in Stolpe an der Nordbahn stattfindet, und werden die in der Nähe domizilierenden Vereine gebeten, sich an dieser Feier zu beteiligen. Zur nächsten Uebungsstunde werden gesungen die Lieder: Sehnsucht, Herbstfeier und Grablied von Bombelke. Da die Liederbücher vergriffen sind, wird der Vorstand beauftragt, eine neue verbesserte Auflage erscheinen zu lassen. Bekanntgegeben wurde, daß der Berliner Männerchor sich dem Berliner Männerchor 1905 angeschlossen hat. Der Chor führt nun den Namen „Berliner Männerchor“, seine Mitgliederzahl ist auf 100 Sänger gestiegen.

Das Norduser von der Buchstraße bis zur Föhrerstraße und die eine Hälfte der Föhrerstraße zwischen dem Norduser und der Buchstraße sind behufs Herstellung der Rampen zur Föhrerbrücke vom 20. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Arbeiter-Samariterkolonne. Morgen, Donnerstag abend 9 Uhr: 3. Abteilung in Schöneberg bei Wieloch, Grunewaldstr. 110, und 4. Abteilung in Lichtenberg bei Beckmann, Samariterstr. 11. In beiden Abteilungen: Vortrag über Physiologie. Neue Mitglieder können noch eintreten.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Wie dringend notwendig die endliche Schaffung eines wirklichen Verkehrsverbandes für Groß-Berlin ist, beweist eine Vorlage, die der Charlottenburger Magistrat den Stadtverordneten zur Beschlußfassung unterbreitet hat. Es handelt sich um die Vorlage betreffend den Antrag der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen, der Stadt Wilmersdorf und der königlichen Kommission zur Aufteilung der Domäne Dahlem auf Ergänzung der Zustimmung der Stadt Charlottenburg für eine Untergrundbahn und betreffend die vom Magistrat dagegen ergriffenen Abwehrmaßregeln.

Bereits im März hatte die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen im Verein mit der Gemeinde Wilmersdorf den Bau einer Untergrundbahn von Dahlem über den Fehrbelliner und Nürnberger Platz, durch die Nürnberger, Tauentzien- und Kleiststraße nach dem Nollendorfplatz und von hier durch die Motz- und Kurfürstenstraße nach dem Gleisdreieck geplant und bei Charlottenburg den Antrag auf Zustimmung zu diesem Bauvorhaben und Einräumung der in der Charlottenburger Wegeunterhaltung stehenden Straßen für den Bau der Bahn gestellt. Die Gemeindebehörden Charlottenburgs hatten infolgedessen, um eine Schädigung ihrer eigenen Verkehrsinteressen zu vermeiden, den Bau einer Untergrundbahn Nollendorfplatz, Kleist-, Tauentzienstraße, Kurfürstendamm, Giesebrechtstraße, Mommsen-, Kaiser-Friedrich-, Kantstraße bis zur Ringbahn beschlossen, um auf diese Weise eine direkte Verbindung des Kurfürstendamms mit Berlin herzustellen. Gegen diesen Entwurf wandte sich sofort nach seinem Bekanntwerden die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen. Es fanden nun im Ministerium der öffentlichen Arbeiten langwierige Sitzungen statt zu dem Zweck, über die drei Projekte der Hochbahngesellschaft und Wilmersdorf, der Stadt Charlottenburg und der Stadt Schöneberg, soweit sie kollidierten, zu verhandeln, um eine Vereinigung der widerstreitenden Interessen herbeizuführen. Die Verhandlungen sind schließlich resultatlos verlaufen, Charlottenburg konnte nicht auf den direkten Anschluß des Kurfürstendammgebiets an die bestehende Untergrundbahn und an die Schöneberger Bahn verzichten, Wilmersdorf aber wollte dies Zugeständnis nicht machen, es lehnte auch eine vom Minister angebotene Basis für eine Einigung durchaus ab. Im Gegensatz dazu erklärte sich Charlottenburg bereit, sich mit Wilmersdorf an der Ecke der Leibnizstraße und des Kurfürstendammes zusammen zu schließen und dem Wilmersdorfer Verkehr den Vorzug vor seinen vom Bahnhof Charlottenburg kommenden Zügen einzuräumen.

Nunmehr trat auf Anweisung des Ministers die Hochbahn-Gesellschaft in Verhandlungen mit Charlottenburg, um die Verfolgung des Charlottenburger Projektes auf anderer Grundlage herbeizuführen, und zwar beseitigte dieser neue Vorschlag den direkten Anschluß der Charlottenburger Bahn am Wittenbergplatz an die bestehende Untergrundbahn und damit auch den Anschluß an die Schöneberger Bahn. Charlottenburg lehnte das Projekt nach eingehender Prüfung ab, da es für den Verkehr nur Unvollkommenes bot, andererseits aber so große Zuschüsse erforderte, daß die Leistungen nicht im Verhältnis zu den geringen Verkehrsanteilen gestanden hätten. Auch für einen Vermittelungsvorschlag des Ministers konnte sich Charlottenburg ebensowenig wie Schöneberg erklären. Dagegen erhielt die Hochbahngesellschaft vom Minister den Zulassungsbescheid, der sowohl die Möglichkeit einer Bahnausführung über den Nollendorfplatz von der Nürnberger Straße aus, als auch eine solche durch die Nettelbeck- und Kurfürstenstraße behandelt und für beide Fälle die zu erbauenden Bahnen als Kleinbahnen anerkennt. Die Gesellschaft entschied sich für die Bahn durch die Nettelbeckstraße. Schon bevor der Charlottenburger Magistrat dies erfuhr, forderte er die Gesellschaft auf Grund des bestehenden Vertrages auf, Bahnprojekte zu unterlassen, die das Recht Charlottenburgs auf Anschluß der Charlottenburger Bahn an die bestehende Untergrundbahn am Wittenbergplatz unmöglich machen würden. Diese Aufforderung veranlaßte die Hochbahngesellschaft in Verbindung mit Wilmersdorf und dem Domänenfiskus, den Ergänzungsantrag gegen Charlottenburg zu stellen. Charlottenburg beabsichtigt nun, die mit dem Ergänzungsantrag verlangte Zustimmung nicht zu erteilen, sondern dem Verfahren Fortgang zu geben, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das Vorgehen der Hochbahn Stellung zu nehmen, und auf Grund des Vertrages ein Schiedsgericht von fünf Schiedsrichtern zur Entscheidung der Frage einzuberufen, ob die Gesellschaft befugt ist, das dem Ergänzungsbegehren zugrunde liegende Projekt zu verfolgen, obschon es den für die projektierte Charlottenburger Bahn verlangten Anschluß am Wittenbergplatz unmöglich macht. Aber obwohl Charlottenburg in dem Verhalten der Hochbahngesellschaft einen Verstoß gegen den Vertrag erblickt, hat es sich doch entschlossen, positive Vorschläge zur Lösung des Konflikts zu machen, der Magistrat empfiehlt, die Zustimmung der Hochbahngesellschaft für eine Linie durch die Uhlandstraße, den Kurfürstendamm, die Tauentzien- und Kleiststraße über den Nollendorfplatz und durch die Motzstraße unter den für das bestehende Untergrundbahnunternehmen festgesetzten Bedingungen zu erteilen. Als besondere Forderung will Charlottenburg lediglich die Schaffung eines Gemeinschaftsbahnhofs am Zusammenlaufe des Kurfürstendammes und der Uhlandstraße auf gemeinschaftliche Kosten stellen.

Die Angelegenheit, die bereits am heutigen Mittwoch in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache kommt, zeigt aufs neue, wie verkehrt es ist, wenn eine Gemeinde einer privaten Erwerbsgesellschaft ihre Straßen und Plätze ausliefert. Charlottenburg ist dadurch in die Zwangslage versetzt worden, um sein gutes Recht und zur Wahrung seiner Interessen einen langwierigen Prozeß zu führen, der der Stadt, auch wenn er gewonnen wird, hohe Kosten verursacht. Die Stellungnahme des Ministers zugunsten der Hochbahngesellschaft ist für den Kenner der Verhältnisse nicht überraschend. Von jeher haben die preußischen Verkehrsminister sich als Sachwalter privater großkapitalistischer Interessen erwiesen.

Aus dem Fenster gesprungen. Ein aufregender Vorfall spielte sich vorgestern abend vor dem Hause Nehringstraße 4 ab. Es hatte sich dort das Gerücht verbreitet, daß ein Vater in der Erregung seine Tochter aus dem Fenster geworfen habe. Eine aufgeregte Menge fand sich infolgedessen vor dem Hause ein. Einige Männer stürmten die Treppen zu der Wohnung des Fuhrherrn Albert Rose empor und griffen den Wohnungsinhaber tätlich an. Der Sachverhalt war folgender: Die sechzehnjährige Tochter Ida des Fuhrunternehmers Rose hatte sich in loser Gesellschaft in der Nacht zum Montag auf einem in der Nähe befindlichen Rummelplatz „amüsiert". Als sie am Montag abend in die elterliche Wohnung zurückkehrte, drohte ihr der Vater mit einer körperlichen Züchtigung. Aus Furcht davor stürzte sich das Mädchen aus dem Fenster auf den Hof und blieb dort mit schweren inneren Verletzungen liegen. Dieser Anlaß brachte den Glauben bei den Mitbewohnern hervor, daß der Vater seine Tochter aus dem Fenster geworfen habe. Der Fuhrunternehmer wurde von der Polizei sistiert, aber noch in der Nacht nach Feststellung des Tatbestandes wieder entlassen. Das schwerverletzte Mädchen fand im Krankenhaus Westend Aufnahme.

Schöneberg.

Aus dem vierten Stock abgestürzt ist auf dem Neubau Grunewaldstraße 14/15 der 35 Jahre alte Bauarbeiter August Schulz, Ebersstr. 5 in Schöneberg wohnhaft. Er fiel beim Wassertragen von der bis zur vierten Etage fertiggestellten Giebelwand und stürzte auf den asphaltierten Hof des Nebengrundstücks, wo er mit zerschmetterten Gliedern liegen blieb. Der Schwerverletzte wurde noch lebend, jedoch in hoffnungslosem Zustande nach dem Schöneberger Krankenhause übergeführt.

Die rote Gefahr. Zwischen Ringbahn und der Gemarkung Steglitz erstreckt sich südlich von Friedenau der zu Schöneberg gehörige sogenannte Friedenauer Ortsteil. Dieser ziemlich abseits vom Ganzen liegende Teil trägt den Charakter eines Beamtenviertels. Der organisierten Arbeiterschaft ist es auch hier bereits gelungen, einzudringen. Um dies nun der Einwohnerschaft ad oculos zu demonstrieren, war verabredet, demnächst eine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden zu lassen, da geeignete Lokalitäten nicht zur Verfügung stehen. Doch die bösen Sozis hatten ihre Rechnung ohne den liberalen Magistrat gemacht. Der Stadt gehört ein großer Teil der Terrains und so wurde um Ueberlassung eines derartigen Platzes zu einer Versammlung ersucht. Prompt erfolgte die Antwort: „Für einen derartigen Zweck kann ein Platz prinzipiell nicht gewährt werden." Damit ist der böse Geist des Umsturzes von den braven Bürgern und Spießern des Friedenauer Ortsteils noch einmal ferngehalten. Ehrenpflicht der Arbeiter muß es nun sein, zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen erst recht eine energische sozialistische Agitation zu entfalten.

Rixdorf.

Achtung! Vereinigung Jugendheim. Am Mittwoch, 22. September, abends 8½ Uhr, in Hoppes Saal: Konstituierende Versammlung.

Wilmersdorf.

Ein brennender Straßenbahnwagen beschäftigte vorgestern abend gegen 8 Uhr die Halensee Feuerwehr. Bei dem Motorwagen 2742 der Linie 91 war bei der Fahrt durch die Brandenburgische Straße die Isolation der Widerstandskabel durchgeschmort, wodurch der Fußboden vom Feuer ergriffen wurde und schwelte, ohne daß sich jedoch Flammen bildeten. Die Fahrgäste, die von dem Vorgange kaum etwas bemerkt hatten, wurden aufgefordert, den Wagen zu verlassen und kamen dem nach, ohne daß eine Panik entstand. Der Brand wurde durch die Feuerwehr mit leichter Mühe gelöscht und der beschädigte Wagen ausgesetzt. Der Vorgang spielte sich so schnell ab, daß durch den Unfall keine Betriebsstörung herbeigeführt wurde.

Mariendorf-Südende.

Die letzte Gemeindevertretersitzung brachte zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte, in der der Gemeindevorsteher in sehr selbstherrlicher Weise vorging. Genosse Reichardt stellte vor Eintritt in die Tagesordnung den Antrag, den Punkt: „Wahl eines Mitgliedes zur Straßen- und Baukommission" abzusetzen. Die Neuwahlen ständen bevor; nach diesen sei eine bessere Auswahl für die Besetzung von Aemtern vorhanden. Die alten Vertreter seien auch schon genügend mit Aemtern versehen. Der Gemeindevorsteher stellte sich einer Aenderung der Tagesordnung ablehnend gegenüber und wollte in diese ohne weiteres eintreten. Die nachdrücklichen Hinweise der Genossen Reichardt und Weber, daß es wohl seine Pflicht sei, erst über einen geschäftsordnungsmäßigen Antrag abstimmen zu lassen, brachten den Herrn dahin, im Vollbewußtsein seiner Macht zu verkünden: „Die Geschäftsordnung führe ich! Das ist meine Sache. Es verbleibt bei meiner Anordnung!" — Zur Wahl als Mitglieder der Voreinschätzungskommission brachte der Vorsteher eine Anzahl Kandidaten in Vorschlag, die sich „aus allen Ständen" rekrutieren sollen. Genosse Reichardt stellte fest, daß unter den Genannten weder Beamte noch die Arbeiterschaft vertreten seien. Auf seinen Vorschlag wurde dann je ein Vertreter dieser Kategorie Steuerzahler gewählt. Zum weiteren Punkt: Vereinigung der Straßenbahnlinien 96 und 78 und 93 und 70 erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Linien 96 und 78 verschmolzen werden, jedoch unter der Bedingung, daß die Endstation der Linie 97 in der Behrenstraße beibehalten und die Wagen fortan in Abständen von 5 Minuten verkehren. — Wie seinerzeit beim Ausbau der Dorfstraße, so hatte auch diesmal, wo es sich um ein Gesuch der Freien Turnerschaft Tempelhof-Mariendorf um Genehmigung zur Mitbenutzung der Gemeinde-Schulturnhalle handelte, der Gemeindevorsteher es für nötig befunden, ein „Gutachten" eines Schulrektors einzuholen. Dieser hat den Standpunkt eingenommen, daß dem Gesuch nicht entsprochen werden könne — eine Meinung, die auch der Gemeindevorsteher sich zu eigen machte, weil seines Wissens die Turnerschaft dem „sozialdemokratischen" Arbeiter-Turnerbund angehöre, dessen „Tendenzen" grundsätzlich nicht gefördert werden dürften. Die Genossen Weber und Reichardt suchten dem Herrn nach jeder Richtung hin klar zu machen, daß ein Turnverein als solcher kein sozialdemokratischer sei, selbst wenn auch Mitglieder des Turnvereins Sozialdemokraten seien. Auf ganz besondere „Kenntnis" der Verhältnisse ließ auch der Ausspruch eines Bürgerlichen schließen, daß er ja glaube, daß während der Turnstunden keine Politik getrieben werde, aber . . . nachher. . . . Das Gesuch wurde schließlich mit 5 gegen 6 Stimmen abgelehnt, wobei der Vorsteher den Ausschlag gab.

Britz-Buckow.

Schule und Haus lautete das Thema, über das Genosse Lehmann in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte. Der Vortrag, in dem der Redner den Gegensatz zwischen Volksschule und höheren Lehranstalten beleuchtete und unsere programmatischen Forderungen in Staat und Gemeinde hervorhob, fand allgemeine Zustimmung. Diskussion fand nicht statt. Am Schlusse der Versammlung ersuchte der Vorsitzende die Versammelten, den auf dem Parteitag beschlossenen Schnapsboykott strikte zu befolgen.

Groß-Besten.

Ein Opfer seines Berufes ist der 50 Jahre alte Weichensteller Hermann Linke von hier geworden. L. wollte vorgestern die Gleise der Bahn am Königs-Wusterhausener Bahnhof überschreiten, als ein Güterzug von Berlin herangesaust kam. Da zu gleicher Zeit auch ein Personenzug angefahren kam, so überhörte L. das Geräusch des nahenden Güterzuges; er wurde von der Maschine niedergerissen und kam unter die Räder, sodaß diese ihm über die Brust und Beine hinweggingen. Der Körper des Unglücklichen wurde zermalmt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Mühlenbeck.

Wie die neuen Steuern auch von unserer Landbevölkerung beurteilt werden, konnten unsere Genossen am Sonntag schon bei der Flugblattverteilung erfahren. Dasselbe kam gerade zur rechten Zeit, um das richtig zu stellen, was ein von konservativer Seite stammendes Flugblatt vor kurzem über den Steuerraubzug verbreitet hatte. Die öffentliche Versammlung, die am Abend bei Mayer in Buchhorst stattfand, folgte mit regem Interesse den Worten des Genossen Siering. Von einer Diskussion wurde abgesehen. Unter „Verschiedenes" wurden die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Ziegeleien beleuchtet. Hierbei kam zum Ausdruck, daß in hygienischer Beziehung wie auch in puncto Arbeitszeit äußerst miserable Zustände vorhanden sind.

Zum Schluß machte der Vorsitzende noch auf eine am Sonntag über 14 Tage im Lokale von Mayer in Buchhorst stattfindende öffentliche Gewerkschaftsversammlung aufmerksam.

Spandau.

Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Berliner Chaussee in der Nähe der Gewehrfabrik. Ein Straßenbahnwagen der Nonnendammbahn bewegte sich in voller Fahrt auf der dunklen Chaussee. Plötzlich stieß der Wagen auf einen Widerstand, der indes durch die Wucht des fahrenden Wagens aus dem Wege geräumt wurde. Der Wagenführer hielt sofort und als die Schienen abgesucht wurden, fand man einen menschlichen Körper in völlig zerfetztem Zustand. In einem Umkreis von 30 Metern lagen Fleischteile umher. Herz, Lunge, Leber waren herausgerissen. Beine und Arme gebrochen und völlig umgeknickt. Die angestellten Ermittelungen ergaben, daß es sich um den polnischen Arbeiter Valentin Dworaczyck handelte. In der Tasche des Toten fand man noch 10,80 Mark. Wie der Getötete auf die Schienen gekommen, ob er dort im betrunkenen Zustand gelegen, ob er erst kurz vor der Straßenbahn dorthin gefallen, ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt. Die Leichenteile wurden gesammelt und nach der Obduktionshalle geschafft. Der Wagenführer ist sofort vom Dienst suspendiert. Ob ihn ein Verschulden trifft, muß die Untersuchung ergeben. Jedenfalls trägt die Hauptschuld, daß man es noch nicht für nötig erachtet, die Berliner Chaussee gerade in jener Gegend, wo ein nicht unerheblicher Verkehr ist, zu beleuchten.

Potsdam.

Raddiebstahl. Während der Schulzeit wurde am Montag vormittag einem hiesigen Lehrer von einem mittelgroßen Manne, der mit Ueberzieher und schwarzem Steifhut bekleidet war, das Rad aus dem Schulkeller gestohlen. Das Rad (Brennabor) trägt die Nr. 241 999, ist schwarz, gut vernickelt, mit Innenbremse und brauner Tasche, Lenkstange, nach oben etwas geschweift, ein gut erhaltenes Tourenrad. Der Dieb ist in der Richtung Glienicke, Wannsee, Berlin abgefahren. Der Lehrer bittet, etwaige Mitteilungen über den Verbleib des Rades an die Kriminalpolizei machen zu wollen.

Gerichts-Zeitung.

Die „Judenkammer" vor dem Reichsgericht.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Heinz Potthoff beschäftigte am Montag das Reichsgericht. Nachdem ein früheres Urteil aufgehoben worden war, verurteilte am 6. Januar d. J. das Landgericht Kassel Dr. P. wegen Beleidigung der fürstlich Waldeckschen Domänenkammer zu einer Geldstrafe von 200 M. Das frühere Urteil hatte auf die gleiche Strafe gelautet, doch war diesmal nicht § 186, sondern § 185 als vorliegend erachtet worden. Die Beleidigung wurde erblickt in einem Artikel des Angeklagten in der „Lorbacher" und „Wildunger Zeitung": „Der verfassungswidrige Landtag II", und zwar in dem Hinweis darauf, daß ein verstorbener Landtagsabgeordneter die Domänenkammer direkt als Judenkammer bezeichnet habe. — Die Revision des Angeklagten rügte Mangel an Entscheidungsgründen. — Der Reichsanwalt beantragte die Aufhebung des Urteils, da dasselbe nicht ganz klar sei. Das Gericht finde die Beleidigung in dem Worte Judenkammer, stelle aber fest, daß dieser Ausdruck durch die folgenden Aeußerungen abgeschwächt werde. Wenn der Angeklagte dem Pfeile die Spitze abzubrechen suche, was bleibe da noch übrig? — Das Reichsgericht hielt jedoch den Tatbestand des § 185 für ausreichend festgestellt und verwarf die Revision.

Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts ist allmählich in den § 185 Str.-G.-B. der Sinn hineingelegt: Jede abfällige Kritik von Richtern, Beamten und Offizieren kann als Beleidigung bestraft werden. Diese ausdehnende Auslegung des Beleidigungsbegriffs setzt die angeblich Beleidigten tiefer herab, als eine noch so scharfe Kritik es zu tun vermag.

Vermischtes.

Gefährliche Landung. Die Landung des Ballons „Schlesien", der mit den beiden anderen Ballons des Schlesischen Vereins für Luftschiffahrt am Sonntag in Glogau aufgestiegen war, ist Breslauer Meldungen zufolge nicht ohne Unfall von statten gegangen. Der Ballon wurde hinter Krotoschin in tieferen Luftschichten der Eisenbahnstrecke Ostrowo—Lissa entgegengetrieben, auf welcher gerade ein Personenzug herangebraust kam. Der Führer zog die Reißbahn, worauf der Ballon sich schnell senkte und etwa vier Meter vom Eisenbahndamm entfernt liegen blieb. Der Aufstoß der Gondel war so heftig, daß Direktor Michaelis-Breslau einen Knöchelbruch, Dr. med. Feiler-Breslau eine Fußverstauchung und Direktor Rother-Glogau eine leichtere Fußverletzung davontrug. Der Führer des Ballons Valentin-Breslau wurde nicht verletzt.

Zusammenstoß auf der Lokalbahn. Aus München wird amtlich gemeldet: In der österreichischen Station Hellbrunn der elektrischen Lokalbahn Salzburg—Berchtesgaden sind gestern zwei Züge zusammengestoßen, wobei zwei Zugbeamte und eine Anzahl Reisender leichte Verletzungen erlitten und die Motorwagen zum Teil stark beschädigt wurden. Ursache ist, wie es scheint, nicht rechtzeitiges Bremsen des einen der beiden Kreuzungszüge.

Aus Seenot gerettet. Wie die Cuxhavener Rettungsstation der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger mitteilt, wurden gestern von dem auf Scharhoern gestrandeten deutschen Fischdampfer „Senator Sthamer", Kapitän Duecker, mit Fischen von der Nordsee nach Cuxhaven bestimmt, neun Personen durch das Rettungsboot des zweiten Elbleuchtschiffes gerettet.

Ein heftiger Sturm im Golf von Mexiko hat, wie aus New York gemeldet wird, vorgestern in den Küstenbezirken der Staaten Mississippi, Louisiana und Florida großen Schaden angerichtet. Nachrichten über schwere Schäden liegen besonders aus Natchez, New Orleans und Mobile vor; auch Menschenleben sollen bei dem Unwetter zugrunde gegangen sein.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft teilweise schleppend, Preise unverändert. Butter und Käse: Geschäft still, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise gedrückt.

Witterungsübersicht vom 21. September 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	762	SSO	2	Dunst	13	Haparanda	762	W	2	bedeckt	11
Hamburg	761	S	3	wolkenl	11	Petersburg	765	SO	1	Nebel	11
Berlin	762	Still		heiter	12	Scilly	762	N	3	bedeckt	13
Frankf. a. M.	762	S	1	Nebel	12	Aberdeen	762	NW	3	bedeckt	8
München	764	Still		wolkig	7	Paris	761	NO	1	Nebel	12
Wien	763	Still		wolkenl	13						

Wetterprognose für Mittwoch, den 22. September 1909.

Nachts etwas kühler, am Tage zunächst vorwiegend heiter und stärkere Erwärmung bei schwachen südöstlichen Winden, später neue Trübung und Regen.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 20. 9. cm	seit 19. 9. cm [1]	Wasserstand	am 20. 9. cm	seit 19. 9. cm
Memel, Tilsit	12	+2	Saale, Grochlitz	150	+40
Pregel, Insterburg	—38	—1	Havel, Spandau [2]	53	+19
Weichsel, Thorn	20	0	„ Rathenow [2]	25	+5
Oder, Ratibor	88	—2	Spree, Spremberg [2]	64	0
„ Krossen	61	—2	„ Beeskow	46	+4
„ Frankfurt	74	+1	Weser, Münden	—31	+57
Warthe, Schrimm	16	+4	„ Minden	100	+120
„ Landsberg	—24	—1	Rhein, Maximiliansau	418	+4
Netze, Vordamm	—24	0	„ Kaub	186	+3
Elbe, Leitmeritz	—14	+3	„ Köln	179	+6
„ Dresden	-140	+8	Neckar, Heilbronn	65	+39
„ Barby	77	+6	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	71	+3	Mosel, Trier	78	+26

[1] + bedeutet Wachs. — Fall. — [2] Unterpegel.

Nach telegraphischen Meldungen von heute führen die Leine und Innerste Hochwasser; auch die Saale ist über den mittleren Wasserstand gestiegen.

Unserem Bezirksführer
Eugen Heise
zu seinem 42. Lebensjahre die besten Glückwünsche. 1574b
Mehrere Genossen des 299. Bezirks 4. Wahlkreis.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am Sonnabend, den 18. September, verstarb unser Mitglied, der Former

Karl Klitzsch
Wittstocker Str. 10.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 22. September, nachmittags 4½ Uhr, auf dem städtischen Friedhofe, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht
231/4 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 19. September verstarb unser Mitglied, der Zigarrenarbeiter

Adolf Dittmer gen. Dittmann
Schönholzer Str. 8
durch Unglücksfall.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. September, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle der Philippus-Apostel-Gemeinde aus nach dem städtischen Friedhof in der Müllerstraße statt.

Um rege Beteiligung ersucht
231/2 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Gesangverein „Nord".

Am Sonnabend, den 18. September 1909, starb plötzlich durch Unglücksfall unser alter Freund und Sangesbruder

Adolf Dittmann
im Alter von 74 Jahren.

Er war uns stets **ein guter** Freund und Berater.

Möge ihm die Erde leicht sein!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. September, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle der Philipp-Apostel-Friedhofes, Müllerstraße 44/45, aus statt.

61/9 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.

Am 19. September verstarb unser langjähriges Mitglied

Karl Schulz
(Bezirk Südost).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
139/8 **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Anton Jenike** sagen hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere seinen Arbeitskollegen, den Genossen des sechsten Wahlkreises und den Mitgliedern vom Deutschen Metallarbeiter-Verband unseren herzlichsten Dank.

Witwe Mathilde Jenike
und Kinder.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die vielen kostbaren Kranzspenden bei der Beerdigung unseres innigstgeliebten Sohnes, Bruders, Neffen, Enkels und Cousins **Georg Glockemeier** sagen wir im Namen aller Hinterbliebenen den lieben Verwandten, Freunden und Bekannten sowie der Firma Siemens u. Halske, den Arbeitskameraden obiger Firma, dem Zentral-Verband der Zimmerer, dem Arbeiter-Radfahrer-Bund und den Arbeitern der Firma Hermann Sonning unseren herzlichen Dank. 1581b

Friedrich Glockemeier und Frau.

Danksagung.

Für die rege Teilnahme und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sagen wir allen unseren besten Dank. **Frau Grix und Kinder.**

Frack-Verleih-Institut: Friedrichst. 118/I, a. Oranbg.-Tor. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.

Bauschule u. Technikum.
Berlin C., Münzstr. 7,
errichtet 1890.
Hoch- und Tiefbau (4 Semester).
Eisenbetonbau!
Spezialabteilung f. Steinmetz, Tischler und Schlosser.
Tages- und Abendkurse.
Programme kostenlos durch die
16792* **Direktion.**

Heute Mittwoch, den 22. September, abends 8 Uhr:

Zwei öffentliche Turner- und Volksversammlungen

im **Böhmischen Brauhaus**, Landsberger Allee 11-14. | in der **Brauerei Königstadt**, Schönhauser Allee 10/11.

Tages-Ordnung:

1. **Die Bekämpfung der Arbeiter-Turnvereine.** 2. **Was lehrt uns der Prozeß Wildung.** 3. Diskussion.

Referenten: **Franz Gentz** - Berlin, Kreisvertreter des ersten Kreises. **Fritz Wildung** - Leipzig Redakteur der „Arbeiter-Turn-Zeitung".

Arbeiter, Turner! Erscheint in Massen! — Besonders die Mitglieder der deutschen Turnerschaft sind hierzu eingeladen!

Der Einberufer: Hermann Dormer, Fürstenstr. 19.

Achtung! Brauereiarbeiter! Achtung!

Freitag, den 24. September 1909, abends 8½ Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Gemeinsame Versammlung

der in den Brauereien Berlins und der Umgegend beschäftigten

Handwerker, Maschinisten und Heizer, des Fahrpersonals sowie deren Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung:

1. **Die gegenwärtige Lage im Braugewerbe.** Ref.: Genosse **Emil Pickard.**
2. **Stellungnahme zur bevorstehenden Tarifbewegung.**
3. Verschiedenes.

Kollegen aller Branchen und Gruppen!

Zu dieser Versammlung sind alle in den Brauereien Berlins und Umgegend beschäftigten Arbeiter, soweit sie Mitglieder der Kartellorganisationen sind, eingeladen. Ferner ersuchen wir unsere Mitglieder, **auch die Unorganisierten der obigen Gruppen** auf diese Versammlung aufmerksam zu machen und dieselben zum Besuch der Versammlung zu veranlassen.

Kollegen! Sorgt alle für einen guten Besuch dieser Versammlung. Insbesondere ist es Aufgabe der Vertrauensleute, alle in Betracht kommenden Kollegen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen und zum Besuch derselben zu veranlassen. — Rege Beteiligung erwartet

176/16 **Das Kartell der Brauereien Berlins und Umgegend.**
J. A.: Wilhelm Stering, O. 2, Stralauer Str. 48.

Baugenossenschaft „Turnerheim"
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Donnerstag, den 30. September cr., präzise 8½ Uhr abends, bei Hoppe, Hermannstr. 49 (kleiner Saal):

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäftliches (Jahresbericht).
2. Abschluß eines Vertrages.
2. Event. Anträge (§ 8 des Statuts).
4. Verschiedenes. 107/19

Vollzähliges Erscheinen erwarten
Der Vorstand.
Max Schönberg. Otto Klein.
Der Aufsichtsrat.
August Möhring.

Möbel
Fabrik-Lager
Ob
Barzahlung
oder
Teilzahlung
stets dieselbe reelle Qualität
Dresdenerstr. 16
Siegmund Misch

Zentral-Verband deutscher Textilarbeiter.

Filiale Berlin.
Geschäftsstelle: Andreasstr. 17. Zentralarbeitsnachweis: Amt 7 1076.
Geöffnet von 8—1 Uhr und 5—7 Uhr wochentags.

Donnerstag, den 23. September, abends 8½ Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21:

General-Versammlung.

Tagesordnung.
1. Ersatzwahlen zum Filial- und Zentralvorstand. 2. Unsere Agitation. 3. Wie stellt sich die Versammlung zur Hauskassiererei. 1588b
Mitgliedsbuch legitimiert.

Um pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Weisen Sie alles zurück

Schutzmarke.

wenn Sie Veilchenseifenpulver **„Goldperle"** kaufen wollen und man will Ihnen etwas anderes aufhängen. Die **Goldperle** enthält die reizendsten, prächtigsten und nur brauchbare Geschenke.

Fabrikant:
Karl Gentner, Göppingen.

!!! Obacht wegen den vielen minderwertigen Nachahmungen !!!

In Berlin u. Vororte

Wegen seiner die Gesundheit förd. Eigenschaften sein. Wohlgeschmacks u. hoh. Nährw. w. e. Versuch genüg. **Dr. Weil's Nährsalz-Bananen-Kakao** dauernd zu verw. Besond. f. Blutarm., Nervös., Genes. Paket = ½ Pfd. 1 Mk. Versand D. MADER Berlin S., Prinzenst. 37.

jedes Quantum frei Haus.

Damen — man kauft bis teilweise **für die Hälfte** des Preises
die neuesten Original-Modelle
sowie **Copien**
letzte Modeerscheinungen (keine sog. Dutzend- od. Massenware) nur saubersier und exakter Verarbeitung und Ausführung in

Westmanns Spezial-Konfektionshaus

I. Geschäft: Berlin W., Mohrenstrasse 37a, kein Eckhaus, 2tes Haus von der Jerusalemerstr.
II. Geschäft: Berlin NO., Grosse Frankfurterstr. 115, kein Eckhaus, 2tes Haus von der Andreasstr.

Eigene und Pariser Fabrikate in
Kostümen, Kleidern, Mänteln, Pelz-Konfektion, Jacketts und Stolen

in allen erdenklichen Fassons, wunderbarsten Schnitten und reizendsten Farbentönen vom einfachsten bis zu hocheleganntesten Genre!

Jeder Geschmack ist getroffen!
ca. 12 000 Stücke am Lager!
Preise von M. 4.—, 6.—, 8.—, 10.—, 12.—, 15.—, 20.—, 30.—, 40.— bis M. 600.—.

Besichtigung zum Vergleiche anderer Angebote und zur Ueberzeugung meiner Leistungsfähigkeit ohne jeden Kaufzwang erbeten!

Schicke Formen in herrlichen Uebergangspaletots
Preis bis M. 36.— jetzt M. 15,—

Herrenzimmer Speisezimmer **100 Musterzimmer** Salon und Schlafzimmer

stehen zur gefälligen Ansicht ohne Kaufzwang bereit im **Fabriklager** des Tischlermeisters

Katalog gratis — Katalog gratis

Julius Kiwy, Chausseestrasse 59.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 23. September 1909, abends 8 Uhr:

Versammlung
der
Gold- und Silberarbeiter

im **Gewerkschaftshause,** Engelufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über das gegenwärtige Tarifverhältnis gegenüber den Arbeitgebern.
2. Diskussion. 123/6

Kollegen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung und damit auch jeder von Ihnen genau unterrichtet ist, wie er sich betreffs des Tarifvertrages zu verhalten hat, ist es Pflicht jedes einzelnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Achtung! Achtung!

Kollegen, welche Erwerbslosen-(Kranken)-Unterstützung beziehen, werden gebeten, **wegen Quartalsschluß** ihre Unterstützung **bis zum 30. September** abzuheben. Die Kollegen, welche am **1. Oktober Zahltag** haben, erhalten ihre Unterstützung schon am **Donnerstag, den 30. September.**

Ausgenommen von der Abhebung der Unterstützung sind diejenigen Kollegen, welche sich in Krankenhäusern und Heilstätten befinden und ihre Unterstützung nach Beendigung der Krankheit abheben.

Am **Freitag, den 1. Oktober,** bleibt das Bureau der Krankenabteilung geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

Tabakarbeiter-Genossenschaft, Hamburg
Generalvertrieb und Fabriklager Berlin SO., Köpenicker Straße 20a
Vertreter: **Udo Stangenberg** Amt IV, 9460
Niederlage der Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft
Zigarren — Zigaretten — Kautabake zu Fabrikpreisen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Stock- u. Celluloid-Arbeiter!

Donnerstag, den 23. September, abends 5½ Uhr:

Branchen-Versammlung
in den „Rittersälen" (Inh. Berch t), Ritterstr. 75.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung.
2. Werkstattangelegenheiten.

Modell- und Fabriktischler und Modelldrechsler!

Donnerstag, den 23. September, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung
bei **Wilke,** Brunnenstr. 188.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Wissel** über: „Die Reichsversicherungsordnung". 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Bezirk Süden bei **Gliesing,** Wassertorstr. 68.
Die Versammlung beginnt
5½ Uhr (nicht 8½).

89/18 **Die Ortsverwaltung.**

Chocoricin

Wohlschmeckendes Chocoladen-Rizinusöl-Präparat. — Milde, aber sicher wirkendes Abführmittel.
Zu haben in Apotheken und Drogerien. 102/15*

Trotz der Tabaksteuer keine Preiserhöhung
meiner bekannt qualitätreichen **Zigarren,** so lange mein Vorrat reicht

H. Meier, gegr. 1886, Inh. **Th. Schnaufer,**
1216* **Berlin O. 17, Madaistr. 15.**

Reste

Damentuche, schwarz und farbig, Costumes-Stoffe, neueste Muster. Tricot-Stoffe, Seiden-Plüsch, Sammete, Seide etc.

Confection

Paletots, Jacketts, Staubmäntel, Costumes und Costumröcke in grosser Auswahl.

C. Pelz,
Kottbuserstr. 5.

✝
Billigste Bezugsquelle gedieg. Trauergarderobe
Westmanns
Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genaue Beachtung meiner Firma u. Hausnummer geboten! *

Ich wohne jetzt
Neanderstraße 2
Fernsprecher: IV, 10021.
Dr. J. Friedeberg,
Arzt. 103/4*

Kleines Gut

Uckerm. a. See, 200 Morg. guter Boden, Wohnh. u. Stall massiv, Garten, kl. Wald, guter Viehbest., wegen Zuruhesetzung billig verk. Anz. 20 000 M. Agenten zwecklos. Off. u. „Bauerngut", Postamt 30.

Steppdecken

kauft man nur am besten und billigsten direkt in der Fabrik Bernhard Strohmandel, Berlin, **72 Wallstr. 72,**
Zweiggesch. Joachimsthalerstr. 25/26.
Alte Steppdecken werden aufgearbeitet. Illustr. Preiskatalog gratis.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Börse).

Nur noch kurze Zeit
verkaufen wir zu den
äußerst billigen Preisen
☐ **R 20 Mk.** an in Biesdorf, Stadtbahn,
☐ **R 15 Mk.** an Seegefeld, am Bahnhof,
☐ **R 15 Mk.** an Bahnhof Tadowa, Biesdorf, Kaulsdorf-Süd,
☐ **R 12 Mk.** an Kaulsdorf, am Bahnhof,
☐ **R 4 Mk.** an in Petershagen, Ostbahn.
Verkaufsstellen an den Bahnhöfen.
Nieschalke & Nitsche,
Berlin, Neue Königstr. 16.
Amt VII, 6376.

Möbel auf Teilzahlung
(geringe Anzahlung)
M. Goldstaub
Zossener Str. 38 pt. u. 1 Tr.
Ecke Gneisenaustraße.
Kein Abzahlungsgeschäft!
Anerkannt größte Rücksicht bei Arbeitslosigkeit und Krankheit.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Kufeke
-Kindernahrung
-Krankenkost
Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

Persil
Das vollkommenste, wirklich **selbsttätige**
Waschmittel
von unerreichter Wirkung; gibt mühelos blendend weisse Wäsche bei grösster Schonung des Gewebes. Pakete à 35 und 65 Pfg. Ueberall erhältlich. Alleinige Fabrikanten.
Henkel & Co., Düsseldorf.
In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften erhältlich.
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalor, Berlin N.,** Tieckstraße 11.
201/14*

Wohlfahrts-Lotterie
Ziehung 13. und 14. Oktober 1909.
Gesamtbetrag der Gewinne i. W. v. Mark
85000
Hauptgewinne M.
30000, 20000
10000, 5000 etc. etc.
Lose à 3 Mark, Porto und Liste 30 Pfennig extra, zu haben in allen Lotterie- und Zigarren-Geschäften sowie beim Generaldebit **Paul Steinberg & Co., G. m. b. H.,** Bankgeschäft, Berlin C, Rosenthaler Str. 11-12.

Möbel- u. Polsterwaren
eigener Fabrik daher billigste Preise **Th. Knorn,** Gerichtstr. 10 am Hochplatz.
Größte Auswahl kompletter Wohnungseinrichtungen
in gediegener Ausführung zu billigsten Kassapreisen.
Sicheren Leuten gewähre auch Teilzahl. bei niedrigster Zinsberechnung.
Besichtigung meiner Verkaufsräume auch ohne Kaufzwang bereitwilligst gestattet.
2142L*

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Totalausverkauf. Restbestände Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 2.65, 3.75, 4.85, 5.65, 6.75, 8.50, 9.50 usw. E. Weißenbergs Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125. 2001R

Tüllbettdecken, extra groß, 1.95, 2.25, 3.35, 4.25 usw.

Erdbettüllstores, entzückende Ausführungen, 3.45, 3.85 4.50, 5.25, 6.00 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Riesenposten Gardinenreste und einzelne Fenster (2 Schal) mit 10 Prozent Rabatt, Fenster 1.25, 1.85, 2.25, 2.75, 3.50, 4.50 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Abfalltreppiche 3.25, 3.85, 4.50, 5.80, 6.50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

Plüschteppiche mit kleinen Farbfehlern, 10 Prozent Extrarabatt, 7.50, 9.85, 11.—, 13.—, 15.— usw. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tischdecken 1.25, 1.75, 2.50, 3.50 usw.

Plüschdecken 3.85, 4.85, 6.50, 7.85, 9.25 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Riesenposten Steppdecken, Wolle und Similiseide, 3.25, 3.85, 4.50, 5.50, 6.50, 7.85 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Massenverkauf von Möbelstoffresten, Linoleum- und Läuferstoffresten zu Spottpreisen. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Drehrollen, Buttermaschinen, Wiegeschalen, „Berlinea", Waßmannstraße 29 (Katalog kostenlos). *

Pfandleihhaus Krebber, Küstrinerplatz 7, spottbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Deckenverkauf, Schmucksachen, Goldsachen, Silbersachen, verfallene Pfänder. 2492R

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

5,00 prachtvolle Betten, 9,00 Bauernbetten, Daunenbetten 12,00, Aussteuer, Damastbezüge 3,90. Nur Pfandleihe, Andreasstraße achtunddreißig. 2550R

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 18,00, große Laken 1,00.

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 28,00. Pfandleihe, Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenvorzeiger vergütet Fahrgeld.

Zur Einsegnung: Uhren 2,85, Armbänder 1,85, Ringe, 333 gestempelt, 1,00, Brosche mit Ohrringen 4,00, 7,50, 10,00. Alles mit Garantieschein. Pfandleihe, Andreasstraße achtunddreißig.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz.

Teppiche, farbfehlerhafte, spottbillig.

Gardinen, Stores, Mustereremplare, für halben Wert.

Sofastoffreste selten billig.

Plüschportieren, einzelne Paare, spottbillig.

Steppdecken, Musterstücke, spottbillig.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 6 Anzeigen. 2481R*

Radfahrerkarten. Wir empfehlen den Freunden des Radsports: Mittelbachs Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1,75 M. (zusammenlegbar). — Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2,50 M. Expedition des „Vorwärts", Lindenstraße 69, Laden.

Hermannplatz 6. Staunend billigste Pfandverkäufe! Lombardwaren!! Winterpaletots! Sommerpaletots! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Burschenhosen! Extrabillige Bettenverkäufe! Wäscheverkäufe! Brautgeschenke! Schmucksachen! Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Freischwinger! Hochelegante Teppichauswahl! Gardinenauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Kunstbilder!! Pelzstolas!! „Selbstverständlich" Jedermanns allerbilligste Kaufgelegenheit! Hermannplatz 6. „Warenverkauf Sonntags ebenfalls". †112*

Monatsanzüge. Sommerpaletots, Ulster, Gehrockanzüge, Hosen, feinste Maßstoffe, spottbillig. Rosenthalerstraße 48, II. 1571b*

Teppichhaus Lesdore, Oranienstraße 158, jetzt neu erschienener Katalog gratis. 2144R*

Klassiker-Ausgaben, Goethe, Heine, Reuter, Schiller, Shakespeare, je vier Bände 6,— Mark. Eichendorff, Hauff, je zwei Bände 3,50 Mark. Bürger, Kleist, Lenau, Uhland, Wieland und andere, je ein Band 1,75 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Monatsanzüge und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Natz, Mulackstraße 14.

Pfandleihhaus Rixdorf, Bergstraße 58. Spottbilligster Bettenverkauf! Vermietungsbett! Wäscheverkauf! Gardinenauswahl! Portieren! Steppdecken! Tischdecken! Teppichverkauf! Herrengarderobe! Schmucksachen! Taschenuhren! Freischwinger! Verschiedenes! Spottpreise! 2505R*

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern sechs Prozent. 2488R*

Viele hundert Joppen und Paletots, nur allerbeste Qualitäten, bei Schlesinger, Turmstraße 58 und Reinickendorferstraße 48. 2545R*

Monatsanzüge, Paletots, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzeit, nur Rosenthalerstraße 10. 276/12*

Bekanntmachung! Humboldtleihhaus nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Spottbilliger Pfandverkauf! Bettenverkauf! Brautbetten! Aussteuerwäsche! Steppdecken! Prächtige Gardinenauswahl! Prachtteppiche! Plüschtischdecken! Hochelegante Jackettanzüge! Sommerpaletots! Gehrockanzüge! Extrabillige goldene Damenuhren! Herrenuhren! Wanduhren! Verkauf täglich, auch Sonntags. 2501R*

Geschäftsverkäufe.

Günstige Gelegenheit. Parteilokal, Saal mit Bühne, allein im westlichen Vorort, billig zu verkaufen. Näheres Glaue, Wallstraße 1, Restauration.

Zigarrengeschäft billig. Rixdorf, Hermannstraße 19. †112

Milchgeschäft, gut gehend, zu verkaufen Rixdorf, Wanzlikstraße 13.

Restauration, gutgehend, krankheitshalber sofort zu verkaufen Bismarckstraße 72. †137*

Gutgehendes Kolonialwarengeschäft preiswert zu verkaufen. Auskunft Müllerstraße 65a, vorn I links.

Milch-, Kolonialwarengeschäft, schöner Wohnung, zu verkaufen Gethsemanestraße 1, Ecke Stargarderstraße. †77

Möbel.

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Schränke, Vertikos, Tische, Sofas, Schreibtische, Bücherschränke, Büfetts, Garnituren, Bettstellen, Waschtoiletten, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Wirtschaften bedeutend billiger wie überall. Lemnerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. *

Möbel aller Art verkaufe heute und morgen billigst, Kleiderspinde, Vertikos, Plüschsofas, Kommoden, Küchenmöbel, Bettstellen, Tische, Stühle, gebrauchte Möbel zu sehr billigen Preisen. Genossen 5 Prozent Kassenrabatt. Möbelhalle, Dresdenerstraße 124. 2598R*

Brautpaare! Wer eine billige aber gediegene Einrichtung kaufen will, so muß man Lothringerstraße 26 hingehen! Aber auf Hausnummer 26 achten, da mehrere Möbelgeschäfte in der Nähe sind, grüne Schilder! Wunderbare Einrichtungen 180, 250, 325, 400, 530 bis 1200. Billiger wie jedes Möbelgeschäft! Lothringerstraße 26, grüne Schilder. 1571b

Billige Möbel, gebrauchte, verliehen gewesene und neue. Kleiderspind, Vertiko 18, Ausziehtisch, Sofatisch 15, Küchenspind 10, Bettstelle mit Matratze 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Chaiselongue mit Decke 19, Sofa 22, elegante Taschensofas 45, Paneelsofas 68, Säulentrumeau 30, Nußbaumbüfetts, Bücherspinde, englische Schlafzimmer, bunte Küchen 55, Waschtoiletten 20. Ratenzahlung. Transport frei. Stargardts Möbelspeicher, Lothringerstraße 69. 229/20

Möbelgelegenheit! Wenig gebrauchte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, beliehen gewesen, verfallene spottbillig. Riesenlager, Lombardspeicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) *

Möbel. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Tore, stehen viele Wohnungseinrichtungen zu sehr billigem Verkauf. Teilzahlung bei geringer Anzahlung. Beamten ohne Anzahlung. Einrichtungen von 150 bis 500 Mark. Bessere bis 10 000 Mark. Empfehlenswerte Besichtigung der verliehen gewesenen Möbel. Kleiderschrank 18,—, Sofa 33,—, Bettstelle mit Federmatratze 23,—, Muschelspinde, Vertikos 26,—, Plüschgarnituren. Paneelsofas 70,—, Muschelbettstelle mit Matratze 35,—, Schreibtische, Ausziehtische, Schlafzimmer, Herrenzimmer, gebrauchte Salons. Farbige moderne Küchen 47,—. Kostenlose Aufbewahrung. Sonntags geöffnet. Bitte auf Hausnummer 15 zu achten. 2473R*

Möbelkaufhaus Dresdenerstraße 107/108 verkauft billig Paneelsofa mit Spiegel 60,00, elegante Taschensofas 45,00, Herrenschreibtische 30,00, Bettstellen mit Matratze 18,00, Waschtoiletten 20,00, Kleiderschrank 24,00, Säulentrumeau 28,00, Ausziehtisch 15,00, komplette Wohnungs-Einrichtung 150,00 an, bunte Küchen sehr billig. 230/1

Kleiderspind, Bettstelle, Matratze, Sofa, Bettstuhl, Regulator, Hängelampe, Küchenspind 4,00 Palisadenstraße 28, Tapezierer. 106/31

Umständehalber verkaufe Bettstelle mit Matratze, Tisch, Kleiderschrank, Komode, Spiegel und Wirtschaftsgeräte. Palisadenstraße 16, vorn II, Schlafstelle. †141

Wegzugshalber fast neue modernbürgerliche Nußbaumeinrichtung, Küche, Metallbettstellen, hochelegant, sofort. Petersen, Schöneberg, Hohenfriedbergstraße 22. 1584b

Fast neu zwei englische Bettstellen mit Federboden und eine Kücheneinrichtung billig verkäuflich Turmstraße 81, III rechts. 3—6. 1585b

Ledertuchsofas 25,00, 45,00, Plüsch-45,00, 65,00 Jüdenhof 4. 1589b

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1683R*

Musik.

Nußbaumpianino (Gelegenheit), 300,—, verkäuflich Warschauerstraße 58, Quergebäude I. 96/17*

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion à 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Verschiedenes.

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Patentanwalt Beßel, Gitschinerstraße 94a.

Englischen Unterricht für Anfänger und Vorgeschrittene, Einzelstunden und im Zirkel erteilt G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. *

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Fahrräderankauf, Zigarrengeschäft, Petersburgerstraße 34. 276/13

Abendkurse für Hochbau, Tiefbau, Gas-, Wassertechnik, Techniker- und Meister-Ausbildung. Prospekte frei. Technische Akademie. Berlin 45, Markgrafenstraße 100. 2287R*

Saal mit Bühne und Nebenräume zum Bußtag und Totensonntag zu vergeben. Behlers Gesellschaftshaus, Treptow. 2597R*

Buchbinderarbeit, sauber, Louis Meyer (Ernst Wilhelm), Strelitzerstraße 32. 1453b*

Schriftliche Arbeiten aller Art werden angefertigt Klüß, Schwerinstraße 16, II. †78

Wer Stoff hat? Fertige Anzug von 16 Mark an. Karzinski, Lichtenbergerstraße 9, II. †141

Abgetragene Herrenkleider, Jackettanzüge, Winterpaletots, Stiefel kauft Lewin, Ackerstraße 27. 1591b

Mädchen, 10 Jahre, in Pflege zu geben, gute Behandlung, Rixdorf bevorzugt. Ansprüche unter M. 100 Postamt 19. 1578b

Damenpelzkragen! Am 18., nachmittags ½2 Uhr, in Autodroschke zwischen Speyerer- und Potsdamerstraße liegen geblieben. Gegen 25 Mark Belohnung abgeben bei Emmerich, Speyererstraße 7, III. 1582b

Vermietungen.

Restaurations-Lokal, hübsch renoviert, sofort zu vermieten Liesenstraße 11. 105/2

Wohnungen.

Umzug vergütet! Zwei- und Einzimmerwohnungen billig, Rixdorf, Weiganduser 10. 2539R*

Wohnungen, 2 Stuben, Küche, auch mit Balkon, vom 1. Oktober zu vermieten, Grenzstraße 11. 104/17*

Große Zimmerwohnungen, Loggia, sämtliches Zubehör. Böttgerstraße 23, Bahnhof Gesundbrunnen, Humboldthain. †132*

Moabit, Ufnaustraße 8, an der Huttenstraße, sofort beziehbar: helle 1 und 2 Zimmerwohnungen, im Vorder- und Hinterhaus, sowie ein billiger Laden zu vermieten. Portier im Hause. 1583b

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Hahnisch, Auguststr. 50.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. W. Mann, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Koppenstr. 83. R. Bengels, Andreasstr. 17.
NO. L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12. J. Neul, Barnimstr. 42.
N. H. Raschke, Ackerstr. 36. F. Trapp, Stettiner Str. 10. Karl Mars, Lychener Str. 123. Karl Weihe, Nazarethkirchstr. 49. H. Vogel, Lortzingstr. 37. A. Tietz, Invalidenstr. 124. L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzwedelerstr. 8. Weckert, Gotzkowskystr. 29.
SW. H. Werner, Gneisenaustr. 72. Dachn, Hagelberger Str. 27.
S. St. Fritz, Prinzenstr. 81. Rich. Schmidt, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. P. Horsch, Engeluser 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Friedrichstr. 67.
Grünau. Franz Klein, Bahnhofstr. 6, III.
Johannisthal. Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst. Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wißler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seikel, Kronprinzenstr. 4, I.
Nieder-Schöneweide. Paul Beugsch, Grünauer Str. 8.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. August Heuses, Lausener Str. 2, I.
Pankow. Otto Rißmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gursch, Kamekestr. 12.
Rixdorf. M. Heinrich, Neckarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schmargendorf. Gustav Kaminsky, Cunowstr. 2.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.
Spandau. Köppen, Jagowstr. 9.
Steglitz. H. Berusee, Schloßstr. 119.
Tempelhof. Albert Thiel, Friedrich-Wilhelm-Str. 20.
Treptow. Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schilkert, König-Chaussee 39a.
Wilmersdorf. Wittnebel, Landhausstr. 27.

Zimmer.

Gut möbliertes Zimmer vermietet Glowienke, Rixdorf, Erkstraße 20. *

Schlafstellen.

Für zwei Herren möblierte Schlafstelle. Witwe Friedler, Friedrichsfelderstraße 17, vorn IV. †140

Schlafstelle für einen bis zwei Herren. Leonhardt, Koppenstraße 95, am Schlesischen Bahnhof. †140

Schlafstelle vermietet Krohmann, Schlesischestraße 41, III. †23

Möblierte Schlafstelle für einen Herrn vermietet Witwe Rawengel, Wittstockerstraße 7. †58

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

2 tüchtige Chirurgie-Mechaniker für Instrumente und Orthopädie sucht J. Stöpler Nachfolger, Greifswald i. P. 2611R

Deckenrohrer zu gutem Preise sucht Trentowski, Steglitz, Körnerstraße 5. 1586b

Holzarbeiter, Stellmacher und Tischler werden als Einschaler verlangt. Tarifmäßiger Stundenlohn 62½ Pfennig. M. Czarnikow u. Co., Werderscher Markt 10. 1579b

Versilberer verlangt Bäthe, Melchiorstraße 3. 1590b

Metalldreher-Lehrling für Gas-, Wasserarmaturen verlangt Metallwarenfabrik Karl Sandmann, Kottbuserstraße 8. 1592b

Eingesegnetes Mädchen, leichten Dienst. Lindenstraße 59. Uhr. 1580b

Zeitungsfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Wilmersdorf, Uhlandstr. 98/99, Ecke Wilhelmsaue. 103/7*

Zeitungsfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Friedenau, Rheinstraße 39, Ecke Schloßstraße. 103/8*

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren, aus achtbarer Familie, bei monatlicher Vergütung sofort gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 1—2 mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 2586R*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung!
Holzarbeiter
Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:
Möbeltischlerei Liebenow, Petersburger Straße 3.
Bautischlerei Staats, Oberbaumstraße 5.
Sämtliche Betriebe in den Orten **Luckenwalde, Rathenow, Muskau, Segeberg** (Holstein) und **Magdeburg.**
Mannheim, Frankfurt a. M.
Modeltischlerei Bormann u. Kärting, Gerichtstraße.
Berliner Motorwagenfabrik in Reinickendorf.
Wagenfabrik Erdmann u. Rossi, Linienstraße 139/140.
Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittelungsbureau des gelben „Handwerkerschutzverbandes" streng zu meiden.
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.